

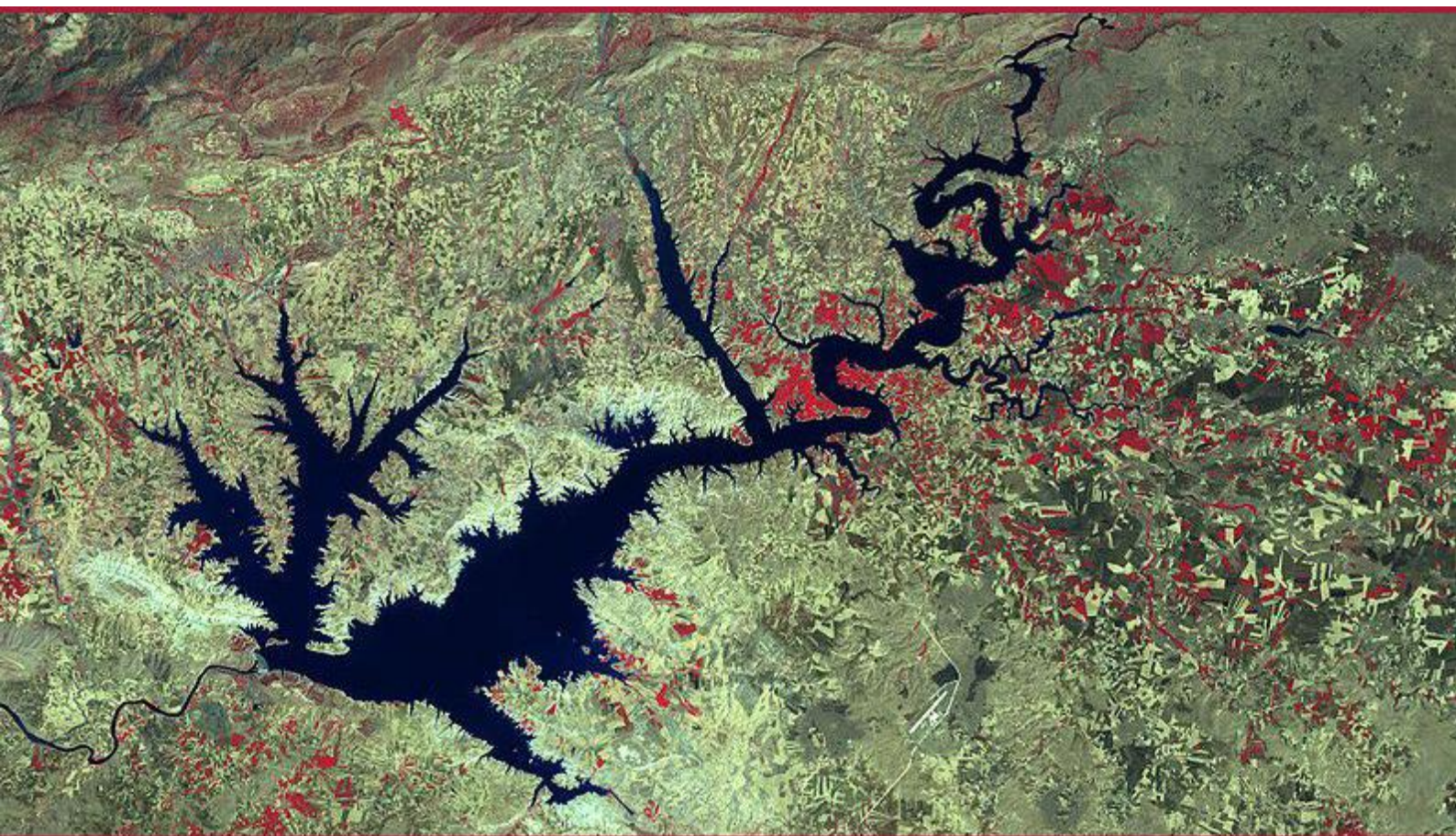


21/2014

# **Geopolitische Konflikte um die Ressource Wasser**

Eine politisch-ökologische Analyse anhand des  
Südostanatolien-Projekts

Helen Schneider



**Herausgeber GSWP**

Prof. Dr. Sebastian Kinder • Prof. Dr. Rainer Rothfuß • Jun.-Doz. Dr. Timo Sedelmeier •  
Dr. Gerhard Halder

Eingereicht als wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Ersten Staatsexamens für das  
Lehramt an Gymnasien am 10.12.2013

Betreuer: Prof. Dr. Rainer Rothfuß

Das Satellitenbild auf dem Deckblatt zeigt den Atatürk-Staudamm im Jahre 2002.  
Bildquelle: <http://eoimages.gsfc.nasa.gov>

**Herausgeber GSWP**

Prof. Dr. Sebastian Kinder • Prof. Dr. Rainer Rothfuß • Jun.-Doz. Dr. Timo Sedelmeier •  
Dr. Gerhard Halder

## **Danksagung**

In den vielen Monaten bis zum Abschluss dieser Arbeit wurde ich von einigen Personen begleitet, die auf ihre Weise durch ihre Unterstützung und Beratung zum Entstehen dieser Arbeit beigetragen haben.

Allen voran gilt mein herzlicher Dank Herr Prof. Dr. Rainer Rothfuß für sein Interesse an meiner wissenschaftlichen Arbeit und die Übernahme der Betreuung.

Mein besonderer Dank gilt zudem meinen Eltern, die mich zu jeder Zeit von ganzem Herzen unterstützt haben und meinem Onkel, der es mir technisch ermöglicht hat, beim Schreiben mobil zu sein und viele Tage in Bibliotheken zu verbringen.

Ich danke außerdem allen Freunden und Kommilitonen ganz herzlich, die mich jederzeit unterstützt, für Zerstreuung gesorgt und die Arbeit geduldig korrektur gelesen haben. Besonders möchte ich an dieser Stelle Dr. Gubaz Mustafa Kibaroglu und Zafer Fidan für die hilfreichen Diskussionen und konstruktiven Gespräche danken, die mir einen wertvollen Einblick in die Politik des Nahen Ostens und der Türkei ermöglichten. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei Julian Boxriker, Jana Arndt, Christopher O'Grady und Robert Strohbach, die meine Arbeit geduldig korrektur gelesen und mich bei Fragen zuverlässig unterstützt haben.

Darüber hinaus gilt mein Dank auch Conrad Wieser, Mischa Berenfeld, Verena Kopp, Stefan Esch und Itai Ben Zvi sowie allen Freunden und Kommilitonen, die durch ihre Unterstützung und motivierenden Gespräche zum Entstehen dieser Arbeit beigetragen haben.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>2. POLITISCHE GEOGRAPHIE UND GEOPOLITISCHE KONFLIKTE .....</b>	<b>3</b>
<b>2.1 Die Politische Ökologie .....</b>	<b>5</b>
<b>2.2 Die Geographische Konfliktforschung .....</b>	<b>8</b>
2.2.1 Die Konstruktivismus-Prämisse .....	9
2.2.2 Allokative und autoritative Ressourcen .....	10
2.2.3 Der Raum und seine Konstruktion .....	11
<b>2.3 Raumbezogene politische Konflikte .....</b>	<b>12</b>
2.3.1 Raumbezogene Konflikte um politische Territorien .....	12
2.3.2 Räumliche militärische Auseinandersetzungen .....	15
<b>3. WASSER - EINE KNAPPE RESSOURCE .....</b>	<b>16</b>
<b>3.1 Wasserknappheit .....</b>	<b>17</b>
<b>3.2 Welchen Wert hat Wasser? .....</b>	<b>19</b>
3.2.1 Ethischer Wert .....	20
3.2.2 Ökonomischer Wert .....	20
<b>3.3 Der Umgang mit Wasserknappheit aus ökonomischer Sicht .....</b>	<b>22</b>
<b>3.4 Konflikte um Wasser .....</b>	<b>23</b>
3.4.1 Streitigkeiten um Flüsse .....	24
3.4.2 Die Problematik von Ober- und Unterlieger .....	25
3.4.3 Kooperation zwischen den Anrainerstaaten .....	25
3.4.4 Prinzipien und Abkommen zur Flusswasseraufteilung .....	27
<b>4. DAS SÜDOSTANATOLIENPROJEKT .....</b>	<b>28</b>
<b>4.1 Die Grundlage des GAP: Euphrat und Tigris .....</b>	<b>28</b>
<b>4.2 Gründe für den Bau des GAP und Zielsetzung .....</b>	<b>31</b>
<b>4.3 Aktueller Stand des GAP .....</b>	<b>32</b>
<b>5. POLITISCHE UND ÖKOLOGISCHE ANALYSE DER AUSWIRKUNGEN DES GAP AUF MEHREREN MAßSTABEBENEN .....</b>	<b>34</b>
<b>5.1 Gefährdungspotential der Staudämme für Mensch und Natur .....</b>	<b>35</b>
5.1.1 Bodenerosion und Rückgang der Biodiversität .....	36
5.1.2 Gesundheitliche Gefährdung der Menschen .....	37
5.1.3 Umsiedlungen und der Verlust von Kulturgütern .....	39
5.1.4 Gefährdung der Staudämme durch Erdbeben .....	40
5.1.5 Verfall der Wasserqualität und Bodenversalzung .....	42
5.1.6 Ungeklärte Grundwasserproblematik .....	44

5.1.7 Verringerte Wassermenge am Unterlauf.....	45
<b>5.2 Analyse der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Auswirkungen des Südostanatolien-Projekts in der Türkei und der GAP-Region.....</b>	<b>46</b>
5.2.1 Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen des GAP auf Südostanatolien.....	46
5.2.2 Das GAP als Mittel der Kontrolle: Die Kurdenfrage und die PKK.....	49
5.2.3 Analyse des politischen Wandels in der Türkei.....	51
5.2.3.1 Schritte zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage.....	53
<b>5.3 Analyse der Machtverhältnisse zwischen den Anrainerstaaten.....</b>	<b>56</b>
5.3.1 Wasser als Konfliktstoff im Nahen Osten.....	57
5.3.2 Die Folgen des GAP für die Anrainerstaaten an Euphrat und Tigris.....	58
5.3.3 Analyse des Verhältnisses zwischen Türkei und Anrainern bis zum Jahr 2000....	60
5.3.4 Analyse des Verhältnisses von 2000 bis zum Arabischen Frühling.....	67
5.3.5 Aktuelle machtpolitische Verhältnisse im Nahen Osten.....	71
5.3.6 Bewertung der Wahrscheinlichkeit eines Wasserkrieges zwischen den Anrainerstaaten.....	72
<b>6. DISKUSSION.....</b>	<b>78</b>
<b>7. ZUSAMMENFASSUNG.....</b>	<b>81</b>
<b>LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>84</b>

## Abbildungsverzeichnis

<b>ABBILDUNG 1:</b> Eigenschaften von Territorien.....	<b>13</b>
<b>ABBILDUNG 2:</b> Weltweite Verbreitung von Wasserknappheit im Jahr 2025.....	<b>18</b>
<b>ABBILDUNG 3:</b> Geplante Bewässerungsflächen in der GAP-Region.....	<b>32</b>
<b>ABBILDUNG 4:</b> Geplante und umgesetzte Bewässerungsvorhaben in der GAP-Region.....	<b>33</b>
<b>ABBILDUNG 5:</b> Die vier Maßstabsebenen der Analyse des GAP.....	<b>35</b>
<b>ABBILDUNG 6:</b> Hauptstörungslinien und Verwerfungen in der Türkei.....	<b>40</b>
<b>ABBILDUNG 7:</b> Wasserpotenzial der Flüsse und Wasserforderungen der Anrainerstaaten....	<b>65</b>
<b>ABBILDUNG 8:</b> Politische Situation und Konflikte im Nahen Osten bis 2012.....	<b>71</b>

## Tabellenverzeichnis

<b>TABELLE 1: DIE VIER FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN DER POLITISCHEN GEOGRAPHIE.....</b>	<b>4</b>
---	----------

## 1. EINLEITUNG

In vielen Regionen der Erde ist Wasser ein sehr knappes Gut. Seit den 1950er Jahren werden weltweit vermehrt Staudämme gebaut, um Wasser zu speichern und Energie gewinnen zu können. Besonders im Nahen Osten ist Wasserknappheit ein großes Problem. Am Oberlauf der Flüsse Euphrat und Tigris ist seit einigen Jahrzehnten das Südostanatolien-Projekt im Bau, das im Südosten der Türkei großflächige Bewässerung und die wirtschaftliche Entwicklung der Region ermöglichen soll. Es besteht aus 22 Staudämmen und 19 Wasserkraftwerken und die Anrainerstaaten Syrien und Irak empfinden dieses Projekt als existentielle Bedrohung, denn sie werden dadurch stark in der Nutzung des Flusswassers eingeschränkt, da ein großer Teil des in der Türkei entnommenen Wassers nicht mehr zurück in die Flüsse gelangt und Euphrat und Tigris deutlich weniger Wasser führen, wenn sie die Unterlieger erreichen. Während die Türkei ein sehr wasserreiches Land ist, das auch ohne das Südostanatolien-Projekt nicht mit Wasserknappheit zu kämpfen gehabt hätte, so sind Syrien und der Irak auf die beiden Flüsse als Wasserquellen angewiesen, denn aufgrund des ariden Klimas fällt dort kaum Niederschlag. Dieser Umstand führte in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten zwischen den Anrainerstaaten. Seit den 1990er Jahren kam international immer wieder das Konzept eines Wasserkrieges auf, welcher angeblich zukünftig das Öl als Kriegsursache ablösen soll. Auch die Wasserkonflikte an Euphrat und Tigris rückten dabei immer wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Die vorliegende Zulassungsarbeit hat das Ziel, geopolitische Konflikte um Wasser anhand des Südostanatolien-Projekts zu untersuchen und die politischen und ökologischen Auswirkungen zu analysieren, die das Projekt auf die Region selbst, die Türkei und die Anrainerstaaten Syrien und Irak ausübt. Dabei wird zudem Bezug auf die derzeitige politische Situation des Nahen Ostens genommen, um die Arbeit in den politischen Rahmen der Region einzubetten.

Zu Beginn der Arbeit werden die mit geopolitischen Konflikten zusammenhängenden theoretischen Grundlagen vorgestellt und auf Geopolitik, Geographische Konfliktforschung und die Politische Ökologie eingegangen. Da die in der vorliegenden Arbeit untersuchten raumbezogenen Konflikte mit der Ressource Wasser zusammenhängen, werden daraufhin Wasserknappheit und ihre Ursachen erläutert, auf den ethischen und ökonomischen Wert des Wassers eingegangen und Konflikte erörtert, die speziell durch Wasser verursacht werden. Vor dem Hintergrund der Fokussierung dieser Arbeit auf Streitigkeiten um Flüsse wurde lediglich die Problematik von Oberlieger und Unterlieger diskutiert und nicht auf die Schwierigkeiten eingegangen, die durch die Nutzung von Küstengewässern oder Seen entstehen. Es werden



in diesem Teil der Arbeit auch Voraussetzungen für die Kooperation zwischen Anrainerstaaten vorgestellt und Prinzipien der Konfliktlösung erläutert. Im darauf folgenden Kapitel wird das Südostanatolien-Projekt vorgestellt, neben den wichtigsten Charakteristika der Flüsse Euphrat und Tigris die Gründe für seine Erbauung erläutert und welche Ziele die türkische Regierung mit diesem Entwicklungsprojekt erreichen möchte.

Anschließend folgt die ökologische Analyse, die sich mit den Auswirkungen des Projekts auf die Umwelt und die Bevölkerung befasst. Einige der Probleme, wie bspw. die Zunahme von Tropenkrankheiten, betreffen vorwiegend die ortsansässigen Menschen in Südostanatolien, aber einige Folgen wirken sich auf alle Anrainerstaaten aus, wie z.B. das hohe Ausmaß der Verschmutzung des Drainagewassers.

Daraufhin werden die Zusammenhänge von Politik, Gesellschaft und dem Südostanatolien-Projekt auf mehreren Maßstabsebenen analysiert. Es wird zunächst aufgezeigt, welche wirtschaftlichen Konsequenzen das Projekt für Südostanatolien hat und wie es sich gesellschaftspolitisch auf die Region und die Türkei auswirkt. An dieser Stelle wird auch auf die Kurdenfrage und die PKK eingegangen, denn mit der Entwicklung der Region durch das Südostanatolien-Projekt erhofft sich die Regierung eine Lösung der schwerwiegenden gesellschaftlichen Probleme in der Region. Sowohl die Kurdenfrage, als auch die PKK sind mit der Wasserproblematik eng verknüpft und wichtig für die Konfliktanalyse zwischen den Anrainerstaaten, da Syrien die PKK als Druckmittel gegen das Südostanatolien-Projekt instrumentalisierte. Um das Handeln der Türkei als Akteurin nachvollziehen zu können, wird zudem auf den Paradigmenwechsel in der türkischen Politik der letzten Jahre eingegangen. Da das Südostanatolien-Projekt in der Türkei liegt, wird der Fokus der Länderanalyse vor allem auf die Türkei gerichtet. Obgleich auch Syrien und der Irak durch lebhaftes innenpolitische Wandlungsprozesse gekennzeichnet sind, werden sie nicht bis ins Detail behandelt, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde und die Thematik zu komplex ist, um angemessene Beachtung zu finden. Sie finden jedoch beide einen Platz in der nachfolgenden Analyse der Machtverhältnisse zwischen den Anrainerstaaten und in der Untersuchung, wie sich das Südostanatolien-Projekt bis heute auf das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen der Türkei und den Staaten am Unterlauf von Euphrat und Tigris ausgewirkt hat. In diesem Teil der Arbeit wird über drei Phasen hinweg analysiert, wie sich die Machtverhältnisse zwischen den Anrainerstaaten verändert haben und wie sie mit dem schwelenden Wasserkonflikt um Euphrat und Tigris bis zum jetzigen Zeitpunkt umgegangen sind. Anschließend wird erläutert, wie sich der Arabische Frühling auf die Anrainerstaaten auswirkt und wie die aktuelle machtpolitische Situation im Nahen Osten aussieht. Dieses Wissen bildet die notwendige Grundlage für die anschließende Analyse der Wahrscheinlichkeit eines Wasserkrieges zwischen den

drei Anrainerstaaten Türkei, Syrien und Irak, dem häufig diskutierten Schreckensszenario des Nahen Ostens.

Abschließend sollen die Möglichkeiten für einen nachhaltigeren Umgang mit Wasser im Euphrat-Tigris-Becken diskutiert werden, welche die Voraussetzung dafür sind, dass sich trotz schwindender Wasserressourcen langfristig gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten einstellen können.

## **2. POLITISCHE GEOGRAPHIE UND GEOPOLITISCHE KONFLIKTE**

Da das Forschungsfeld der Politischen Geographie inhaltlich und theoretisch sehr breit ist, lässt sie sich nur schwer definieren. Nach PAUL REUBER (2012: 21) befasst sich die Politische Geographie mit dem "Spannungsfeld von Gesellschaft, Raum und Macht. [...] Es geht sowohl um konkrete ressourcenbezogene oder territoriale Auseinandersetzungen, [...] als auch um die gesellschaftliche Konstruktion und Produktion von Raum" sowie um die daraus entstehenden Konsequenzen. Bis in die ersten Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg war der Fokus noch auf einzelne Nationalstaaten mit ihrer Außen- und Innenpolitik gerichtet. Heute hat er sich aufgrund zahlreicher Veränderungen der räumlichen Organisation der Gesellschaft, die durch Prozesse wie Globalisierung und die zunehmende Vernetzung nach dem Aufkommen des Internets ausgelöst wurden, stark erweitert. Laut MURRAY LOW befasst sich die Politische Geographie mit zeitgenössischen Themen der Sozialwissenschaften und umfasst somit z.B. Staaten, Ideologien, internationale Organisationen, Demokratie, Identität oder auch Globalisierung als Themenbereiche. Er begründet die Schwierigkeit, die Politische Geographie als Forschungsfeld abzugrenzen, mit dem Umstand, dass inzwischen alles politisch ist: "'Everything', we are now inclined to say, is 'political.' In these terms, a clearly demarcated political geography is hard to sustain" (LOW 2003: 625). Damit stellt sich die Frage, "wie viel Differenzierung das Forschungsfeld der Politischen Geographie verträgt" (REUBER 2012: 23), um als abgegrenzter Teilbereich erkennbar zu bleiben. Die starke Differenzierung hat zu einer Pluralisierung geführt, deren einer Teil das Augenmerk verstärkt auf den geographischen, räumlichen Aspekt (z.B. Lokal- bis Geopolitik) richtet und der andere sich mehr auf den politischen Aspekt (z.B. das Handeln der Akteure) konzentriert (REUBER 2012: 23 f). Durch die vielfältigen Fragestellungen haben sich in der deutschsprachigen Politischen Geographie dadurch vier Forschungsansätze herauskristallisiert (siehe Tab. 1).



**Tab. 1: Die vier Forschungsperspektiven der Politischen Geographie und ihre Grundlagen**

Quelle: REUBER 2012: 30

<b>Strömung</b>	<b>theoretische Grundlagen</b>
<b>Kritische Geographie</b>	politökonomische Theorieansätze
<b>Geographische Konfliktforschung</b>	handlungs- und konflikttheoretische Ansätze
<b>Kritische Geopolitik</b>	Kombination Handlungstheorie und konstruktivistische Raumtheorie
<b>poststrukturalistische Politische Geographie</b>	Diskurstheorie / Gouvernementalitätsansätze

Während sich die Kritische Geographie mit politökonomischen Theorieansätzen befasst, richtet die Geographische Konfliktforschung den Fokus der Betrachtung auf die Rolle der Akteure in Konflikten, die von lokalem bis zu globalem Maßstab um Raum und Macht getragen werden. Die Kritische Geopolitik analysiert dagegen geopolitische Leitbilder, wie sie zumeist durch Wissenschaft, Medien und Politiker erzeugt werden. In Abgrenzung dazu beschäftigt sich die poststrukturalistische Politische Geographie mit der Diskursanalyse von Auseinandersetzungen um Raum und Macht (REUBER 2012: 30). In allen Forschungsrichtungen der Politischen Geographie wird größter Wert darauf gelegt, dass eine geodeterministische Argumentation, die die “[natürliche] Ausstattung von Regionen und [die] daraus resultierenden 'natürlichen' Grenzen [sowie] Formen der politischen Strukturierung“ (REUBER 2012: 23) durch kausalistische Zusammenhänge erklärt, der Vergangenheit angehört. Nachdem die Politische Geographie dem Geodeterminismus, wie er zu Zeiten des Nationalsozialismus vorherrschte, den Rücken gekehrt hatte, wandte sie sich einem konstruktivistischen Verständnis von Raum zu. Dessen zentrale Annahme geht davon aus, dass Menschen keine objektiven Informationen über die Welt haben können, in der sie leben, da sie in ihrer Wahrnehmung stark eingeschränkt sind. Daraus folgt, dass Menschen ihre Umgebung selektiv und individuell unterschiedlich wahrnehmen und somit ihre 'Lebenswelt' unterschiedlich konstruieren. Es ist also nicht die Frage, inwieweit die Gesellschaft durch den physischen objektiven Raum beeinflusst wird, sondern vielmehr, wie “Raum und Räumlichkeit im Kontext des Gesellschaftlichen konstruiert und relevant [werden und welche] Rolle [...] die Konstruktion und Produktion von Raum in politischen Prozessen [spielt]“ (REUBER 2012: 38 f).

Vereinfacht formuliert diskutiert die Politische Geographie die Verknüpfung von Raum und kollektiver Identität. Durch raumbezogene Identitäten und die damit verbundene Festsetzung und Abgrenzung des 'Fremden' vom 'Eigenen' können Formen der In- und Exklusion beobachtet werden (REUBER 2012: 44). Es stellt sich also die Frage, unter welchen Umständen

eine Art der raumbezogenen Identität die Grundlage für einen gesellschaftlichen Konflikt wird und welche gesellschaftlichen Konsequenzen, wie bspw. Ein- und Ausgrenzung oder Kontrolle, sich daraus ergeben (REUBER 2012: 23).

In der Geopolitik geht es um großräumige Ordnungsvorstellungen von Raum und deren Konstruktion durch geopolitische Repräsentationen von 'Fremdem' und 'Eigenem' in Politik, Wissenschaft und Medien. Auch kann diese Vorstellung von Ordnung durch geopolitische Leitbilder und Diskurse sowie durch Handlungsstrategien der politischen Akteure erzeugt werden. Dies spielt sich auf großregionalem bis globalem Maßstab ab (REUBER 2012: 158 f). Aus dieser Perspektive lässt sich dann z.B. betrachten, wie raumbezogene Ressourcen zum Ursprung gesellschaftlicher Konflikte werden können (REUBER 2012: 39).

Für den in der Geopolitik so wichtigen Raumbegriff existieren unterschiedliche Konzepte. Die politökonomischen Ansätze behandeln Raum im Zusammenhang mit Macht auf der Basis vorherrschender gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse. In der handlungsorientierten geographischen Konfliktforschung, auf die später noch genauer eingegangen werden soll, geht es um Raum als strategische Ressource und um akteurspezifisch unterschiedliche Ziele, Wahrnehmungen und konfliktbezogene Raumvorstellungen. Poststrukturalistische Ansätze dagegen befassen sich mit der Konstruktion von Raum im Diskurs und diskursiven Machtbeziehungen. Es geht hier also darum, "wie gesellschaftliche Räumlichkeit in spezifischen Macht-Wissens-Formationen hergestellt wird und welche Konsequenzen sich daraus für gesellschaftliche Praktiken ergeben" (REUBER 2012: 40 f). All diese Ansätze haben gemeinsam, dass sie sich mit dem Verhältnis von Identität und Raum befassen, also damit, wie es durch räumliche Konstruktionen zur Schaffung von Identitäten kommt, die dann zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden. Alle beschäftigen sich auch mit Grenzen, Grenzziehungen und deren Umkämpftheit sowie "mit der Rolle territorialer Organisationsformen von Gesellschaft [...] als Formen gesellschaftlicher Machtausübung" (REUBER 2012: 43). Auf diesen Aspekt soll später noch genauer eingegangen werden.

## **2.1 Die Politische Ökologie**

Für die vorliegende Arbeit ist auch die Politische Ökologie von Bedeutung, auf die nun näher eingegangen werden soll. Sie ist laut THOMAS KRINGS ein "transdisziplinäres Forschungskonzept an der Schnittstelle von Natur-, Politik- und Sozialwissenschaften, [das] Umweltveränderungen unter Einbeziehung von politischen, gesellschaftlichen und historischen Faktoren" (2008: 4) erforscht. In den 1980er Jahren kam aufgrund schwerwiegender Umweltprobleme die ökologische Frage auf, als die Atomkatastrophe in Tschernobyl, das Waldsterben und der Klimawandel in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit rückten und ökologische

Fragestellungen Einzug in die Politische Geographie hielten. Bis heute aktuell sind politische Auseinandersetzungen um Natur- und Umweltressourcen (REUBER 2012: 236 f), denn die Politische Ökologie sieht die Umwelt als ein durch verschiedene Interessen geprägtes Konstrukt und sie ist an der Vielfalt von machtdurchdrungenen Verbindungen interessiert (Ibid.: 147 f). Ganz gleich ob es "um die Untersuchung der Vernichtung 'natürlicher' Ressourcen wie Wälder oder Wasser, von Umweltschädigungen im Umfeld von Gewaltökonomien und Bürgerkriegen oder von neuen sozialen Bewegungen" (REUBER 2012: 144) geht, grundsätzlich bieten gesellschaftliche Aspekte wie bspw. Abhängigkeit oder Armut den Hintergrund für das Aufkommen von ökologischen Auseinandersetzungen. Die natürliche Umwelt und ihre ökologischen Ressourcen sind stark umkämpft, weswegen Veränderungen in 'der Natur' in einem "konfliktreichen Zusammenwirken politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Handlungen und Interessen auf lokaler, nationalstaatlicher und internationaler Ebene gesehen werden [und der historische Hintergrund] der Umweltproblematik in ihrem sozialen Kontext bedeutsam ist" (KRINGS 2008, 5). An der empirischen Herangehensweise der handlungsorientierten Politischen Ökologie ist erkennbar, dass sie ihre Wurzeln in der Entwicklungsforschung hat. So wird beispielsweise Umweltdegradation im Zusammenhang mit Unterentwicklung untersucht und es werden "Nachteile für einzelne gesellschaftliche Teilgruppen im Kontext von Umweltkonflikten oder beim Zugang zu ökologischen Ressourcen [erforscht, wobei] ethnische, geschlechtsspezifische und klassenspezifische Benachteiligungen" (REUBER 2012: 152) berücksichtigt werden. Es gibt auch zahlreiche Analysen, die sich auf Auseinandersetzungen um Umweltgesetzgebung in weniger weit entwickelten Ländern konzentrieren. Nichtsdestotrotz werden auch zunehmend Fallbeispiele aus den westlichen Industrieländern untersucht.

Auch hier besteht die Problematik darin, dass durch den Diskurs teilweise "aus unklaren statistischen Prognosen und unsicheren gesellschaftlichen Folgen ein apokalyptisches Risikoszenario [geschmiedet wird, welches] erneut - wie bereits in der traditionellen Geopolitik - auf deterministische und kausalistische Konstruktionsweisen [zurückgreift]" (REUBER 2012: 179), bspw. wenn es um sogenannte 'Klimakriege' geht.

Obgleich die Politische Ökologie "im Kontext der Politischen Geographie diskutiert" wird und stark in der Humangeographie verankert ist, formt sie dennoch ein "darüber hinausreichendes, eigenständiges und sehr stark interdisziplinär ausgerichtetes Feld" (REUBER 2012: 145) mit Ansätzen aus ganz unterschiedlichen Wissenschaften, wie bspw. der Ökologie, Ökonomie, Kulturanthropologie oder auch den Geschichts- und Politikwissenschaften. Es gibt zwei Gruppierungen in der Politischen Ökologie: Handlungs- und konfliktorientierte Ansätze auf der einen Seite und poststrukturalistisch argumentierende Ansätze auf der anderen. Hier soll lediglich auf die handlungs- und konfliktorientierten Ansätze eingegangen werden, da sie für

die Thematik der vorliegenden Arbeit von Bedeutung sind und es den Rahmen sprengen würde, beide Gruppierungen mit aufzunehmen.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass Akteuren mit ihren Durchsetzungsstrategien und Interessen eine Schlüsselrolle zukommt, wenn Veränderungen der natürlichen Umwelt analysiert werden. Dabei sind Akteure nicht zwangsläufig Einzelpersonen, sondern es kann sich auch um große Organisationen handeln (z.B. die Weltbank) oder um soziale Gruppen. Es wird nicht in Augenschein genommen, wie ein System in Zusammenhang mit der Umwelt funktioniert, sondern ausschließlich betrachtet, in wessen Interesse Veränderungen der Umwelt untersagt oder geduldet werden. Dabei spielen sowohl die ökologischen Konsequenzen eine Rolle, als auch die Frage, zu wessen Vorteil die Umweltveränderungen gereichen, denn die "einzelnen Akteure profitieren in unterschiedlichem Maße von der Nutzung der Naturressourcen und sind im Falle einer Fehlnutzung der natürlichen Ressourcen sehr ungleich von möglichen negativen Folgen betroffen" (KRINGS 2008: 6). Die Fokussierung auf die handelnden Akteure lässt die Ähnlichkeit von der Geographischen Konfliktforschung und der Politischen Ökologie deutlich werden, denn beide Forschungsrichtungen haben gemeinsam, dass sie von "interessengeleiteten Akteuren [ausgehen], die um ihrer eigennutzenorientierten Ziele Willen (in diesem Falle ökologische) Ressourcen in einer bestimmten Art und Weise in Anspruch nehmen möchten" (REUBER 2012: 147), wobei gegensätzliche Verwertungsinteressen der involvierten Akteure zu Auseinandersetzungen führen. Dennoch kann durch die unterschiedliche Beschaffenheit der handelnden Akteure zwischen den beiden Forschungsperspektiven differenziert werden, denn während die Politische Ökologie von 'sozialen' Akteuren ausgeht, bei denen nicht das Individuum im Mittelpunkt steht, konzentriert sich die Geographische Konfliktforschung auf den methodologischen Individualismus, also individuell verschieden handelnde Akteure. Beide Forschungsrichtungen haben aber das Ziel, beim Gebrauch-machen der Natur durch die Gesellschaft und den damit verbundenen Interessendifferenzen die Abhängigkeiten zwischen den vielfältigen Maßstabsebenen (lokal bis global) zu untersuchen, denn bei "umweltbezogenen Konflikten sind häufig von den lokalen Betroffenen über regionale und nationale Interessengruppen bis zu global handelnden TNCs und Umweltorganisationen Akteure aller Maßstabsebenen beteiligt, deren widersprüchliche Ziele [lokal] vor Ort kollidieren" (REUBER 2012: 147).

In der Politischen Ökologie kann man die handelnden Akteure unterscheiden in *place-based actors*, die lokal direkt von den Veränderungen betroffen sind, und *non-place-based actors*, die auf nationaler bis internationaler Ebene versuchen, ihre Interessen an den lokalen Ressourcen durchzusetzen. Es wird bei den Akteuren aber nicht von hilflosen und ohnmächtigen Opfern ausgegangen, sondern gesellschaftliche Strukturen werden als Wechselspiel wahr-

genommen, in dem Konflikte ausgetragen werden, und die durch innere und äußere Entwicklungen geprägt werden. Als Folge der Einordnung von Akteuren nach Maßstabsebenen ist das Risiko einer Vereinheitlichung nach Verortung sehr groß. Doch obgleich die Akteure vor Ort am meisten betroffen sind, so existieren auch auf lokaler Ebene meist unterschiedliche Akteursgruppen, von denen manche von den Veränderungen profitieren können, während anderen dadurch ein Nachteil entsteht. Man kann also nicht grundsätzlich davon ausgehen, dass die Akteure vor Ort generell gegen die Umweltveränderungen sind und den Interessen der überregionalen bis internationalen Akteursgruppen hilflos ausgeliefert sind - die Umstände auf den einzelnen Maßstabsebenen sind erheblich komplexer. Dieses Risiko der Homogenisierung nach Verortung wird als *territorial trap* bezeichnet (REUBER 2012: 149).

Die Erforschung von akteurspezifischen Verfügungsrechten in fallbezogenen Analysen impliziert die Untersuchung der Machtbeziehungen innerhalb einer Gesellschaft, denn dadurch können Rückschlüsse auf die Verletzlichkeit von Akteuren und ihrem Umfeld gezogen werden. Durch Überlegungen von Amartya Sen werden *entitlement*-Ansätzen seit etwa zehn Jahren in der Politischen Ökologie zunehmend Beachtung geschenkt. Hier werden drei Arten von Verfügungsrechten unterschieden: Erstens *endowments*, die sich auf Berechtigungen, Sitten und das Wissen spezifischer Akteure beziehen, die diese über ökologische Ressourcen haben; zweitens sogenannte *entitlements*, unter denen man die tatsächlichen Verfügungsrechte versteht, welche Akteure über Ressourcen haben, und zu guter Letzt *capabilities*, als die man die Befähigung von Akteuren bezeichnet, die beiden zuvor genannten Verfügungsrechte in einer Gesellschaft zu nutzen und dadurch die eigenen Anliegen und Bedürfnisse zu sichern. Durch die globalisierten Bedingungen kommt es leicht zu Auseinandersetzungen im Bereich der *entitlements* und *endowments*, da es lokal zur Überschneidung von ausgesprochen unterschiedlichen Rechtssystemen kommen kann (REUBER 2012: 150 f).

## 2.2 Die Geographische Konfliktforschung

Häufig geht es in sozialen Auseinandersetzungen um Macht und Raum, denn dadurch, dass eine Gesellschaft in den Raum eingebettet ist, stellt der Raum nicht nur "ein strukturierendes Merkmal sozialer Organisation" (REUBER 2012: 116) dar, sondern impliziert auch einen Interessenkampf um Ressourcen und Orte. Somit gehören raumbezogene Konflikte zu den wichtigsten Themen der Politischen Geographie. Die Geographische Konfliktforschung fragt unter anderem danach, welche Akteure an raumbezogenen politischen Auseinandersetzungen beteiligt und wie mächtig sie sind. Auch ist wichtig zu erfahren, durch welche Beweggründe Akteure zum Konflikt veranlasst werden, mit welchen Strategien sie ihre Interessen in die

Realität umsetzen und ob es nennenswerte Kontrollfunktionen durch politische Institutionen gibt, die die Akteure in ihrem Handeln beeinflussen können (Ibid.: 116).

Die Rekonstruktion eines Konfliktes steht und fällt mit den theoretischen Konzepten, die man einer Analyse zugrunde legt. Die Handlungstheorie der Geographischen Konfliktforschung basiert in ihren Grundkomponenten auf der handlungsorientierten Sozialgeographie von Benno Werlen, der den Begriff des *methodologischen Individualismus* geprägt hat (REUBER 2012: 117 f). Nach WERLEN werden Handlungen "als menschliche Tätigkeit im Sinne eines intentionalen Aktes begriffen, bei dem sowohl sozial-kulturelle und subjektive als auch physisch-materielle Komponenten bedeutsam sind" (WERLEN 2007: 593), die Handlungen eines Akteurs werden also als Ergebnis gesellschaftlicher Regeln, individueller Vorlieben und räumlicher Rahmenbedingungen gesehen. Es wird danach gefragt, mit welchen Strategien ein Akteur seine Ziele erreichen möchte, wie der raumbezogene Konflikt durch gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und das Handeln der Akteure beeinflusst wird und wie man einen räumlichen Bezug adäquat "in eine handlungsorientierte Politische Geographie integrieren" kann (REUBER 2012: 119).

### **2.2.1 Die Konstruktivismus-Prämisse**

Um einen Konflikt rekonstruieren zu können ist es aus Sicht der Geographischen Konfliktforschung von großer Bedeutung, die Konstruktivismus-Prämisse zu berücksichtigen. Diese geht davon aus, dass der Mensch seine Umwelt individuell verschieden wahrnimmt, seine 'Realität' aus diesen Eindrücken subjektiv selbst konstruiert und auf dieser Basis dann intentional handelt. Da die Grundlage seiner Handlung also eine subjektive Konstruktion ist, hat die Geographische Konfliktforschung einen konstruktivistischen Ausgangspunkt und der Blickwinkel der politisch-geographischen Analysen verlagert sich demzufolge. Der Fokus der Untersuchung wird darauf gerichtet, inwiefern die individuellen Eindrücke der Akteure die Ausgangslage eines Konfliktes beeinflussen haben und welche individuellen Ziele der Akteure sich auf der Basis ihrer Wahrnehmungen und subjektiven Konstruktion ihrer 'Realität' herausfinden lassen. Es wird versucht, nachzuvollziehen, warum und auf welche Weise Akteure Entscheidungen treffen und durch den Einsatz räumlicher Strukturen oder Leitbilder an ihr Ziel gelangen wollen (REUBER 2012: 119 f). Um zu begründen, auf welcher Grundlage Akteure Entscheidungen fällen, wurden zwei Ansätze ins Feld geführt: Zum Einen gibt es die *rational choice*-Theorie, die besagt, dass sich Akteure für die Lösung entscheiden, von der sie subjektiv glauben, dass der erhoffte Gewinn am höchsten ist (Ibid.: 121). Dies würde bedeuten, dass sie sich darin stark vom Homo Oeconomicus unterscheiden, der "immer wirtschaftlich optimal [handelt,...] über vollständige Informationen über alle möglichen Handlungsalternativen [verfügt und] [...] vollständige Gewißheit über den voraussichtlichen Erfolg seiner

Handlungen [besitzt]" (HEINEBERG 2003: 33). Es darf jedoch auf keinen Fall unterschätzt werden, dass der Mensch mit seinem Handeln immer in einen gesellschaftlichen Rahmen eingebettet ist und im Kontext der sozialen Strukturen agiert, in denen er aufgewachsen ist. Der Eindruck, dass Akteure ganz frei nach ihren subjektiven Vorstellungen handeln trägt also, denn sie werden durch gesellschaftliche Regeln, Werte und Gebräuche stark beeinflusst. Auch die "Einschränkungen (und Möglichkeiten), die sich durch die politische Stellung eines Akteurs definieren", gehören dazu, genau wie "juristische Verfahrensregeln bei raumbezogenen Entscheidungsprozessen", weswegen man nach REUBER davon ausgehen kann, dass der Mensch "unter vorgefundenen, d.h. vorstrukturierten Umständen" (2012: 122) handelt. Diese Art der Entscheidungsfindung fällt unter die *public choice*-Theorie, die gesellschaftliche Regeln und politische Institutionen als sehr wichtig erachtet, damit die Akteure in ihrem individuellen Handeln überhaupt zu Kooperation fähig sind. An dieser Stelle soll auch die Strukturierungstheorie von Anthony Giddens Erwähnung finden. Diese Theorie geht laut CORNELIA ULBERT davon aus, dass die Strukturen und die Akteure kodeterminiert sind, sich also gegenseitig bedingen. Das heißt, dass die Strukturen auf der einen Seite bestimmenden Einfluss auf das Verhalten der Akteure und ihre Interessen haben, aber andererseits bedeutet es im Umkehrschluss auch, dass die Akteure "diese Strukturen durch ihr Handeln immer wieder reproduzieren und aufrechterhalten, aber auch verändern können" (2003: 399). Diese Strukturen bewirken also viel mehr als nur eine Beschränkung des Verhaltens der Akteure, denn sie bestimmen auch die Regeln, "die Akteuren ein bestimmtes Repertoire an Handlungsmöglichkeiten vorgeben und damit die Grundlage für soziale Interaktion bilden" (ULBERT 2003: 399). Diese wechselseitige Beziehung zwischen Struktur und Akteur ist eine der wichtigsten konstruktivistischen Grundannahmen, obwohl die Strukturierungstheorie nicht erklären kann, welcher Mechanismus diese Wechselbeziehung zwischen Akteur und Struktur letztlich herstellt (ULBERT 2003: 409).

### **2.2.2 Allokative und autoritative Ressourcen**

Giddens geht davon aus, dass Machtbeziehungen zwischen Akteuren sowohl auf allokativen Ressourcen, als auch auf autoritativen Ressourcen basieren. Zu den autoritativen Ressourcen zählen beispielsweise die "politische Position im Entscheidungssystem [oder] persönliche Kontakte zu wichtigen Entscheidungsträgern", während "z.B. [die] Verfügbarkeit über Grund und Boden [oder] über materielle und finanzielle Güter" (REUBER 2012: 123) zu den allokativen Ressourcen zählen. Der Begriff 'Ressource' ist in diesem Zusammenhang nicht als Rohstoff, sondern als die Fähigkeit zu verstehen, Kontrolle über natürliche Bedingungen und somit über den Zugang zu Rohstoffen (allokativ), und andere Akteure (autoritativ) ausüben zu können (WERLEN 2007: 595). Da Aspekte wie Durchsetzungskraft und Autorität,



aber auch großer Besitz durchaus mit den biographischen Gegebenheiten eines Menschen, wie bspw. dem Besuch einer guten Schule oder Förderung durch die Eltern, zusammenhängen, ist die Macht eines Akteurs auch von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig (REUBER 2012: 123).

### **2.2.3 Der Raum und seine Konstruktion**

Der Raum, bzw. die Räumlichkeit, sind auf räumliche Konflikte bezogen insofern wichtig, als dass sie von den Akteuren als Ressource gesehen werden, innerhalb derer sich unterschiedliche Interessen verwirklichen lassen. Der Raum kann allerdings auch deswegen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen, weil er repräsentativ mit seinen räumlichen Strukturen als Machtmittel dienen und als Instrument dazu eingesetzt werden kann, eigene Interessen erfolgreicher zu vertreten. Raum ist also sowohl als Ressource, als auch als Machtmittel von Bedeutung. Innerhalb eines Raumnutzungskonfliktes erfolgt die Konstruktion räumlicher Zusammenhänge in drei Schritten. Wie bereits erwähnt konstruieren die Akteure ihre jeweilige 'Realität' auf der Basis ihrer Wahrnehmungen. Auch die Einschätzung der räumlichen Ausgangssituation bildet da keine Ausnahme, denn auch sie kommt durch die subjektive Einschätzung der Lage in den Köpfen der Akteure zustande. Die Akteure werden jedoch zusätzlich durch die kollektive Konstruktion eines Raumes mitgeprägt. Dadurch entstehen individuell unterschiedliche Repräsentationen eines Raumes, die sich über die Dauer des Konfliktes und aufgrund der fortwährend andauernden Interpretation der Vorgänge durch die Akteure über die Zeit verändern. Dadurch spiegeln sie die vorherrschenden sozialräumlichen Rahmenbedingungen wider, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Konfliktes vorherrschen. Zu guter Letzt entstehen durch diesen Prozess wiederum die raumbezogenen Zielvorstellungen der Akteure, die diese auf der Basis ihrer vergangenen Konfliktinterpretation entwickeln. Diese Ziele sind für die politisch-geographische Untersuchung eines Konfliktes sehr interessant, denn diese dynamischen Zielkonstruktionen, die sich flexibel dem Verlauf des Konfliktes anpassen, beziehen sich immer auch auf die Absichten der territorial verfassten Gruppe, zu der ein einzelner Akteur gehört (REUBER 2012: 125 ff). Über den Konflikt hinweg kommt es durch die einseitigen Interpretationen der Akteure zu strategischen und repräsentativen Raumkonstruktionen, die den Akteuren dabei helfen, ihre eigenen Standpunkte zu definieren und sie in der Gegenüberstellung mit Kontrahenten zu verteidigen und durchzusetzen. Dies kann dazu führen, dass "[räumliche] Zusammenhänge oder Strukturdaten [...] im situativen Rahmen des Möglichen von den Akteuren so interpretiert und konstruiert [werden, dass dadurch] den eigenen Zielen und räumlichen Verwertungsinteressen Vorschub [geleistet wird]" (REUBER 2012: 128). Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass sowohl die räumliche Ausgangslage einer Auseinandersetzung, als auch die Ziele durch die Akteure subjektiv

konstruiert werden und aufgrund der individuell unterschiedlichen Interpretationen des Konfliktverlaufs auch die Konfliktstrategien mit diesem subjektiven Entwurf der 'Akteurswirklichkeit' zusammenhängen.

## **2.3 Raumbezogene politische Konflikte**

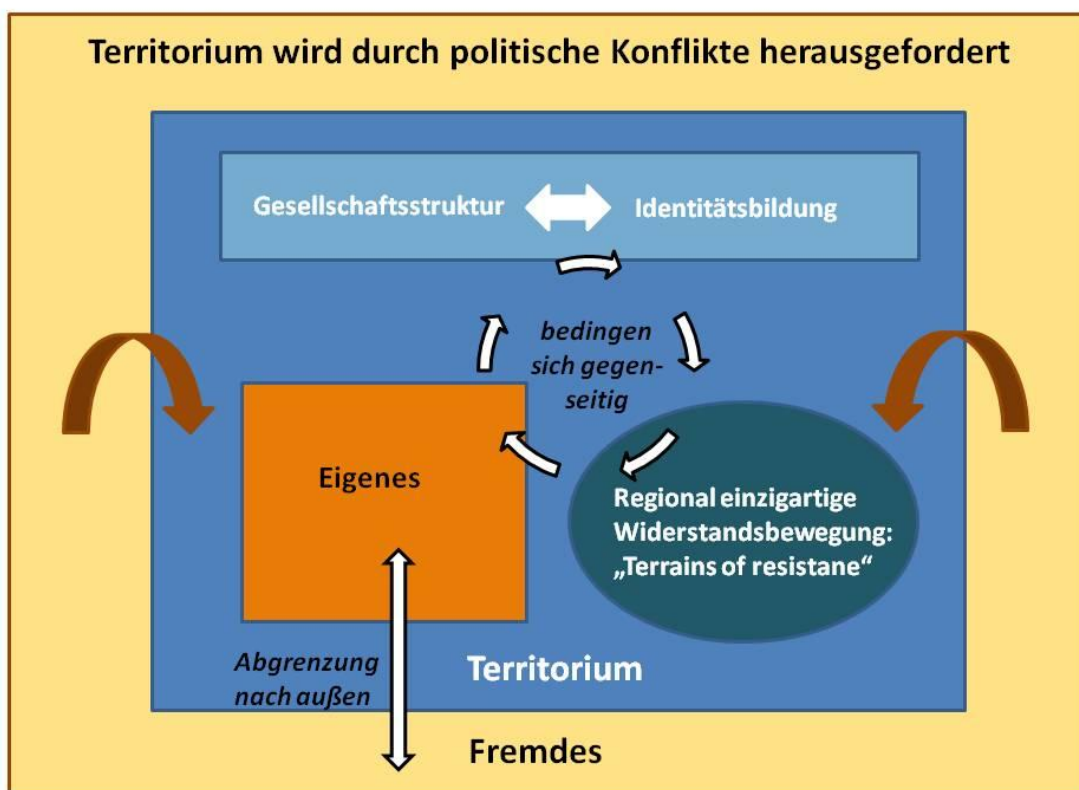
Krieg ist von Natur aus ein räumlicher Prozess, denn es geht um Kontrolle über Territorien und Gebietsansprüche (HARRIS 2005: 272). Politische Territorien bilden den Dreh- und Angelpunkt raumbezogener politischer Konflikte, weil sie aus verschiedenen Gründen erstritten werden. Zum Einen symbolisieren sie Nationalzugehörigkeit und Selbstbestimmung; zum Anderen beinhalten sie Ressourcen, die zum Anlass raumbezogener Konflikte werden können. Dabei kann es sich z.B. um Energie- oder Nahrungsquellen handeln (TOSET et al. 2000: 973). HARRIS macht am Beispiel des Nahen Ostens deutlich, dass es bei territorialen Auseinandersetzungen auch um Wasserressourcen gehen kann: "[With] respect to the outcomes of the 1967 war in the Middle East, often such renegotiations of territory are [...] renegotiations of water resource geographies and boundaries. [...] Israel's capture of key territories in successive wars was very strategic in terms of water resource control" (2005: 272).

### **2.3.1 Raumbezogene Konflikte um politische Territorien**

Bei einem politischen Territorium handelt es sich um eine "räumliche Einheit, die eine bestimmte Ausdehnung hat, durch eine Grenze gegenüber einem benachbarten Territorium abgegrenzt wird und häufig durch spezifische Formen des Regierens gekennzeichnet ist" (REUBER 2012: 55). Grenzen sind ein Merkmal der Strukturierung einer Gesellschaft, sozial konstruiert und können sich als nur schwer veränderbar erweisen, wenn sie sich erst einmal etabliert haben. Dies kann bewirken, dass Grenzen sehr machtvoll werden. Nichtsdestotrotz wird die traditionelle Verknüpfung von politischer Macht im Zusammenhang mit Territorium in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund der globalisierten Welt "durch stärker netzwerkartig verfasste Strukturen herausgefordert" (Ibid.: 55). Diese Herausforderung kann beispielsweise in international agierenden Unternehmen (TNCs) oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bestehen.

Räumliche Organisation erstreckt sich über viele Maßstabsebenen: Betrachtet man die territoriale Ordnung der Moderne, so wird diese aus "einem ineinander geschachtelten System verschiedener Maßstabsebenen territorialer Gliederung [gebildet], die von den internationalen Staatenbünden bis zu Gemeinden und Wohnquartieren reichen" (Ibid.: 63).

Territorien sind darüber hinaus durch das Wechselspiel von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit von eminenter Bedeutung für die Identitätsbildung und umgekehrt (siehe Abb. 1). Identität ist eine Konstruktion, die durch das soziale Umfeld erfolgt und die Handlungen und Eindrücke von Individuen beeinflusst. Dadurch ist sie von dynamischer Natur und wegen dieser Unstetigkeit und Wandlungsfähigkeit auch Schauplatz politischer (Deutungs-) Konflikte. Identität und der Kampf um diese spiegeln gesellschaftliche Machtstrukturen wider (Ibid.: 45 f). Durch die Verflechtung von räumlichen Repräsentationen und sozialen Differenzierungen (bspw. kulturelle oder religiöse Unterschiede) wird "das Eigene und das Fremde auf eine lokalisierbare, oft sogar mit einer klaren Grenze versehenen Weise geschaffen. Das Eigene entsteht durch eine Differenzbeziehung zu einem ausgeschlossenen Anderen, d.h. durch 'othering'" (REUBER 2012: 46, Hervorhebung i. O.). Da diese Differenzbeziehung räumlich lokalisierbar ist und mit einer Vereinheitlichung nach innen, bzw. einer Abgrenzung nach außen zusammenhängt, sind raumbezogene Formen von Identität für die gesellschaftspolitische Strukturierung sehr wichtig und ein wesentliches Instrument bei territorialen Auseinandersetzungen. Die Auswirkungen dieser Verknüpfung von Raum und Identität auf verschiedenen Maßstabsebenen beeinflussen nicht nur den Alltag, sondern auch politische Entscheidungen (Ibid.: 46).



**Abb. 1: Eigenschaften von Territorien.** Identität und Gesellschaft stehen in einer Wechselbeziehung, durch die sich sowohl spezifische Widerstandsbewegungen herausbilden, als auch Eigenes von Fremdem abgegrenzt wird.

Quelle: Eigene Abbildung in Anlehnung an REUBER 2012

Aus diesem Grund haben Konflikte eine ganz individuelle, ortsspezifische Komponente, da sie durch kollektive, regionale Identitätsmuster beeinflusst werden, die durch den spezifischen historischen Bezugsrahmen, die gesellschaftlichen Voraussetzungen und andere regionale Eigenheiten zustande gekommen sind. Man kann also davon ausgehen, dass jeder Konflikt gewissermaßen einzigartig ist (REUBER 2012: 134). Dies bringt allerdings mit sich, dass auch die Widerstandsbewegungen aufgrund dieser regional einzigartigen Situiertheit und Potenziale spezifische Widerstandsformen entwickeln, die "*terrains of resistance*, [...] die auf eine regional einzigartige Weise Elemente der regionalen Identität und der Regionalgeschichte mit übergeordneten gesellschaftlichen Strukturierungsmustern (z.B. national, global) verbinden" (Ibid.: 135, Hervorhebung i. O.). Sofern man anhand dieser Betrachtungsweise regional spezifische Widerstandsbewegungen untersuchen möchte, kann man dadurch auch die Thematik territorialer Identität in den Gesamtrahmen des Konfliktes integrieren. Allerdings muss dann darauf geachtet werden, 'das Regionale' umsichtig einzubinden, um nicht in die 'Raumfalle' zu stolpern und gar mit raumdeterministischen Deutungsmustern aufzuwarten. Dies kann nur gelingen, wenn die Einflechtung 'des Regionalen' auf einer gesellschaftstheoretischen Basis mit einer konstruktivistischen "Fundamentierung raumbezogener Anteile solcher im Konfliktkontext als ‚regionalspezifisch‘ [...] repräsentierten Konstruktionen von Protest- oder Widerstandsidentitäten" (REUBER 2012: 141) erfolgt.

Das politische Territorium, das durch raumbezogene Identitäten in seiner Struktur gefestigt wird, im Umkehrschluss aber auch die Bildung räumlicher Identitäten beeinflusst, bildet also spezifische Konflikte mit besonderen Arten des Widerstandes aus. So wird das Territorium einerseits von innen heraus in Frage gestellt, andererseits aber auch wie bereits erwähnt durch externe Strukturen herausgefordert. Beides kann zu raumbezogenen Konflikten führen - auf der einen Seite können Bürgerkriege innerhalb eines Staates entstehen und auf der anderen Seite kann es zu internationalen Konflikten kommen. Es ist aber auch zu bedenken, dass 'Frieden' nicht als das Nichtvorhandensein von Krieg zu erklären ist. Viele Völker, Ökonomien, Orte und Existenzen sind durch bestehende Konflikte geprägt. Ein Konflikt an einem bestimmten Ort kann nicht einfach getrennt von den Bedingungen und Zuständen anderer Orte und Maßstäbe/Größenordnungen betrachtet werden. Selbst wenn ein Staat nicht im Krieg ist, so können Ressourcenzugang und -nutzung durchaus von sozialpolitischen Konflikten geprägt sein, entweder durch Konflikte an anderen Orten oder durch eigene Konflikte der Vergangenheit. Aus diesem Grund werden Konflikte in mehreren Größenordnungen betrachtet (HARRIS 2005: 259).

### 2.3.2 Räumliche militärische Auseinandersetzungen

Über räumliche militärische Auseinandersetzungen lassen sich mehrere Aussagen treffen. Zum Einen hat die Anzahl der Kriege zwischen Staaten abgenommen, während es inzwischen viel mehr Kriege innerhalb von Staaten gibt (Bürgerkriege). Dazu kommt, dass Bürgerkriege länger andauern als jemals zuvor: Die durchschnittliche Dauer eines Bürgerkrieges beträgt inzwischen acht Jahre und diese Konflikte zerstören mehr Menschenleben und Besitz als Kriege zwischen Staaten (O'LOUGHLIN 2005: 85).

So kommen nach Angaben von O'LOUGHLIN mehr als viermal so viele Menschen durch ihre eigenen Regierungen ums Leben, als durch internationale Kriege (2005: 90). Er thematisiert in seinem Aufsatz *The Political Geography of Conflict* das Modell von Fearon und Laitin, nach dem die Physische Geographie die Entstehung von innerstaatlichen Konflikten durchaus beeinflussen kann: "Another expected association of geography with war is that physical geography matters. From Fearon and Laitin's regression model, it is evident that if a country is large, mountainous, and lightly populated, it faces added risks of rebellion" (O'LOUGHLIN 2005: 90). Er begründet dies anschließend damit, dass sich Rebellen in einem solchen Umfeld leichter im Verborgenen halten können. Allein der Umstand eines weiträumigen und übersichtlichen geographischen Raumes kann allerdings noch keinen Bürgerkrieg begründen. Neben Abspaltungsbewegungen von bspw. ethnischen Minderheiten sind auch die Art der Regierung und zahlreiche weitere Einflussgrößen wie Regierungswechsel etc. mögliche Ursachen für das Ausbrechen großräumiger innerstaatlicher Konflikte. In zwei Dritteln der zeitgenössischen Bürgerkriege spielt Ethnizität jedoch eine dominante oder einflussreiche Rolle:

"If a country has a single large minority juxtaposed to an ethnically different majority [...], the odds of a civil war double. The reason for this specific correlation is that the minority feels that it stands no chance of effecting change through the usual political process of election and democratic competition; it will always lose in an ethnically divided polity. The more diverse the country (multiple smaller ethnic groups), the lower the chances of war since coalitions between the groups are necessary to form a majority [...]" (O'LOUGHLIN 2005: 88)

Sobald ein Bürger- oder Guerillakrieg ausbricht, benötigen beide Seiten finanzielle Mittel zur Weiterführung des Konfliktes. Sofern eine der Seiten die Regierung ist, kann sie die Verteilung der Staatsausgaben und Steuereinnahmen dahingehend nutzen, die bewaffneten Auseinandersetzungen zu finanzieren. Auf der Seite der Rebellen sind Gelder nicht so einfach zu bekommen. Eine Möglichkeit bietet die Nutzung und der Verkauf von Ressourcen innerhalb der Rebellenregion, wie bspw. Drogen in Kurdistan. Die zwei wichtigsten Geldquellen jedoch sind benachbarte Regierungen, die ein Interesse an der Schwächung des Nachbar-

staates und somit am Fortdauern des Bürgerkrieges haben und eine ethnische Diaspora im Ausland, die die Widerstandsbewegung fördern. Die Durchlässigkeit der Grenzen und die Art der globalen Finanztransfers im Untergrund machen es fast unmöglich, diese Art der Unterstützung zu stoppen. Bürgerkriege haben durch die Problematik der Stellvertreterkriege inzwischen internationale Kriege weitgehend abgelöst, da es für gegnerische Staaten einfacher ist, eine Widerstandsbewegung im feindlichen Staat zu unterstützen und den Gegner somit 'von innen heraus' zu schwächen, als mit eigenen Truppen in den Krieg zu ziehen (O'LOUGHLIN 2005: 89). Das hat dazu geführt, dass auf jeden zwischenstaatlichen Krieg mehr als acht Bürgerkriege kommen (Ibid.: 86). Besonders die USA waren unverhältnismäßig häufig sowohl in Bürgerkriegen, als auch Kriegen zwischen Staaten involviert - entweder indem sie direkt am Krieg beteiligt waren (z.B. Afghanistan 2001, Irak 2003) oder aber indirekt Regierungen unterstützten, die mit separatistischen Gruppen Auseinandersetzungen hatten (z.B. die Türkei).

### **3. WASSER - EINE KNAPPE RESSOURCE**

Die Verfügbarkeit von Wasser beruht auf dem funktionierenden Wasserkreislauf der Erde, innerhalb dessen es ständig erneuert wird. Um die Wasserverfügbarkeit zu ermitteln wird klassischerweise von der Wasserbilanz ausgegangen. Da Wasser durch die Nutzung nicht verschwindet und somit nicht 'verbraucht' wird, könnte man vermuten, "dass die Naturressource Wasser im Extremfall beliebig verfügbar ist" (MAUSER 2007: 49). Obwohl es auf dem Globus als Ganzem gesehen keine Wasserknappheit gibt, so existieren in Relation zum derzeitigen Wasserbedarf in vielen Regionen der Erde dennoch Wasserengpässe, denn 97% der Wasservorkommen bestehen aus Salzwasser und sind für menschliche Zwecke nur eingeschränkt nutzbar. Von den verbleibenden 3% der Wasserreserven, die aus Süßwasser bestehen, sind 87% nicht direkt verfügbar, da sie entweder verschmutzt oder in Form von Eis gebunden sind, bzw. sich in tiefen Grundwasserleitern befinden (TOSET et al. 2000: 974 f). Diese Süßwasserressourcen geraten zunehmend unter Druck, denn der weltweite Wasserverbrauch steigt kontinuierlich an. Es ist nicht die Trinkwasserversorgung, die mit lediglich 10% des gesamten Wasserverbrauchs zur Verknappung des verfügbaren Süßwassers beiträgt, sondern vielmehr die Landwirtschaft, die mit 70% den größten Anteil des vom Menschen nutzbaren Wassers benötigt (HAAS 2007: 109). Eine Schätzung der Vereinten Nationen geht davon aus, dass bereits im Jahre 2025 der Bedarf an frischem Wasser die mögliche Versorgung mit diesem in mehr als 52 Ländern übersteigen wird (HARRIS 2005: 260). Im nächsten Abschnitt werden die Ursachen für den Wassermangel erläutert.

### 3.1 Wasserknappheit

Klima und Wasserkreislauf stehen in einer engen Wechselbeziehung. In den verschiedenen Regionen der Erde variiert die Wasserverfügbarkeit je nach Klimazone sehr stark: "Nearly 80% of the total global runoff is concentrated in the North" (SWAIN 2001: 771). Die Länder im Norden, die mehr Wasser zur Verfügung haben als sie benötigen, weisen zudem geringere Bevölkerungszahlen auf als die Staaten weiter südlich in den ariden Gebieten. Die Staaten in den trockenen Regionen der Erde haben also nicht nur mit Wassermangel aufgrund geringerer Niederschläge zu kämpfen, sondern auch mit hohem Bevölkerungswachstum und einer schnellen Urbanisierung. Da sozio-ökonomische Entwicklung mit Industrialisierung und Verstädterung verknüpft ist, hat dies einen erhöhten Wasserbedarf in diesen Regionen zur Folge (Ibid.: 771). Viele der Länder in den ariden Gebieten sind Entwicklungsländer und noch stark an Agrarwirtschaft gebunden. Allerdings ist der "Konsum an Wasser für die Landwirtschaft [...] in den Trockengebieten der Erde besonders groß, z. B. in Afghanistan, Sudan [oder] im Nahen Osten" (HOPP 2004: 74), da dort kaum Niederschläge fallen und die Evaporation sehr hoch ist. Dadurch wird in diesen Ländern im landwirtschaftlichen Sektor mehr Wasser verbraucht, als im Industriesektor, um die wachsende Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen zu können. Hier liegt ein wichtiger Unterschied in der Nutzung des Wassers, denn für die Industrie verwendetes Wasser wird in der Regel nicht in seiner Menge reduziert, sondern kehrt nach der Nutzung zum Großteil wieder ins Flusssystem zurück (SWAIN 2001: 771). Dies trifft auf agrarwirtschaftlich genutztes Wasser nicht zu. Dazu kommt, dass "nur ca. 55% des Wassers wirklich verbraucht [werden, denn] 45% sind Verluste durch undichte Leitungen, Versickern und Verdunsten bei der landwirtschaftlichen Bewässerung" (HAAS 2007: 109). Dagegen wird durch die industrielle Nutzung das Wasser allerdings häufig verschmutzt. Somit ist nicht nur die Wasserquantität, sondern auch die Qualität und somit der mangelnde Zugang zu sauberem Wasser ein wichtiger Aspekt. Die Wasserknappheit wird noch verschärft durch die höhere Verdunstung in den ariden Gebieten, die ungleiche Verteilung des vorhandenen Wassers sowie die nur saisonale Verfügbarkeit (SWAIN 2001: 771). Auch die Ausbeutung von Böden und Wäldern wirkt sich negativ auf Abfluss und Versickerung aus (MAUSER 2007: 25).

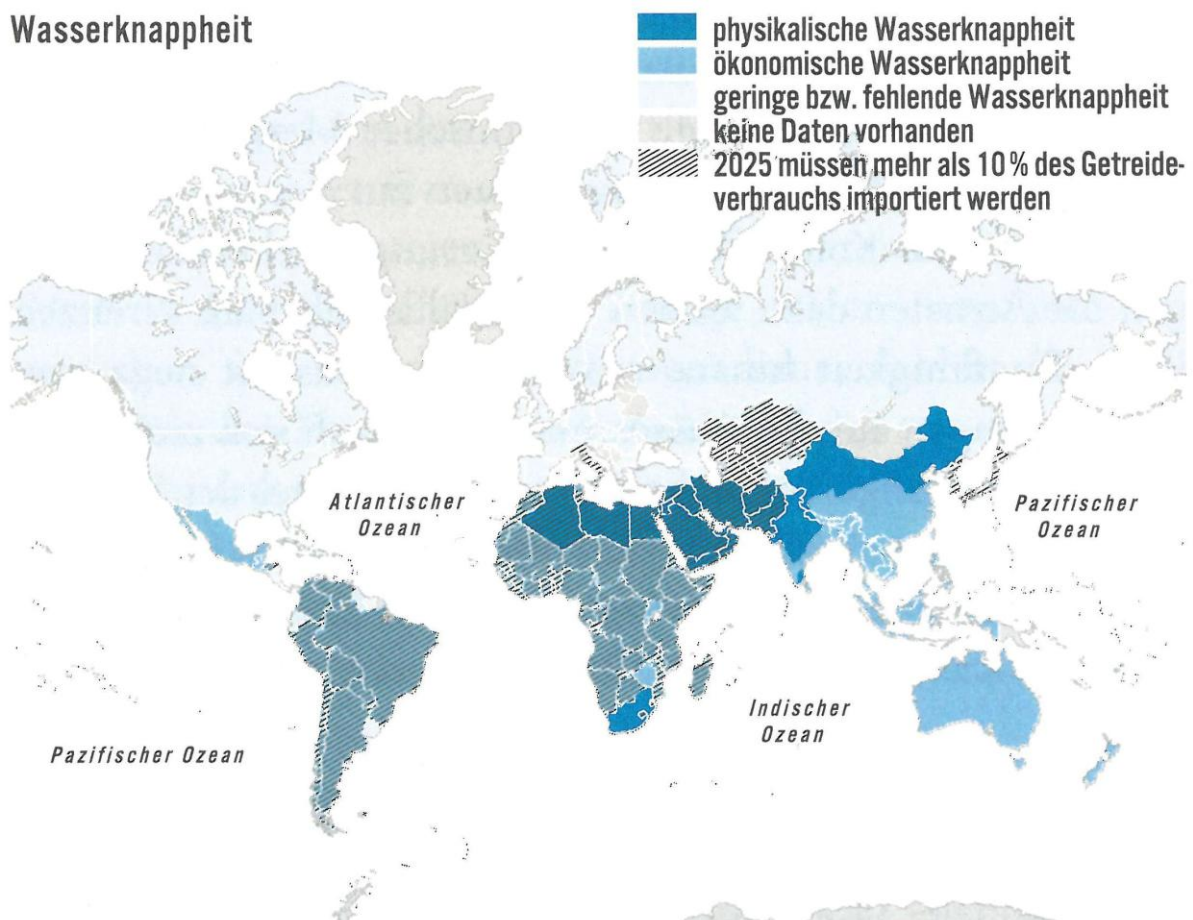
Darüber hinaus wird für die Zukunft erwartet, dass sich durch den Klimawandel die Problematik noch weiter zuspitzen wird (siehe Abb. 2). Da jedoch die Klimaszenarien der Zukunft noch viele Unsicherheiten bezüglich der Veränderungen im Wasserkreislauf aufweisen und "es bei Projektionen der Niederschläge erhebliche Unterschiede, zum Teil sogar entgegengesetzte Trends [gibt,] zögern Wassermanager noch, die Folgen des Klimawandels in ihre langfristigen Planungen einzubeziehen" (HOFF & KUNDZEWICZ 2006: 14 f) und verlassen sich bei der Planung großer Wasserbauprojekte wie bspw. Staudambauten noch auf die Analy-



se von historischen Zeitreihen, die aufgrund der menschlichen Beeinflussung des Klimas allerdings mehr und mehr an Gültigkeit verlieren (Ibid.: 15). Wasserknappheit wird nicht nur physikalisch verursacht, sondern auch durch sozioökonomische und politische Aspekte beeinflusst. Wassermangel kann also auch aus politischen Fehlentscheidungen und Konflikten resultieren (Ibid.: 14).

Um Wasserknappheit messen zu können, entwarf die schwedische Hydrologin Malin Falkenmark den Wasserknappheitsindex, der "Grenzwerte zur Kennzeichnung von *Wassermangel*, *Wasserknappheit* und ausreichender *Wasserversorgung*" (HOPP 2004: 74, Hervorhebung i. O.) vorschlägt und nach dem sich Wasserknappheit definieren lässt. So handelt es sich um absoluten Wassermangel, wenn weniger als 500 m<sup>3</sup> Süßwasser pro Kopf und Jahr zur Verfügung stehen, unter 1000 m<sup>3</sup> Wasser pro Kopf und Jahr zeigen chronische Wasserknappheit an und zwischen 1000 und 1700 m<sup>3</sup> besteht Wasserstress mit weit verbreitetem Wassermangel. Wenn in einem Staat "mehr als 1700 m<sup>3</sup> Trinkwasser pro Jahr und Kopf zur Verfügung [steht], spricht man von relativer Hinlänglichkeit der Wassermenge" (FRÖHLICH 2006: 32). Der Wasserknappheitsindex bietet die Möglichkeit, die Wasserverfügbarkeit verschiedener Staaten vergleichen zu können.

## Wasserknappheit



**Abb. 2: Weltweite Verbreitung von Wasserknappheit im Jahr 2025.**

Quelle: MAUSER 2007: 26

Wasserknappheit hat vielfältige Auswirkungen. Zum Einen bedroht sie die Ernährungssicherung, da es bspw. durch Dürren zu Missernten und Ausfällen der Nahrungsmittelversorgung kommen kann, besonders in Kombination mit unzureichenden Anbautechniken (LOTZE-CAMPEN 2006: 8). Die mangelnde Versorgung mit Sanitärwasser und damit zusammenhängenden hygienischen Einrichtungen kann aber auch dazu führen, dass es zum Ausbruch von Krankheiten kommt, die mit verschmutztem Wasser in Verbindung stehen, z.B. "die bakteriell ausgelösten Durchfallerkrankungen wie Cholera, Typhus und Ruhr, Viruserkrankungen wie Kinderlähmung und Hepatitis A, aber auch eine breite Palette von Parasitenkrankheiten" (MAUSER 2007: 165). In den Entwicklungsländern zählen diese Krankheiten laut MAUSER zu den größten Gesundheitsrisiken und es sterben dort zahlreiche Menschen an Durchfallerkrankungen (2007: 165 ff). Selbst wenn quantitativ genug Wasser zur Verfügung steht, so ist der Verfall der Wasserqualität ein ernstzunehmendes Problem, denn zu "glauben, [die Menschen] würden in Zukunft an Wassermangel verdursten, trifft [...] nicht den Kern des Problems, wenn sie vorher elend an Krankheiten zugrunde gehen" (MAUSER 2007: 169), weil es an sauberem Wasser mangelt.

Der Klimawandel mit steigenden Temperaturen und CO<sub>2</sub>-Konzentrationen wird zudem voraussichtlich zu veränderten Niederschlagsmustern und "Bodenfruchtbarkeit, Bodenerosion, verstärktem Druck von Pflanzenkrankheiten sowie einer Häufung von klimatischen Extremereignissen wie [Stürmen], Überschwemmungen und Dürreperioden führen" (LOTZE-CAMPEN 2006: 10) und die mit Wasserknappheit zusammenhängenden Probleme noch verschärfen. Im folgenden Kapitel soll erläutert werden, wie die Auswirkungen der Wasserknappheit mit dem Wert des Wassers in Verbindung stehen.

### **3.2 Welchen Wert hat Wasser?**

FRANKLIN FISHER stellt in seinem Aufsatz *Water Value, Water Management, and Water Conflict* den wichtigsten Zusammenhang zwischen Wasser und seiner Wertbeimessung fest: "It is the scarcity of water and not merely its importance for existence that gives water its value. Where water is not scarce, it is not valuable" (2008: 131). Wo es an Wasser mangelt, gewinnt es also an Wert. Da Wasser in vielen Gebieten der Erde ein knapper Rohstoff ist, wird ihm ein großer Wert beigemessen. "Die enorme Bedeutung von Wasser liegt in der kaum substituierbaren Nutzung als Trink-, Gebrauchs- und Verbrauchswasser im Haushalt" (HAAS 2007: 108), der Landwirtschaft und der Industrie. Es stellt sich also die Frage, woran man den Wert von Wasser misst. Grundsätzlich kann man zwischen ethischer und ökonomischer Wertschätzung unterscheiden.

### **3.2.1 Ethischer Wert**

Der Wert von Wasser wird in der Naturethik diskutiert, die sich damit befasst, "an welchen Werten sich die Menschen bei ihrem Umgang mit der Natur orientieren sollten" (MARGGRAF 1997: 231). Sie übt Kritik an einer rein ökonomischen Bewertung der natürlichen Umwelt. Die Naturethik fragt danach, welchen Wert die Natur hat und ob dieser lediglich darin liegt, dass der Mensch sie nutzen kann, oder ob er darüber hinausgeht. Es geht also darum, ob man als Mensch der Natur gegenüber ethisch verpflichtet ist oder ob es nur zwischen menschlichen Individuen ethische Verpflichtungen geben kann (MARGGRAF 1997: 231).

Um dies besser beurteilen zu können wird zwischen anthropozentrischen und nichtanthropozentrischen Sichtweisen unterschieden. Aus dem Blickwinkel der ersteren betrachtet ist nur das von Bedeutung, was für das Wohlbefinden des Menschen nötig ist. Dagegen kennt die "nichtanthropozentrische Werttheorie [...] auch von menschlichen Interessen unabhängige Werte" (MARGGRAF 1997: 232).

Neben diesen beiden Sichtweisen ist aber auch die Unterscheidung von instrumentellem Wert und Eigenwert von großer Bedeutung. Wasser hat beispielsweise einen instrumentellen Wert, wenn es genutzt wird, um etwas anderes zu erreichen, wie z.B. Wasser zur Bewässerung genutzt wird, um Feldfrüchte produzieren zu können. Wenn es jedoch um seiner selbst willen geachtet wird, hat es auch einen Eigenwert. Dieser Eigenwert kann ein inhärenter sein, der dadurch zustande kommt, dass Natur für ein gutes menschliches Leben nötig ist, oder es kann ein intrinsischer Wert sein, d. h. unabhängig vom Wert, der ihr zugeschrieben wird ist die Natur das moralische Subjekt (MARGGRAF 1997: 234 f). Wenn Natur einen Eigenwert besitzt, bedeutet das, dass Natur im Leben des Menschen einen so hohen Stellenwert einnimmt wie bspw. Liebe oder Freundschaft und er ohne sie kein erfülltes Leben führen kann (anthropozentrischer Eigenwert). Das würde weiterhin bedeuten, dass der Mensch moralisch dazu verpflichtet ist, die Natur wertzuschätzen, auch für den Fall, dass sich dies nicht mit seinen Interessen deckt (moralischer Eigenwert), denn dann gibt es "unabhängig von den Menschen und ihren Bedürfnissen Werte in der Natur [...], die anzuerkennen sind (absoluter Eigenwert)" (MARGGRAF 1997: 236).

### **3.2.2 Ökonomischer Wert**

Wasser ist ein Bestandteil der natürlichen Umwelt und da diese zur Bedürfnisbefriedigung des Menschen beiträgt und somit ein ökonomisches Gut ist, zählt Wasser zu den Umweltgütern, genau wie saubere Atemluft sowie Pflanzen- und Tierressourcen. Wasser kann als Umweltgut sowohl ein Konsumgut, als auch einen Produktionsfaktor (z.B. Fischerei, landwirtschaftliche Produktion etc.) darstellen. Allein das verleiht ihm aber noch keinen ökonomi-

schen Wert, denn diesen hat es wie alle Umweltgüter erst, wenn es knapp ist, das heißt, wenn seine Nutzung mit Opportunitätskosten verbunden ist. Dies bedeutet, dass es konkurrierende Verwendungszwecke dafür gibt, die sich gegenseitig ausschließen: z.B. kann ein Badesee nicht auch zur Einleitung von Abwässern genutzt werden; die Opportunitätskosten beinhalten die entgangene Verwendungsmöglichkeit des Umweltgutes und würden sich hier aus der teureren Reinigung des Wassers in Kläranlagen ergeben (MARGGRAF 1997: 27 f).

Wenn man den Wert von Umweltgütern beurteilen möchte, so muss man berücksichtigen, dass Umweltgüter - ganz anders als Marktgüter - für den Menschen auch dann von Bedeutung sind, wenn sie nicht verwendet werden, weswegen man zwischen nutzungsabhängigen und nutzungsunabhängigen Werten differenzieren kann. So hat ein Umweltgut z.B. einen nutzungsabhängigen Wert, wenn Menschen in einer unversehrten Natur etwas unternehmen wollen (MARGGRAF 1997: 185).

Der ökonomische Wertbegriff und ökonomische Knappheit sind relativ, da sie von Angebot und Nachfrage abhängen. Umweltgüter werden von der natürlichen Umwelt 'angeboten', allerdings wird das "Angebot an Umweltgütern [...] durch die natürlichen Prozesse bestimmt und ist nicht beliebig vermehrbar" (MARGGRAF 1997: 29). Dies hat dazu geführt, dass ihr ökonomischer Wert zugenommen hat, da sich infolge der Industrialisierungsprozesse die Nachfrage nach Umweltgütern gesteigert hat (Ibid.: 29). Dies gilt auch für Wasser. Nach CECH wird der Wert des Wassers durch die Nachfrage beeinflusst, die sich aus dem Nutzwert des Wassers und der daraus resultierenden Bereitschaft, für Wasser zu bezahlen, ergibt, und zum anderen durch das Angebot, das in verschiedenen Klimazonen der Erde stark variiert (CECH 2010: 441). Im Falle der vorliegenden Arbeit geht es vor allem um den Nutzwert von Flüssen, der sich aus deren Funktion ergibt. Die Funktionen eines Flusses haben einerseits Anforderungen an den Fluss, andererseits aber auch bestimmte Auswirkungen auf ihn. Sie werden in In-stream-Funktionen und Off-stream-Funktionen unterschieden. Erstere "finden innerhalb des Flußbettes statt und erfordern weder die Entnahme noch die Einleitung von Wasser und anderen Stoffen" (DURTH 1996: 25). Es geht bspw. um die Transportfunktion des Flusses für Stauprojekte (Energiegewinnung), Fischfang, Ökologie und Freizeit. Off-stream-Funktionen gehen dagegen über die Grenzen des Flussbettes hinaus und beinhalten Wasserentnahme (z.B. für Bewässerung, Trink-, Brauch- und Kühlwasser) und -einleitung. Bei der Einleitung ist das Wasser je nach Art der Nutzung häufig verschmutzt. Die Funktionen eines Flusses decken sich in der Regel mit wirtschaftlichen Interessen (DURTH 1996: 24 f).

### 3.3 Der Umgang mit Wasserknappheit aus ökonomischer Sicht

CECH ist der Ansicht, dass Wasserengpässe häufig dadurch verursacht werden, dass Wasservorräte nicht angemessen mit ökonomischem Wert versehen werden. In seinen Augen resultiert die ineffiziente und verschwenderische Nutzung des Wassers daraus, dass der Preis des Wassers unter seinem eigentlichen Wert angesetzt wird (2010: 443). Da es für Wasser keinen Ersatz gibt, wird bei Streitigkeiten über Wasser der Gewinn der einen Konfliktpartei zumeist als Verlust für die andere betrachtet. Eine andere Möglichkeit, über Wasser nachzudenken, ist laut FRANKLIN FISHER deswegen die, dass Wasser gegen andere Handelsgüter eingetauscht und damit gehandelt werden kann (2008: 124). Er zitiert Gideon Fishelson über den Wert knapper Ressourcen: "Water is a scarce resource. Scarce resources have value, and, no matter how much one values water, one cannot value it at more than its cost of replacement" (FISHER 2008: 124). Wenn man Wasser mit ökonomischem Wert versieht und es um den Besitz von Wasser geht, müssen mehrere Aspekte beachtet werden. Alle Wassernutzer sind gewissermaßen auch Wasserkäufer. Ein Besitzer von Wasser wird daher einen bestimmten Teil seines Wassers nur verwenden, wenn die Nutzung des Wassers mindestens so viel wert ist wie der Gewinn, den er durch den Verkauf seines Wassers erzielen könnte. Auch ein potenzieller Käufer erwirbt Wasser nur dann, wenn das Wasser mindestens so viel wert ist, wie das Geld, das er dafür investiert: "*Ownership only determines who receives the money (or the equivalent compensation) that the water represents*" (FISHER 2008: 137, Hervorhebung i. O.). Wasserbesitz fällt somit unter Eigentumsrecht, das den Besitzer zum ökonomischen Wert des Wassers berechtigt. Eine Unstimmigkeit über Wasser kann dieser Annahme zufolge in eine Unstimmigkeit über das Recht auf finanzielle Kompensation umgewandelt werden. Dann ist Wasser den Krieg nicht wert, denn wenn zwei Staaten in einem Wasserkonflikt darin übereinstimmen würden, dass für den einen Staat Wasser aufgrund des Wassermangel dort mehr wert ist als für den anderen, dann könnten beide Staaten davon profitieren, wenn der andere Staat dafür im Tausch gegen das Wasser etwas anderes bekommen würde, das für ihn mehr Wert besitzt als Wasser (FISHER 2008: 137 ff). Im Hinblick auf Konflikte um Wasser ist diese Ansicht durchaus von Bedeutung. Wenn es um knappe Ressourcen geht, kann ein freier Markt dazu führen, dass ihre Bereitstellung gesichert wird.

Ein freier Markt erfordert, dass es einen Wettbewerb zwischen den involvierten Märkten gibt (zahlreiche kleine Käufer und Verkäufer) und die sozialen Nutzen und Kosten, die mit der Ressource in Verbindung gebracht werden, müssen sich mit den privaten Vorteilen und Kosten decken. Wenn es um Wasserressourcen geht, werden diese Bedingungen im Allgemeinen aber nicht erfüllt. Zum Einen sind Wassermärkte nicht wettbewerbsfähig und zum Anderen ist Wasser je nach Nutzung teilweise mit einem sozialen Wert behaftet, der zum privaten

Wert durch die Nutzer hinzukommt. So erachten Regierungen Subventionen für landwirtschaftlich genutztes Wasser bspw. häufig als sinnvoll (Fisher 2008: 128). Es gibt noch einen anderen Grund, weswegen Preismechanismen bei Umweltgütern nicht funktionieren und diese Güter nicht auf Märkten bereitgestellt werden. Umweltgüter können "oftmals von mehreren Individuen gemeinsam genutzt werden, ohne dass es zu Verwendungskonkurrenzen kommt. Zum anderen ist es bei Umweltgütern oftmals nicht möglich, andere [Konsumenten] von der Nutzung des Umweltgutes auszuschließen" (MARGGRAF 1997: 33), was dazu führt, dass es zu 'Trittbrettfahrertum' kommt. Das bedeutet, dass sich durch die Konsummöglichkeit des Umweltgutes durch viele Individuen "keine Marktnachfrage nach diesen Gütern [entwickelt], weil jeder einzelne Konsument hofft, dass die anderen Konsumenten für die Bereitstellung dieser Güter sorgen werden, und er selbst das bereitgestellte Gut kostenlos konsumieren kann" (MARGGRAF 1997: 35).

Die ökonomische Nutzung von Wasser hat zahlreiche Gegner. Diese argumentieren häufig damit, dass Wasserrechte Nießbrauchrechte sind und man Wasser nicht besitzen, sondern nur nutzen darf, da es die ökologische Basis allen Lebens ist (SHIVA 2003: 47 ff). In ihren Augen "muss Wasser Gemeingut bleiben und bedarf der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung. In der Tat war das private Eigentum an Wasser in fast allen Gesellschaften früher verboten" (SHIVA 2003: 45).

### **3.4 Konflikte um Wasser**

Im Zusammenhang mit Wasserressourcen entstehende Konflikte sind komplex. Sie können sich entweder nur um Wasser drehen oder lokal auftauchen und indirekt damit zu tun haben, weil sie in einen größeren, anderen Konflikt eingebettet sind. In der Regel sind mehrere Akteure mit unterschiedlichen Interessen beteiligt (FRÖHLICH 2006: 32 f). Nach FRÖHLICH ist die "Kontrolle über Wasserressourcen [...] untrennbar mit der Kontrolle über Land verbunden" (2006: 33) und dadurch kann man Wasser als Teil einer kulturellen Identität ideologisieren und politisieren. Wasser ist nicht der einzig wirksame Faktor in einem Konfliktgeschehen, sondern interagiert mit anderen sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen (HARRIS 2005: 264).

Die Idee, dass Konflikte durch Ressourcenknappheit gefördert werden, ist in den Theorien der internationalen Beziehungen nicht neu. Sowohl Liberalismus, Realismus als auch Marxismus gehen von einer Verbindung zwischen knappen Ressourcen und dem Entstehen von Konflikten aus. Im Liberalismus wird davon ausgegangen, dass Märkte es ermöglichen, Ressourcen einzutauschen. So können Staaten, denen wichtige Ressourcen fehlen, diese im Austausch gegen andere Güter auf dem internationalen Markt beschaffen. Der Realismus

vertritt die Auffassung, dass Staaten häufig dazu gezwungen sind, für die eigene Bevölkerung existenziell wichtige und außerhalb der Landesgrenzen befindliche Ressourcen durch gewaltsame Konflikte zu erstreiten. Marxisten betonen die Bedeutsamkeit von Ungleichheiten in ökonomischen Systemen, die durch Ressourcenmangel ausgelöst werden können und die die Aussichten auf sowohl innerstaatliche, als auch zwischenstaatliche Auseinandersetzungen stark erhöhen. HENSEL et al. glauben, dass diese Denkschulen jedoch einen wichtigen Aspekt außer Acht lassen. Sie gehen davon aus, dass es große Unterschiede von Ressourcenknappheit und Institutionalisierung in den verschiedenen Regionen der Erde gibt, durch die unterschiedliche lokale Lebenswelten bedingt werden, in denen wiederum individuelle potenzielle Konflikte aufkommen. Sie gehen auch davon aus, dass ressourcenarme Gegenden sehr konkurrenzstark sind und dort die Einrichtung von Institutionen zum Konfliktmanagement erschwert ist oder fehlt, wohingegen sich Regionen, in denen Ressourcen zur Genüge vorhanden sind, mit weniger Konfliktpotenzial konfrontiert sehen. Dies würde also bedeuten, dass es in Gegenden mit reichlich zur Verfügung stehenden Ressourcen eine höhere Effektivität und Entwicklung von Institutionen zum Konfliktmanagement gibt (HENSEL ET AL. 2006: 383).

Nach TOSET et al. sind gemeinsam genutzte Flüsse häufig der Anlass für Territoriumskonflikte, besonders wenn in beiden Anrainerstaaten wenig Wasser verfügbar ist oder Uneinigkeit über Aspekte wie Wasserverschmutzung, Schifffahrt oder Fischereirechte vorherrscht (2000: 992). Im nachfolgenden Kapitel soll auf Konflikte, die speziell um Flüsse gehen, näher eingegangen werden.

### **3.4.1 Streitigkeiten um Flüsse**

Ein internationaler Fluss ist ein Fluss, der durch die Territorien oder entlang der Grenzen von zwei oder mehr Staaten fließt (SOFFER 1999: 7). Es gibt zwei Szenarien bezüglich der Wasserressourcen internationaler Flüsse. Auf der einen Seite gibt es das Konfliktszenario, das besagt, dass die zunehmende Wasserknappheit in vielen Ländern dazu führen wird, dass Staaten Wasser als eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit betrachten werden und es mehr Konflikte geben wird. Auf der anderen Seite geht das Szenario der Kooperation davon aus, dass es über Verträge und eine gemeinsame Flussverwaltung zu Übereinkünften zwischen den Anrainern kommen kann und Konflikte zwar möglich, aber nicht unausweichlich sind (TOSET et al. 2000: 975 f).

Nach der Studie von TOSET et al. ist die Wahrscheinlichkeit bei internationalen Flüssen dennoch erhöht, dass es zu Konfliktausbrüchen kommt (2000: 990). Häufig geht es dabei um Uneinigheiten bezüglich großer Wasserbauprojekte wie z.B. Staudämmen, die die Frage



aufwerfen, "wie viel Wasser eine Region zu Lasten einer anderen abzugeben darf und welche Umweltschäden die eine Gruppe hinzunehmen hat, damit die andere ihren Bewässerungs- und Energiebedarf befriedigen kann" (SHIVA 2003: 126 f).

### **3.4.2 Die Problematik von Ober- und Unterliegern**

Der internationale Fluss und sein Einzugsgebiet bilden eine hydrologische Einheit, welche sich über mehrere Staatsgebiete erstreckt. Dieser Umstand kann Schwierigkeiten verursachen, da sich die Flussanrainer darüber einig werden müssen, in welchem Umfang die Wasservorkommen ausgenutzt werden dürfen. Die meisten Streitigkeiten um Wasser existieren zwischen Ober- und Unterliegern, also den am Oberlauf und den am Unterlauf des Flusses befindlichen Staaten. Die Oberlieger steuern durch ihre Lage zwar das meiste Flusswasser bei, aber die Unterlieger sind für gewöhnlich die Staaten, die den größten Bedarf an der Nutzung des Flusswassers haben und die sich schnell bedroht fühlen, wenn die Oberlieger große Mengen des Flusswassers verbrauchen (SOFFER 1999: 7 ff). Ein Oberlauf-Unterlauf-Problem entsteht dann, wenn externe Effekte "immer in die gleiche Richtung wirken, von Land A nach Land B" (DURTH 1996: 19). Im Fall eines grenzüberschreitenden Flusses hat zuerst der Oberlieger Zugriff auf das Flusswasser, das dann zum Unterlieger weiterfließt. Wenn der Oberlieger den Wert der Produktions- oder Konsumfunktion des Wassers positiv oder negativ verändern kann (z.B. ist verschmutztes Wasser für den Unterlieger nur noch eingeschränkt nutzbar), ohne dass der Unterlieger darauf einen Einfluss hat, dann spricht man von externen Effekten. Meistens sind diese Externalitäten für den Unterlieger von negativer Natur (DURTH 1996: 45). In wasserarmen Regionen ist besonders der verschwenderische Wasserverbrauch eines Oberliegern ein großes Problem.

### **3.4.3 Kooperation zwischen den Anrainerstaaten**

Die Kooperation zwischen den Anrainerstaaten wird durch mehrere Faktoren erschwert. In den internationalen Beziehungen werden Staaten als souverän angesehen und können nicht zu Kooperation gezwungen werden, sofern diese nicht in ihrem Interesse liegt. Jeder Staat besitzt die Hoheitsgewalt über seine Ressourcen und besonders die Oberlieger bestehen auf diesem Prinzip, wenn es um die Nutzung der Wasserressourcen geht. Dies gilt ganz besonders für Staaten in nicht integrierten Räumen, in denen es außer den Kontakten zwischen den Regierungen keine grenzüberschreitenden Verknüpfungen oder Verpflichtungen gibt. Die Staaten sind vollkommen souverän (DURTH: 86 f). Dazu kommt, dass es auch wasserunabhängige Konflikte zwischen Staaten gibt, die die Kooperation in sämtlichen Bereichen unmöglich machen oder erschweren (SOFFER 1999: 7 ff).

Zwar könnte Kooperation zwischen den Anliegerstaaten zu einem gemeinsamen Effizienzgewinn führen, das würde allerdings auch die Möglichkeit voraussetzen, dass es zu Kompensationen und bindenden Verpflichtungen zwischen den Staaten kommt (DURTH 1996: 43, 49). Es ist nämlich charakteristisch für die Problematik, dass der Oberlieger kaum Anreiz hat, eine gemeinsame Lösung zu suchen, da lediglich der Unterlieger davon wirklich profitieren würde. Deswegen müsste eine Kompensation durch den Unterlieger in Form von politischen oder wirtschaftlichen Zugeständnissen erfolgen (z.B. bevorzugte Handelsbeziehungen), damit der Oberlieger nicht der Ansicht ist, dass er nach einer gemeinsamen Lösung deutlich schlechter gestellt ist als zuvor. Außerdem sind für die Ermöglichung von Kooperation zwischen den Anliegerstaaten auch verbindende Verpflichtungen sehr wichtig. Um für die Einhaltung von Abkommen garantieren zu können, müsste ein Verstoß gegen einen gemeinsamen Vertrag demjenigen Staat, der sich nicht an das Abkommen hält, einen deutlich größeren Schaden bringen, als die Vorteile, die er aus dem Verstoß ziehen kann (DURTH 1996: 50). Wenn sich Staaten nicht aus Eigeninteresse an ein Abkommen halten, ist eine Zentralinstanz mit Sanktionsmechanismus, die die Einhaltung der Verträge überwachen kann, die einzige Möglichkeit, um eine gemeinsame Lösung durchzusetzen. Da Staaten allerdings Souveränitätsrechte nicht ohne weiteres an eine internationale Instanz abgeben, ist die Einrichtung einer Zentralinstanz kaum durchführbar, besonders in nicht integrierten Räumen (DURTH 1996: 52 f). Eines der größten Hindernisse für Kooperation ist demzufolge das Fehlen einer übergeordneten Autorität, die Vereinbarungen durchsetzen kann. Eine Option ist die Bildung von Institutionen durch mehrere Staaten. Wenn es eine effektive Institution gibt, die sich um die Lösung einer Unstimmigkeit zwischen Anrainern kümmern kann, wird die Möglichkeit abgeschwächt, dass die streitenden Parteien auf Gewalt oder deren Androhung zurückgreifen (HENSEL et al. 2006: 389).

Aus diesem Grund sind Integrationsräume von großem Vorteil, um Oberlauf-Unterlauf-Probleme zu lösen, weil sie "die Chancen für zwischenstaatliche Kooperation erhöhen, da für integrierte Staaten bessere Möglichkeiten für Transferzahlungen und bindende Verpflichtungen entstehen. [...] das ungleiche Verhandlungsgewicht einer Oberlieger-Unterlieger-Situation [wird] durch gemeinschaftliche Bestimmungen relativiert [...] und strategische Aspekte in den Verhandlungen gemindert" (DURTH 1996: 84). Integrierte Staaten geben - anders als in einer Föderation zusammengefasste Staaten - ihre Souveränität nicht auf, sondern es verbinden sich mehrere unabhängige Staaten zu einer Gemeinschaft mit supranationaler Rechtsordnung und gemeinsamen Märkten (Ibid.: 88), welche die Kooperation über Fragen der Ressourcennutzung erleichtern.

### 3.4.4 Prinzipien und Abkommen zur Flusswasseraufteilung

Es gibt vier wichtige Prinzipien, nach denen Konflikte um internationale Flüsse gelöst werden: Nach dem ersten Prinzip besitzt jeder Staat die absolute Souveränität über den Teil des Wassereinzugsgebiets, der sich innerhalb seiner Staatsgrenzen befindet (Harmon-Doktrin). Oberlieger bestehen in der Regel auf diesem Prinzip, denn da diese Staaten die Quellen des Flusses kontrollieren, sind sie nicht von den anderen Anliegern abhängig und die Art der Nutzung des Flusswassers (Entnahme, Verschmutzung, usw.) durch die Unterlieger beeinträchtigt sie nicht. Daher ist es für Oberlieger einfach, auf ihrem Anrecht auf das Flusswasser zu bestehen ohne auf andere Staaten Rücksicht nehmen zu müssen (SOFFER 1999: 9). Das zweite Prinzip besagt, dass es eine territoriale Verflechtung der im Einzugsgebiet befindlichen Staaten gibt. Es wird für die explosive Situation verwendet, dass ein niederschlagsarmer Unterlieger über historische Rechte der Wassernutzung verfügt, aber nichts zur Flusswassermenge beitragen kann, während der niederschlagsreiche Oberlieger zwar durch seine Lage den Großteil zur Flusswassermenge beiträgt, aber keinen historischen Anspruch auf das Wasser hat, da er es in der Vergangenheit nicht genutzt hat. Diesem Prinzip entsprechend wird das gesamte Einzugsgebiet als eine große Einheit betrachtet und alle Staaten, durch die der Fluss fließt, haben dieselben Rechte der Wassernutzung, ungeachtet dessen, ob sie zur Flusswassermenge beitragen oder nicht. Unterlieger bestehen in der Regel auf diesem Prinzip. Das dritte Prinzip betont die Entwicklung des gesamten Beckens zum Nutzen aller Anrainerstaaten. Jeder Staat, der ein Wasserprojekt auf seinem Staatsgebiet plant, muss daher die anderen Anrainer um Erlaubnis für seine Vorhaben fragen. Die Staaten teilen sich das Wasser. Das vierte Prinzip beschränkt die Souveränität eines jeden Anrainerstaats auf die faire Nutzung der Flusswasserressourcen. Das bedeutet, dass ein Staat Wasser nutzen kann, solange seine Wassernutzung den anderen Staaten nicht schadet. Dies ist das am weitesten akzeptierte Prinzip zur Nutzung internationaler Flüsse und alle Konventionen des internationalen Rechts, die sich auf die Flusswassernutzung internationaler Flüsse beziehen, basieren darauf (SOFFER 1999: 10). Bis auf das erste beschränken allerdings alle Prinzipien die Souveränität der Staaten. Die ist problematisch, denn nach diesen Prinzipien kann einen Konflikt folglich nur dann gelöst werden, wenn die Staaten freiwillig teilweise auf ihre Souveränität verzichten (SOFFER 1999: 9).

Ein Staat kann sich darüber hinaus auch als kooperativ erweisen, wenn er Wert darauf legt, von den Anrainern als "guter Nachbar" gesehen zu werden und in ihren Augen ein gutes Image genießen möchte (SOFFER 1999: 11).

Auch internationale Konventionen können der angemessenen Verteilung von Flusswasser dienen. Das Abkommen von Helsinki von 1966 soll bspw. ermöglichen, Flusswasser internationaler Flüsse fair zwischen den Anrainerstaaten zu verteilen. Um das zu bewerkstelligen,

werden 11 Prinzipien beachtet, die neben Geographie, Klima und Hydrologie des gesamten Einzugsgebietes auch bezüglich der unterschiedlichen Anrainerstaaten das Ausmaß der Wassernutzung, soziale und ökonomische Bedürfnisse, Abhängigkeit vom Wasser, der Zugang zu alternativen Ressourcen, Kosten alternativer Projekte, Grad der Wasserverschwendung, Möglichkeiten zur Kompensation etc. berücksichtigen (SOFFER 1999: 12). Die Umsetzung wird allerdings dadurch erschwert, dass diese Faktoren sich über die Zeit hinweg verändern können. So variiert die Wassermenge eines Flusses bspw. von Jahr zu Jahr, das Klima verändert sich und die Zeitspanne, die angibt, ob ein Anrainer historische Rechte auf das Flusswasser hat, ist auslegbar - geht es um viele hundert bis sogar tausend Jahre, oder nur um 30? Die Helsinki-Konvention kann folglich nur Anregungen liefern, wie Konflikte gelöst werden können - auf lange Sicht entscheiden Vereinbarungen unter den Anrainern (SOFFER 1999: 13 f).

#### **4. DAS SÜDOSTANATOLIEN-PROJEKT**

Das Südostanatolien-Projekt, nachfolgend auch als GAP (Güneydoğu Anadolu Projesi) bezeichnet, ist ein Entwicklungsprogramm im Südosten der Türkei an der irakischen und syrischen Grenze, das seit den 1930er Jahren geplant und seit dem Ende der 70er Jahre umgesetzt wird (ŞAHİN 1999: 67). Es erstreckt sich über den nördlichen Bereich der mesopotamischen Ebene und "sieht den Bau von 22 Staudämmen und 19 Wasserkraftwerken in den Flussbecken von Euphrat und Tigris vor" (BRAUER 2001: 188), um das Wasser zur Energiegewinnung und für die großflächige Bewässerung von 1,7 Millionen Hektar Land zu nutzen. Es wird auch häufig als Entwicklungsprogramm angesehen, da es diverse "Vorhaben im land- und energiewirtschaftlichen, industriellen sowie bildungs- und infrastrukturpolitischen Bereich" (ŞAHİN 1999: 65) beinhaltet.

Es befinden sich neun administrative Provinzen in der GAP-Region: Adiyaman, Batman, Diyarbakır, Gaziantep, Kilis, Mardin, Siirt, Şanlıurfa und Şırnak. Die GAP-Region macht etwa 10% der Gesamtfläche der Türkei und auch etwa der Bevölkerung aus. An den beiden Flüssen Euphrat und Tigris, in deren Becken das GAP entsteht, können 28% der potenziellen Wasserkraft der Türkei erzeugt werden (GAP Administration 2006).

##### **4.1 Die Grundlage des GAP: Euphrat und Tigris**

Im Nahen Osten sind die Flüsse häufig insofern "exotisch", als dass sie zwar am Oberlauf in niederschlagsreichen Gebieten mit humidem Klima entspringen, dann jedoch durch aride Gebiete fließen und diese mit Wasser versorgen, bevor sie das Meer erreichen. Diese Flüs-

se werden als "Fremdlingsflüsse" bezeichnet. Innerhalb der ariden Zone verlieren sie aufgrund der hohen Evaporation, Versickerung und menschlichen Nutzung an Wasservolumen. Eine typische Eigenschaft solcher Flüsse ist, dass sie saisonal Phasen von hohem Wasserstand haben, auf die Phasen von Niedrigwasser folgen. Sowohl der Euphrat, als auch der Tigris sind Fremdlingsflüsse (KOLARS & MITCHELL 1991: 78).

Der Euphrat entspringt in der Osttürkei, versorgt die Südosttürkei, große Teile des nördlichen und östlichen Syriens sowie das mesopotamische Tiefland des Iraks mit Wasser und mündet schließlich, mit dem Tigris vereint, in den persischen Golf. Westlich des Indus ist der Euphrat mit 2.700 km der längste Fluss in Südwestasien. Er wird in der Türkei von zwei wichtigen Nebenflüssen gespeist, dem Karasu und dem Murat. Innerhalb Syriens sind Balikh und Khabur die wichtigsten Zuflüsse. Sein Abflussmaximum hat er im April und Mai zur Zeit der Schneeschmelze, das Minimum wird im September und Oktober erreicht. Da der Oberlauf durch Stromschnellen und Untiefen geprägt ist, wurde er so gut wie gar nicht für die Schifffahrt genutzt. Der Euphrat war schon immer wichtig für die Bewässerung und wurde laut KOLARS & MITCHELL schon im vierten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung zum Bewässern der mesopotamischen Landschaft genutzt (1991: 3 ff). Das Wasser wurde durch große Wasserräder (sog. *norias*) auf die Felder Syriens und des Nordirak befördert. Da der Euphrat nördlich von Bagdad höher liegt als der Tigris, jedoch niedriger als der Tigris südlich dieser Stadt, war es möglich, das Land nicht nur über Kanäle zu bewässern, sondern auch das Bewässerungswasser aus dem einen Fluss in den anderen und in parallel zu den Flüssen verlaufende Kanäle zu drainieren (KOLARS & MITCHELL 1991: 3 ff).

Die natürliche jährliche Abflussmenge des Euphrat ist sehr schwer zu bestimmen, da er durch mehrere Nationen manipuliert, gemessen und genutzt wird. Auch ist die Klimavariabilität ein nicht zu unterschätzender Faktor (KOLARS & MITCHELL 1991: 232). Die Schätzung der Wassermenge des Euphrat, sofern er nicht durch Menschen beeinträchtigt oder genutzt würde, lässt sich daher nur sehr grob überschlagen und liegt laut einer Einschätzung von KOLARS & MITCHELL bei etwa 33 Mrd. m<sup>3</sup>/Jahr (1991: 235). STRUCK geht von 35,5 Mrd. m<sup>3</sup>/Jahr aus (2002: 140).

Der Tigris ist mit 1.840 km der zweitlängste Fluss im südwestlichen Asien und wird in der Türkei als Dicle bezeichnet. Er entspringt in der östlichen Türkei beim See Hazar und fließt südöstlich zur türkischen Stadt Cizre. Dort ist er über 32 km der Grenzfluß zwischen der Türkei und Syrien, bevor er in den Irak fließt und sich bei Qurna im Südirak mit dem Euphrat vereint. Er wird aus der Schneeschmelze im Frühjahr und aus Regenfällen gespeist und wenn diese zeitlich zusammenfallen, kann er enorme Mengen an Wasser führen. Allein einer seiner Zuflüsse, der Große Zab, kann zeitweise bis zu 65% der Abflussmenge des Tigris

ausmachen. Während die Abflussmenge beim Zusammenfluss mit dem Diyala 14.000 m<sup>3</sup>/s betragen kann, ist sie bei Qurna aufgrund der intensiven Nutzung des Flusswassers für Bewässerungszwecke mit nur noch 179 m<sup>3</sup>/s um ein Vielfaches geringer. Der Abfluss variiert sehr stark: Bei Bagdad betrug die niedrigste gemessene Wasserabflussmenge 158 m<sup>3</sup>/s. Bei Hochwasser wurden dort aber auch schon 13.000 m<sup>3</sup>/s gemessen und der Durchschnitt liegt bei 1.236 m<sup>3</sup>/s. Der Tigris ist daher berüchtigt für seine verheerenden Überschwemmungen. Dagegen hat der Euphrat aufgrund der geringeren Anzahl an Zuflüssen flussabwärts das gleichmäßigere Regime. Auch der Tigris ist Bestandteil des GAP, dient aber auch im Irak der Wasserkraftgewinnung und Bewässerung. Er ist für die Schifffahrt mit Einschränkungen nach Norden bis Bagdad befahrbar (KOLARS & MITCHELL 1991: 6 ff).

Euphrat und Tigris haben zwar voneinander getrennte Einzugsgebiete, doch die beiden Flüsse werden meistens trotzdem als ein System diskutiert, da sich Euphrat und Tigris bei Qurna zu einem Fluss vereinigen und als Shatt al-Arab den letzten Abschnitt vereint zurücklegen, bevor er in den persischen Golf mündet. Zudem kann Flusswasser von Becken zu Becken überführt werden und die Türkei, Syrien und der Irak teilen sich das Wasser (SOFFER 1999: 73). Vergleichend lässt sich über die beiden Flüsse sagen, dass ihre Ursprünge zwar in klimatisch ähnlichen Gebieten zu finden sind, denn sie entspringen nach SOFFER beide in Regionen, die durch mediterranes Bergklima geprägt werden, wo der Großteil des Niederschlags im Winter als Regen und Schnee fällt, während die Sommer trocken ausfallen (1999: 77). Es gibt jedoch einen topographischen Unterschied zwischen den beiden Flüssen, der eine Abweichung in ihrem Abflussregime verursacht. Während der Tigris direkt zu den irakischen Ebenen fließt, mäandriert der Euphrat stärker und legt einen weiteren Weg zurück, bis er dort ankommt. Dies erklärt, warum die Hochwassergefährdung der Ebenen hauptsächlich durch den Tigris verursacht wird und weniger durch den Euphrat. Ein Hochwasser des Tigris kann nämlich innerhalb von nur 24 Stunden Bagdad erreichen, während ein Hochwasser des Euphrat etwa 10 Tage benötigt, um den Irak zu erreichen (Ibid.: 77f). Die Hochwassergefährdung durch den Tigris wird zudem dadurch verstärkt, dass seine Abflussmenge deutlich höher ist als die des Euphrat (SOFFER 1999: 80). Der jährliche Gesamtabfluss des Tigris wird nach STRUCK auf 48,6 Mrd. m<sup>3</sup>/ Jahr geschätzt (2002: 140).

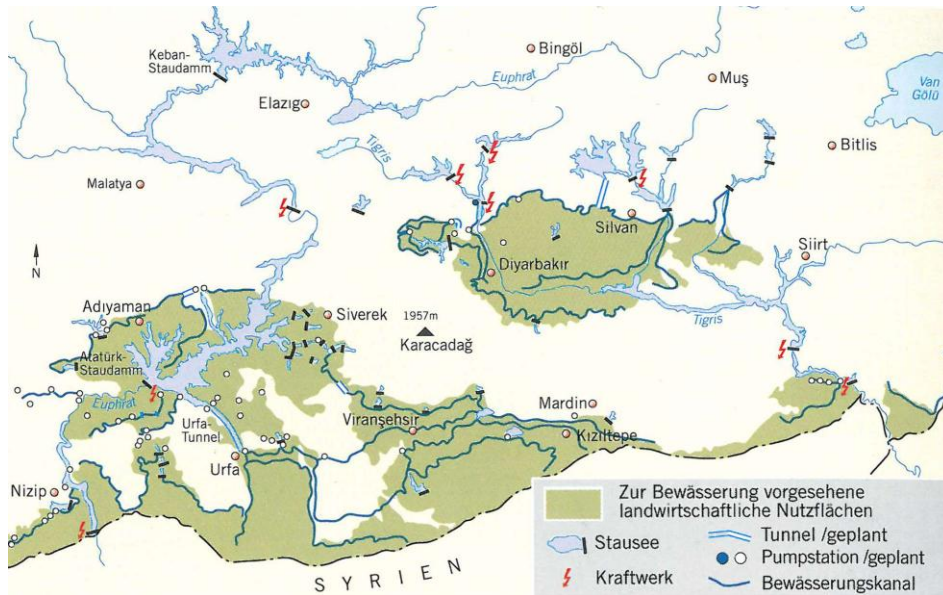
Viele Jahrtausende lang wurde das Flusswasser der beiden Flüsse vorwiegend in den Gebieten des heutigen Syrien und Irak genutzt. Erst in den 1970er Jahren begann auch die Türkei mit der Nutzung des Wassers im Rahmen des GAP-Projektes. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Türkei das Flusswasser von Euphrat und Tigris nicht genutzt (SOFFER 1999: 89), weswegen das GAP aufgrund des höheren Wasserverbrauchs am Oberlauf für die Unterlieger Syrien und Irak nun eine große Umstellung bedeutet, die in den letzten Jahrzehnten von vielen Uneinigkeiten begleitet wurde.

## 4.2 Gründe für den Bau des GAP und Zielsetzung

Einer der wichtigsten Beweggründe für den Bau des GAP war der Ausbau der Energiegewinnung, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Dies zeigte sich besonders 1979/80 während der zweiten Erdölkrise. Bis in die 60er Jahre wurde noch davon ausgegangen, dass man Entwicklung und Modernisierung eines Landes durch "die Erhöhung des realen Sozialprodukts pro Kopf" (ŞAHİN 1999: 70) erreichen würde und das Konzept wurde durch Industrialisierung und die produktivitätssteigernden Prinzipien der Mechanisierung und Spezialisierung umgesetzt. Für die Agrarwirtschaft bedeutete dies hochspezialisierte Monokulturen und Investitionen in energieerzeugende Industrie, wie bspw. Staudammbauten. Auch das Südostanatolien-Projekt wurde auf der Grundlage dieser wachstumsorientierten Modernisierungstheorie geplant (ŞAHİN 1999: 73).

Ein anderer wichtiger Grund für seinen Bau ist das starke Entwicklungsgefälle zwischen dem Westen und dem Südosten der Türkei. Da die Planung des GAP ursprünglich vorwiegend wirtschaftsorientiert war, ist eines seiner Ziele nach wie vor, "auf der Grundlage der Ressource Wasser die am weitesten in der Entwicklung zurückgebliebene Region der Türkei zu fördern, damit sie Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung des übrigen Landes findet" (STRUCK 2002: 143). Später kam es zu einer sozialpolitischen Neuorientierung: Indem der Osten der Türkei wirtschaftlich aufholt, soll auch eine Besserung der Lebensumstände in der Region bewirkt werden, damit sich sozialer Frieden einstellen kann. Die Region ist von den jahrelangen militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK gebeutelt. Um diesen Prozess zu erleichtern, verfolgt der "Social Action Plan" von 1995 die Strategie, neben "Partizipation und der Entwicklung von Selbstverwaltung und demokratischem Verhalten auch die Stärkung der Kleinbauern und Reduzierung der ungleichen Eigentumsverteilung" (STRUCK 2002: 143) zu fördern. Nach der offiziellen Internetseite der GAP-Administration deckt das Projekt auch den Ausbau von Infrastruktur, Bildung und vielen anderen Bereichen ab: "[...] fields as rural and urban infrastructure, housing, transportation, communication, agricultural and industrial development, tourism, education and health" (GAP Administration 2006). Durch das GAP soll laut der türkischen Behörde für Regionalentwicklung nicht nur die Bewässerung von 1,7 Millionen Hektar Land (siehe Abb. 3), sondern auch die Schaffung von 3,8 Millionen Arbeitsplätzen und die Produktion von 27 Milliarden Kilowattstunden an Elektrizität verwirklicht werden (Ibid.). Für die Umsetzung des GAP existiert ein Drei-Phasen-Modell, das allerdings zeitlich nicht eingehalten werden konnte. So wurde das Ziel, das Projekt bis 2010 umzusetzen, nicht erreicht und die Bauarbeiten dauern zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch an.





**Abb. 3: Geplante Bewässerungsflächen in der GAP-Region.**

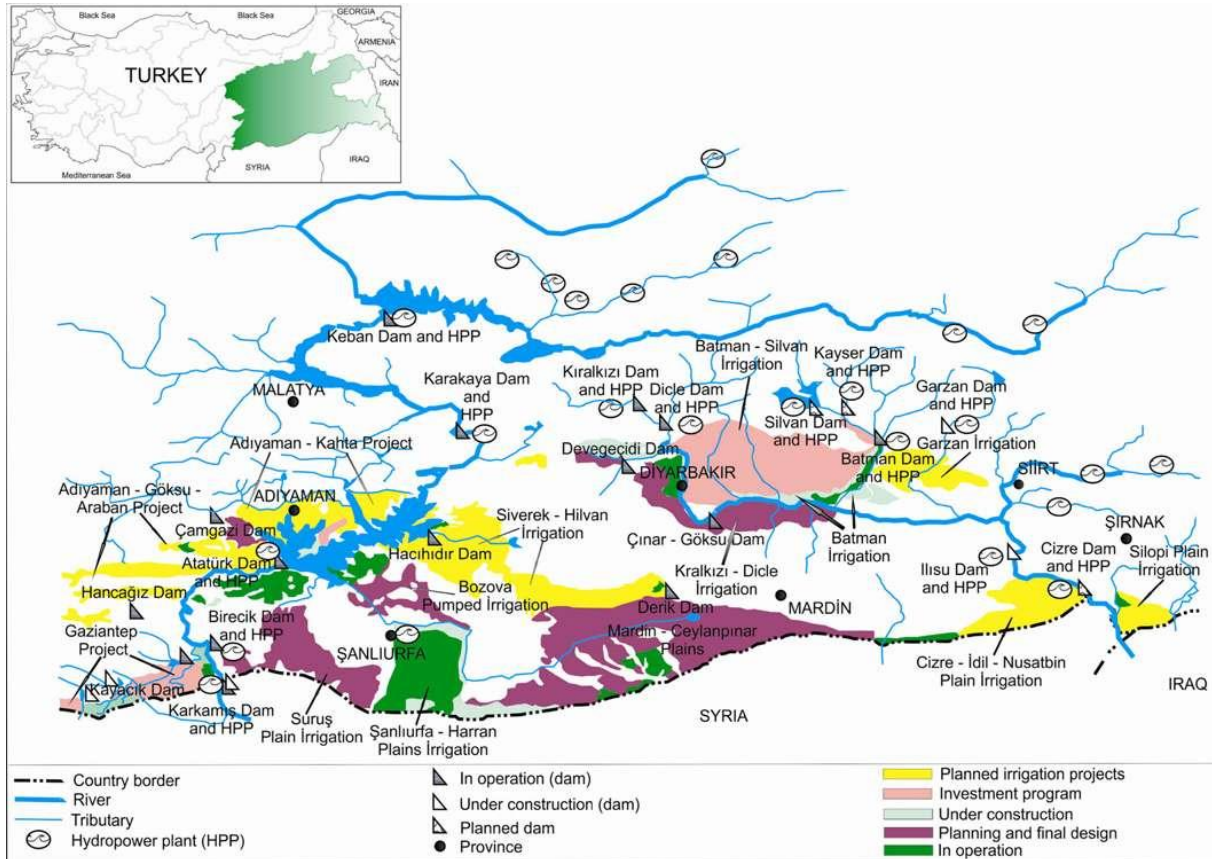
Quelle: HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 228

Die Entwicklung der Region wurde in der Absicht entlang von Entwicklungsachsen und Wachstumszentren geplant, dass sich der wirtschaftliche Fortschritt über die Infrastruktur (Eisenbahnlinien, Straßen, Wasserleitungen, Energieversorgung etc.) ausbreiten würde. Da Städte relativ gut mit Infrastruktur ausgestattet sind und "gute Bedingungen für eine Industrieansiedlung mitbringen, werden in ihnen die günstigsten Voraussetzungen für die Entstehung von Wachstumszentren gesehen. [Deswegen wurden die] städtischen Zentren Antep, Urfa und Diyarbakir miteinander verbunden" (ŞAHİN 1999: 76), um einen Entwicklungskorridor zu schaffen, von dem aus sich der infrastrukturelle, wirtschaftliche und soziale Fortschritt über die gesamte GAP-Region verbreiten soll. Die durch die intensive Bewässerung weitflächig ermöglichte Landwirtschaft soll die industrielle Entwicklung in der GAP-Region antreiben, indem sie nicht nur industriell zu verarbeitende Produkte anbietet, sondern auch eine Nachfrage für Industrieprodukte schafft (Ibid. 76 f). In der Türkei spielte die Landwirtschaft lange Zeit eine bedeutende Rolle - besonders in Südostanatolien. So waren 1980 durchschnittlich 75% der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Sektor tätig. Eine exportorientierte Produktion von Agrargütern machte aus dieser Warte also durchaus Sinn. Inzwischen ist die Bedeutung der Landwirtschaft zurückgegangen und 2005 betrug der Anteil der Landwirtschaft am BSP der Türkei lediglich 10,1% (ŞAHİN 1999: 80; KRAMER 2011: 42).

### 4.3 Aktueller Stand des GAP

Nach Angaben der offiziellen Webseite der GAP-Administration waren Ende 2005 acht Wasserkraftwerke fertiggestellt und somit 74% der vorgesehenen Energieprojekte in die Tat umgesetzt. Ende 2005 betrug die Produktion an Elektrizität 253 Milliarden Kilowattstunden.

Die Bewässerung war 1995 in der Şanlıurfa-Harran-Ebene auf 30.000 Hektar Land begonnen worden, da das Bewässerungsnetz noch nicht ausreichend ausgebaut war. Ende 2005 wurden in der GAP-Region 236.019 Hektar Land bewässert. Damit wurden lediglich 13,7% der ursprünglich geplanten Bewässerungsflächen bewässert (siehe Abb. 4).



**Abb. 4: Geplante und umgesetzte Bewässerungsvorhaben in der GAP-Region.**

Quelle: AKPINAR & KAYGUSUZ 2012: 1149

Die Anzahl der Industriekonzerne in der Region hat sich von 1995 bis 2001 verdoppelt. Ende des Jahres 2005 gab es 1722 Unternehmen, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigten und insgesamt fanden 73.600 Menschen eine Anstellung in derartigen Unternehmen (GAP Administration 2006). Über die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft geht aus den Angaben der offiziellen Webseite nichts hervor.

Es gibt im landwirtschaftlichen Bereich Forschungsprojekte um herauszufinden, mit welchen Feldfrüchten sich durch Bewässerung die größten Gewinne erzielen lassen und welche für den Anbau innerhalb der Ökosysteme in der GAP-Region geeignet sind ("Identification of High Value Added Crops Suitable to GAP Ecosystems", GAP Administration 2006). Auch gibt es inzwischen ein "GAP Livestock Project" und ein "Reforestation and Erosion Control Project", die sich unter anderem mit der Wiederaufforstung und Reduzierung von Bodenabtrag in einigen Regionen befassen.

Auch von den geplanten Aktivitäten für soziale Entwicklung wurden inzwischen einige in die Tat umgesetzt. So gab es Ende 2005 bereits dreißig "Multi-purpose Community Centres (ÇATOMs)" um die Teilnahme der örtlich ansässigen Frauen und jungen Mädchen an der sozialen Entwicklung zu ermöglichen. Mithilfe dieser Einrichtungen war es unter anderem möglich, zahlreichen Frauen Arbeitsplätze zu vermitteln, Mädchen Schulbesuche zu ermöglichen und Straßenkinder zu rehabilitieren (GAP Administration 2006).

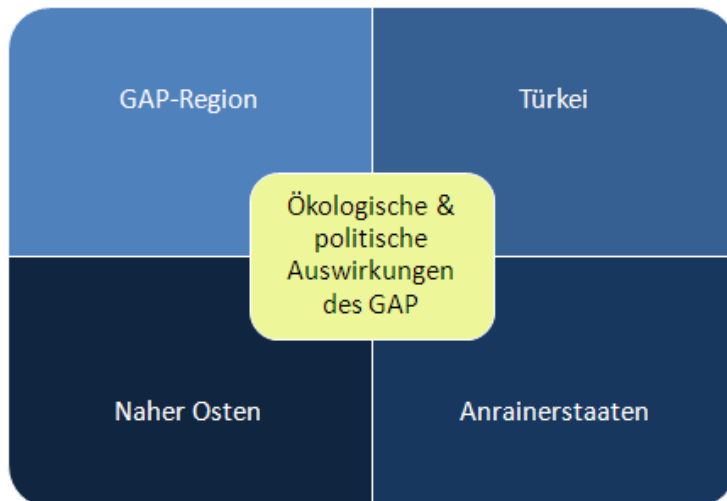
## **5. POLITISCHE UND ÖKOLOGISCHE ANALYSE DER AUSWIRKUNGEN DES GAP AUF MEHREREN MAßSTABEBENEN**

Nachfolgend soll gezeigt werden, inwiefern sich das Südostanatolien-Projekt auf verschiedenen Maßstabsebenen auswirkt. Obgleich "Konflikte meist im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs nach ihrer (vermuteten) Hauptursache klassifiziert werden" (ROTHFUSS 2011: 39), ist eine monokausale Ursachenerklärung unrealistisch, da grundsätzlich "verschiedene, meist ineinander greifende materielle (z.B. Ressourcenzugang), soziale (z.B. Wohlstandsgelände) und geistige Faktoren" (Ibid. 39) eine Rolle spielen. Bei Wasserkonflikten ist es zudem sinnvoll, die Thematik auf der Basis verschiedener geographischer, räumlicher Maßstäbe zu untersuchen, da es einen Unterschied macht, ob ein ganzes Flusseinzugsgebiet oder lediglich das Staatsgebiet, durch das der Fluss verläuft, in die Überlegungen mit einbezogen werden. Genauso wichtig ist es, bei der Beurteilung der politischen Situation über das Gebiet eines einzelnen Staates hinauszugehen (HARRIS 2005: 266) und die Situation auf mehreren Ebenen zu erfassen. Daher werden in den folgenden Kapiteln die Auswirkungen des Südostanatolien-Projekts auf der Ebene der GAP-Region und der gesamten Türkei bis hin zur Betrachtung der Problematik bezogen auf das ganze Flusseinzugsgebiet mit den Anrainerstaaten Syrien und Irak aufgezeigt (siehe Abb. 5). Es ist zudem sinnvoll, die Analyse in die politische Gesamtsituation des Nahen Ostens als Großraum einzubetten und die Auswirkungen globaler Prozesse, wie beispielsweise des Klimawandels, mit einzubeziehen.

Durch die Berücksichtigung mehrerer Maßstabsebenen soll die Vielfältigkeit der Aspekte aufgezeigt werden, die Unstimmigkeiten in Wasserfragen mit beeinflussen, denn um dem komplexen System aus wechselseitigen Einflüssen und Abhängigkeiten, die wiederum tiefer liegende Kausalitätsketten nach sich ziehen (ROTHFUSS 2011: 39), gerecht zu werden, muss eine Analyse auf mehreren Maßstabsebenen stattfinden. Dies gilt insbesondere dann, wenn aus den Erkenntnissen konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden sollen (Ibid. 39). Die Wasserproblematik an Euphrat und Tigris anhand von nur einer Maßstabsebene zu analysieren, würde daher das Verständnis der Gesamtsituation behindern. Obwohl Konflikte in Wasserfragen bereits auf der Maßstabsebene einzelner Privathaushalte auftreten und

betrachtet werden könnten, würde es den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, so weit ins Detail zu gehen. Sie setzt daher erst auf der Ebene der GAP-Region als niedrigster Maßstabsebene an.

Da die Zeit ein wichtiger Faktor und die Vergangenheit maßgebend für das Verständnis der Gegenwart ist, sollen die wichtigsten Veränderungen der letzten Jahre, die sich auf die heutige Situation auswirken, Eingang in diesen Teil der Arbeit finden.



**Abb. 5: Die vier Maßstabsebenen der Analyse des GAP.**  
Quelle: Eigene Abbildung.

Zunächst sollen die Auswirkungen des GAP auf Umwelt und Bevölkerung sowohl in Südostanatolien, als auch im gesamten Euphrat-Tigris-Becken aufgezeigt werden. Daraufhin werden die wirtschaftlichen Folgen des GAP und sein Zusammenhang mit der Kurdenfrage und der PKK innerhalb der Türkei analysiert. Nach der sozioökonomischen

Analyse werden die Machtverhältnisse zwischen den Anrainerstaaten Türkei, Syrien und Irak und Wasser als Konfliktstoff untersucht, sowohl bezogen auf die Anrainer als auch den gesamten Nahen Osten. Nachfolgend wird aufgezeigt, wie sich die Ansprüche und Regelungen um das Flusswasser von Euphrat und Tigris im Zusammenhang mit dem Südostanatolien-Projekt über die Zeit auf die internationalen Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten ausgewirkt haben und wie die aktuelle Situation derzeit ist. Dazu werden auch regionalpolitische Einflüsse mit einbezogen, wie bspw. der Irakkrieg oder der 'Arabische Frühling', um die Wechselwirkungen zwischen den soziopolitischen Gegebenheiten und den Wasserressourcen aufzuzeigen. Abschließend wird anhand dieser Gesamtsituation analysiert, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines Wasserkrieges zwischen den Anrainern von Euphrat und Tigris tatsächlich ist und in der anschließenden Diskussion werden Möglichkeiten genannt, die das Risiko von Wasserkonflikten aufgrund des GAP reduzieren sollen.

## 5.1 Gefährdungspotential der Staudämme für Mensch und Natur

In wirtschaftlich schwachen Ländern wurden Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt zumeist als teurer Luxus und Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Auch beim

Bau des GAP sind die Auswirkungen des Großprojektes auf die Komplexität ökologischer Zusammenhänge nicht berücksichtigt worden und es wurde keine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen, obwohl es seit 1983 ein Umweltgesetz gibt (ŞAHIN 1999: 156 ff). Die ökologischen Folgen des Südostanatolien-Projekts wirken sich auch auf die Bevölkerung aus, die in der Region lebt. Für Staudämme gilt ganz allgemein, dass die durch sie verursachte Naturbelastung "u.a. durch das Oberflächen-Volumen-Verhältnis des Stausees maßgeblich beeinflusst [wird, denn je] mehr Wasservolumen bei geringer Oberfläche ein Stausee aufweist, d.h. zugleich je weniger Landfläche überflutet ist, desto geringer ist auch die Naturbelastung" (HOPP 2004: 172). Je größer der Staudamm ist, desto günstiger wird das Verhältnis zwischen Oberfläche und Volumen. In jedem Fall werden zahlreiche Probleme durch Staudämme verursacht, die sich nicht allein durch die überflutete Landoberfläche definieren lassen.

### **5.1.1 Bodenerosion und Rückgang der Biodiversität**

Ein Problem, welches das gesamte Gebiet des Großprojekts betrifft, ist die Abholzung der Wälder, was wiederum zu einer zunehmenden Bodenerosion führt, da es weniger Wurzelwerk gibt, das den Boden gegen die erosive Kraft von Wind und Wasser halten kann. Bodenerosion ist der wichtigste geomorphologische Massenverlagerungsprozess in der GAP-Region. Besonders während der Trockenperiode im Sommer und durch die herbstlichen Zyklogen, die sich als Staubstürme bemerkbar machen, richtet der Wind in den Getreidesteppen großen Schaden an. Niederschlag fällt in semiariden Gebieten häufig in Form von Starkregen und führt zur flächenhaften Abspülung von Feinmaterial, was zur Hangrinnenbildung (gully erosion) führt und den Verlust von Kulturland mit sich bringt (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 47 ff).

Das erodierte Feinmaterial gelangt in großen Mengen in die Flüsse und wird mit abnehmender Fließgeschwindigkeit in den Stauseen abgelagert, die als Sedimentfallen dienen und mit der Zeit versanden, was die Lebensspanne der Dämme herabsetzt und das Wasservolumen reduziert (KOLARS & MITCHELL 1991: 237). Ein Beispiel hierfür ist eine Talsperre bei Ankara (Baraj). 1935 hatte sie noch 13 Mio. km<sup>3</sup> Fassungsvermögen, doch bereits 1959 hatten sich im Reservoir 4 Mio. m<sup>3</sup> Schlamm abgelagert (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 48). Da Euphrat und Tigris sehr sedimentreich sind, ist abzusehen, dass sich in den Staubecken relativ zügig Schlamm ablagert (ŞAHIN 1999: 162). Dadurch, dass die Sedimentfracht des Flusses im Staureservoir verbleibt, erreichen viele wichtige Nährstoffe das Flussbett und die Flussauen unterhalb des Dammes nicht mehr. Dies führt nicht nur zu einer verminderten Fruchtbarkeit der dortigen Böden, sondern auch zum Aussterben einheimischer Fischarten und einem starken Rückgang der Planktonbildung. Der Rückgang der Sedimentfracht kann sogar dazu

führen, dass im Flussdelta bei der Mündung ins Meer die erosive Wirkung der Wellen nicht mehr durch die mitgeführte Sedimentfracht und Ablagerung im Deltabereich ausgeglichen werden kann (World Commission on Dams, WCD 2000: 81).

Darüber hinaus schaden die Dämme der Biodiversität des Euphrat-Tigris-Beckens: Da die meisten Arten im Tal heimisch sind, werden sie mit der Füllung des Staubeckens aus ihrem Habitat verdrängt und könnten aussterben. Da sich die Wasserreservoirs kilometerweit flussaufwärts ins Hinterland ziehen, stellen sie ein natürliches Hindernis für terrestrische Arten dar, welches diese oft nicht mehr überwinden können. Somit werden Wanderwege und auch der Genaustausch zwischen Populationen einer Art unterbrochen (WCD 2000: 75 ff). Für Fische sind die Druckrohrleitungen und Turbinen der Wasserkraftwerke ein Problem (KOLARS & MITCHELL 1991: 80). Dämme, die dagegen der Wasserspeicherung dienen, verändern und stören die natürliche Flusssdynamik, da sich Wassertemperatur, Nährstoffgehalt und Sauerstoffgehalt des Wassers verändern. Dadurch kommt es zur Ansiedlung von Neobiota, eingeschleppten Pflanzen- und Tierarten, die sich durch die Veränderungen im Flussbett als konkurrenzstärker als die einheimischen Arten erweisen und diese in der Folge verdrängen. Die negativen Effekte auf Ökosysteme werden noch verschärft, wenn ein Fluss durch eine ganze Reihe von Talsperren aufgestaut wird, denn es werden nicht nur die Wanderwege vieler Fischarten unterbrochen, sondern der Verlust an Habitaten zieht sich den Fluss entlang, da sich die Wasserparameter, an die viele Arten angepasst sind, nur langsam wieder einpendeln. Der Sauerstoffgehalt reguliert sich zwar bereits nach etwa ein bis zwei Kilometern, doch die Wassertemperatur, auf die viele Pflanzen- und Tierarten sensibel reagieren, kann sogar 100 km flussabwärts noch stark verändert sein. Bei mehreren aufeinanderfolgenden Dämmen wird dieses Problem verstärkt (WCD 2000: 78 ff). Aufgrund des veränderten Lokalklimas in der Nähe der Staueen und durch die künstliche Bewässerung einer Region, die eigentlich durch Steppenklima geprägt ist, wird befürchtet, dass es vermehrt zu Heuschreckenplagen kommen wird (ŞAHİN 1999: 168). Auch Pflanzen haben Schwierigkeiten, sich an die Veränderungen durch eine erhöhte Luftfeuchtigkeit und zunehmende Niederschläge anzupassen: Ursprünglich wurden in der GAP-Region Pistazien angebaut. Durch das veränderte Mikroklima gedeihen die Pistazienbäume allerdings schlechter (BRAUER 2001: 190). Es treten bereits vermehrt Schimmelkrankheiten am Getreide auf.

### **5.1.2 Gesundheitliche Gefährdung der Menschen**

Neben dem zunehmenden Vorkommen von Pflanzenkrankheiten steigt fernerhin das gesundheitliche Risiko für den Menschen aufgrund der erhöhten Seuchengefahr, da die zahlreichen stehenden Gewässer und die darin verfaulende, überflutete Vegetation hervorragende Ausgangsbedingungen für die Ansiedlung subtropischer und tropischer Wasserpflanzen

bieten. Diese wiederum bieten gute Lebensbedingungen für Anophelesmücken, welche Malaria übertragen sowie für Wasserschneckenarten, die parasitäre Saugwürmer auf den Menschen übertragen und Bilharziose verursachen. Laut ŞAHİN bestätigte das Amt in Diyarbakır für Malariabekämpfung eine Zunahme der Malariaerkrankungen in der Region aufgrund des Übergangs zum Bewässerungsfeldbau: "Die Zahl der Malariafälle [...] ist seit 1992 um 270% gestiegen, wobei 50% aller Erkrankungen in Diyarbakır und Batman aufgetreten sind" (ŞAHİN 1999: 171). In welchem Maße sich die Klimaveränderung durch das GAP darüber hinaus auf die Region auswirkt, bleibt abzuwarten. Eine weitere Folge der Wasseranstauung in der Türkei ist, dass flussabwärts weniger Wasser die Unterlieger erreicht und die dortigen Ökosysteme in den letzten Jahrzehnten unter Wassermangel gelitten haben. Nach JONES et al. sind die Einzugsgebiete von Euphrat und Tigris aufgrund der über 60 wasserbaulichen Projekte inzwischen nicht nur zwei der zerstörtesten weltweit, sondern das Aufstauen des Flusswassers hat darüber hinaus dazu geführt, dass das mesopotamische Sumpfland flussabwärts im Südirak dramatisch an Fläche verloren hat (2008: 59). JONES et al. verwendeten Satellitendaten ab 1966 zur Auswertung der Größe des mesopotamischen Sumpfbereiches. Während sich die Sümpfe in den frühen 1960er Jahren noch über 8.000 km<sup>2</sup> erstreckten, sind sie durch den Bau des GAP und Staudämme in Syrien bis zum Jahre 2002 bis auf 750 km<sup>2</sup> zurückgegangen. Obwohl ein großer Teil der Zerstörung der Sümpfe auf ihre systematische Trockenlegung im Irak zurückzuführen ist, stellen die Staudämme in den Nachbarländern des Irak doch die permanentere Gefahr dar, weil dadurch die Wassermenge, die den Irak erreicht, inzwischen stark reduziert ist (JONES et al. 2008: 60). Die Sumpfgröße und die Wassermenge, die die Sümpfe erreicht, stehen miteinander in Wechselwirkung. Deswegen gehen die Forscher davon aus, dass es mit der Fertigstellung der Wasserbauprojekte am Oberlauf in Zukunft zu einem zusätzlichen Rückgang des Sumpflandes kommen wird (JONES ET AL. 2008).

Ein anderes ökologisches Problem ergibt sich aus gefährlichen Abfallstoffen, die einen negativen Effekt auf die menschliche Gesundheit haben und der Umwelt schaden. Das GAP wächst schnell und zieht verschiedene Industriezweige an, die mit der Produktion von umweltschädlichen Abfällen zusammenhängen. Bisher werden diese Abfallmaterialien willkürlich im Gelände entsorgt und verursachen diverse Umweltprobleme wie bspw. die Verschmutzung von Böden, Wasser und der Luft, was sich negativ auf die Gesundheit der Menschen in der Region auswirkt. Die Abfälle in der Türkei werden durch das Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft verwaltet. Bisher gibt es jedoch keine lizenzierten Entsorgungsanlagen für gefährliche Abfälle (YESILNACAR & CETIN 2005: 371 ff). Laut dem Masterplan ist der Bau von Filter- oder Kläranlagen auch nicht vorgesehen, denn die "GAP-Region kann [...] nur dann zum kostengünstigen Standort [von Schwerindustrie und Agrochemie] werden,



wenn auf umfangreiche Schutzmaßnahmen verzichtet wird" (ŞAHIN 1999: 169). Dies ist bedenklich, denn durch den vielerorts verkarsteten Untergrund können die schädlichen Stoffe leicht ins Grundwasser gelangen und zur großen Gefahr für die menschliche Gesundheit werden.

### **5.1.3 Umsiedlungen und der Verlust von Kulturgütern**

Auf die ansässigen Menschen im Gebiet der Staudämme wirkt sich deren Bau insofern ganz massiv aus, als dass die Zahl der umgesiedelten Menschen bis Ende der Bauarbeiten sehr hoch sein wird. Eine exakte Gesamtzahl der betroffenen "Menschen, die im Rahmen von GAP umgesiedelt werden sollen, liegt noch nicht vollständig vor, da bislang nicht alle Projekte beendet sind" (ŞAHIN 1999: 196). Dazu kommt, dass es im Rahmen der militärischen Konflikte mit der marxistischen kurdischen Arbeiterpartei PKK immer wieder aus Sicherheitsgründen zu Umsiedlungsmaßnahmen kam. Es ist im Nachhinein daher schwierig zu sagen, wie viele aufgrund der Bauarbeiten ihren Wohnort wechseln mussten. Für den Bau des Karakaya-Staudamms wurden jedenfalls über 44.000 Personen aus dem Überflutungsgebiet umgesiedelt, im Fall des Atatürk-Staudamm waren es sogar über 100.000 (ŞAHIN 1999: 197). Die meisten der Menschen wurden über 1.500 km weiter in den Westen der Türkei in eine fremde Umgebung und Kultur umgesiedelt, wobei "der Wunsch [der türkischen Regierung] nach einer völligen Assimilierung der Kurden" (Ibid.: 199) eine Rolle gespielt haben könnte. Es gab eine Studie der GAP-Behörde von 1994, laut der sich die Schätzung der Personen, die bis zur Fertigstellung des GAP umgesiedelt werden müssen, auf 180.000 beläuft. Während die Türkei dem Problem der Umsiedlungen anfangs wenig Beachtung schenkte, fand sie später zu einem offeneren Umgang mit ihren Fehlern bezüglich der Umsiedlungspolitik und bemüht sich um Grundprinzipien, die denen der WCD ähnlich sind, wie bspw. Partizipation und Nachhaltigkeit (BRAUER 2001: 189).

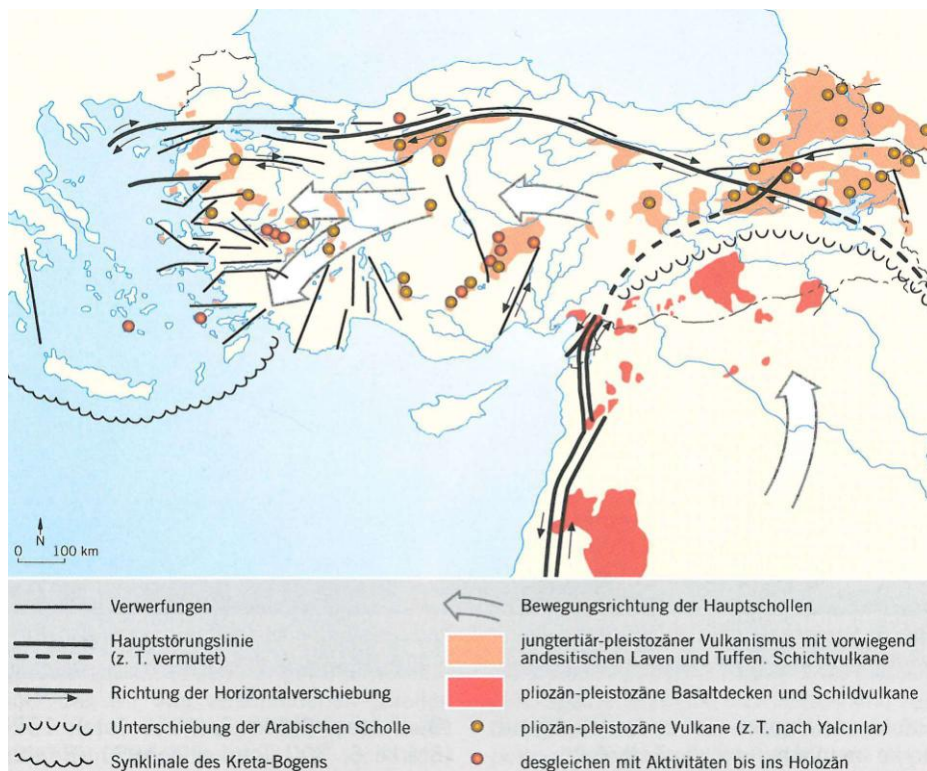
Auch der Verlust wichtiger Kulturgüter ist ein allgemein bekanntes Problem im Zusammenhang mit Dammbauten. Nicht nur die römische Stadt Zeugma in der Nähe des Birecik-Damms ist im Zuge der Reservoirfüllung teilweise untergegangen (BRAUER 2001: 190), sondern es soll in naher Zukunft ein weiteres wichtiges Kulturdenkmal in einem Stausee versinken: Mit der Fertigstellung des Ilisu-Staudamms wird das historische Städtchen Hasankeyf, das innerhalb des zukünftigen Staudammbeckens liegt, verschwinden. Hasankeyf ist kulturell für viele Kurden von großer Bedeutung und ein Ort mit hunderten von altertümlichen Stätten (RONAYNE 2005: 5). In Hasankeyf ist schon seit Jahrzehnten bekannt, dass die Bewohner umgesiedelt werden, wenn der Ilisu-Staudamm erbaut ist, was zu dazu geführt hat, dass es dort seitdem zu wirtschaftlichem Stillstand gekommen ist, da es sich sowohl für den Staat, als auch für Privatleute nicht mehr lohnt, dort noch Investitionen zu tätigen (ŞAHIN 1999: 200).



Diese Aspekte führen innerhalb der Türkei zu Unstimmigkeiten. Es gibt aber auch zahlreiche Folgen des Südostanatolien-Projektes, die sich über die Grenzen der Türkei hinweg bis zu ihren Nachbarn ausweiten und die international die nachbarschaftlichen Beziehungen gefährden.

#### 5.1.4 Gefährdung der Staudämme durch Erdbeben

Obwohl die Unterlieger Syrien und Irak davon profitieren, dass durch den Bau der Staudämme in der Türkei die Hochwassergefahr gebannt ist und der Abfluss nicht mehr jahreszeitlichen Schwankungen unterliegt, so bringt das GAP eine Kehrseite mit ganz anderen Risiken mit sich. So sind Teile der GAP-Region stark durch Erdbeben gefährdet, da sie in der Nähe großer Verwerfungen liegen. Abbildung 6 zeigt die Hauptstörungslinien der Türkei.



**Abb. 6: Hauptstörungslinien und Verwerfungen in der Türkei.**

Quelle: HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 39

Seit dem Ende des Tertiärs führten der "Druck der Arabischen Scholle von Süden [...] und das Widerlager Anatolien im Norden und Nordosten [...] zu einer keilförmigen Ausscherung eines Großteils der anatolischen Scholle nach Westen" (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 38), worauf mehrere große Verwerfungssysteme aufrissen, von denen die wichtigste die bis heute aktive Nordanatolische Transformstörung ist, die vom Marmarameer bis Erzincan auch die wichtigste Erdbebenzone aufweist. Hier "wurden Beben bis Stärke 8,1 der zwölfteiligen Mercalli-Skala registriert" (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 40). Die Ostanatolische Verwerfungszo-

ne, die sich in Nord-Süd-Richtung erstreckt, trifft in Ostanatolien mit der Nordanatolischen Verwerfungszone zusammen. Die Gegend zählt zu den erdbebenreichsten Regionen der Welt. Auch in Westanatolien kommt es durch seine junge Grabentektonik immer wieder zu Erdbeben. Lediglich "Zentralanatolien, der südliche Taurus und Thrakien sind [...] vergleichsweise stabil" (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 40).

Falls Staudämme im Euphratbecken aufgrund eines Erdbebens brechen oder beschädigt werden würden, hätte dies fatale Konsequenzen für die flussabwärts lebende Bevölkerung. Leider blieb bei "der Planung des GAP [...] der Gesichtspunkt, daß aufgrund der tektonischen Verschiebungen in dieser Zone die Dämme und auch die Seen besonders beansprucht werden, unberücksichtigt" (ŞAHİN 1999: 172). Das Paper von TOSUN et al. beurteilt das seismische Gefährdungspotenzial, dem 32 große Staudämme mit einer Höhe von über 30m im Euphratbecken ausgesetzt sind. Die Einstufung erfolgt in vier Klassen von niedrig, moderat, hoch und der vierten Klasse, extrem (2007: 158 ff). Wichtige und große Staudämme im Euphratbecken sind bspw. Karkamis, Birecik, Atatürk, Karakaya und Keban (Ibid.: 163) und einige von ihnen stellen ein großes Sicherheitsrisiko dar. Obwohl der größte Staudamm der Türkei, Atatürk, in einem Gebiet mit relativ geringer Seismizität liegt, ist er durch einen Dammbbruch gefährdet, denn er wurde teilweise auf verkarstetem und durchlässigem Dolomitmalk errichtet, durch dessen Hohlräume immer wieder Wasser an der Dammsohle austritt, obwohl der poröse Untergrund bis in eine Tiefe von knapp 200 m mit Beton verfüllt worden ist (ERTUNÇ 1999: 180). "Einem schweren Beben würde der Damm derzeit kaum standhalten" (ŞAHİN 1999: 172). Sowohl die Staudämme Karakaya und Keban sind einem relativ hohen Risiko ausgesetzt, von einem Erdbeben der Maximalstärke 7 auf der Richter-Skala betroffen zu werden. Von Keban ist bekannt, dass er durch seine Bauweise heutigen Ansprüchen an Erdbebensicherheit nicht gerecht werden kann (TOSUN et al. 2007: 165 ff) und durch einen Dammbbruch gefährdet ist. Auch er wurde auf verkarstetem Untergrund gebaut, der zahlreiche Höhlen, Hohlräume und Risse aufweist (SOFFER 1999: 91), die bei einem Erdbeben durch Versackungen stabilitätsgefährdend sein können. Obwohl die Hohlräume im Untergrund entlang der Staumauer bis in eine Tiefe von 350 m mit Beton aufgefüllt wurden, gibt es einige Lecks, durch die Wasser an der Dammsohle austritt (ERTUNÇ 1999: 173).

Das allergrößte Risiko, dass es durch einen Dammbbruch zu einer Katastrophe kommt, geht allerdings vom Erzincan-Staudamm am nördlichen Rand des Euphratbeckens aus. Er hat mit extremem Gefährdungspotenzial der höchsten Einstufung IV das größte Risiko, durch ein schweres Erdbeben beschädigt zu werden. Er liegt sehr nah am Epizentrum der katastrophalen Erdbeben von 1992. Dort werden Erdbeben bis zur Stärke 7,9 erwartet. Der einzige andere Damm mit derselben Gefährdungseinstufung ist Surgu (TOSUN et al. 2007: 163). Es

gilt jedoch zu bedenken, dass TOSUN et al. lediglich Dämme mit einer über 30m hohen Staumauer untersucht haben und es durchaus noch zahlreiche Dämme in den Becken von Euphrat und Tigris gibt, die womöglich aufgrund ihrer geringeren Höhe zwar noch nicht berücksichtigt worden sind, aber durchaus auch durch Erdbeben gefährdet sein können. Weitere Untersuchungen diesbezüglich wären sehr wichtig und sinnvoll, um die Gefährdung der flussabwärts lebenden Menschen durch Staudammbrüche zu reduzieren. Ein Dammbruch hätte katastrophale Auswirkungen auf die Unterlieger der beiden Flüsse. Dies gilt besonders dann, falls es an flussabwärts gelegenen Dämmen zu einem Kaskadeneffekt in Form von weiteren Dammbeschädigungen käme, die aufgrund der plötzlichen Mehrbelastung der Staumauern durch die aus dem flussaufwärts beschädigten Damm austretenden großen Wassermengen verursacht werden können.

### **5.1.5 Verfall der Wasserqualität und Bodenversalzung**

Von den Risiken einmal abgesehen, die in direktem Zusammenhang mit den Talsperren und den darin aufgestauten Wassermengen stehen, gibt es auch indirekt ökologische Probleme, die sich für alle Anrainerstaaten aus der großflächigen Bewässerung der GAP-Region ergeben. Die größte damit zusammenhängende Gefahr ist die Versalzung der Böden und der Verfall der Wasserqualität in allen drei Staaten.

Baumwolle ist die wichtigste Feldfrucht im GAP-Gebiet. Die Bewässerungsmethode für den Baumwollanbau besteht bisher vorwiegend aus dem Überfluten der Anbauflächen mit zu großen Mengen an Wasser durch Ackerfurchen oder Mulden (YAZAR et al. 2002: 190). In den ersten Jahren werden die bewässerten Areale sicher sehr fruchtbar sein und hohe Erträge liefern, doch langfristig gesehen resultiert die Bewässerung in einer niedrigen Bewässerungseffizienz, hohen Wasserverlusten und Problemen mit Bodenversalzung und der Drainage von Bewässerungsrücklaufwasser. In der Harran-Ebene lässt sich dieser Prozess seit 1995 beobachten, wo es in der Nähe von Akçakale bereits versalzte und unfruchtbare Flächen gibt, die nur etwa 15 Jahre bewässert worden waren (ŞAHİN 1999: 163 f).

Im Wasser kommt es zur Anreicherung von Dünger, Insektenvernichtungsmitteln, Unkrautbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln sowie gelösten natürlichen Salzen. Diese machen das Wasser teilweise unbrauchbar für weitere Bewässerung. (KOLARS & MITCHELL 1991: 78)

Es gibt nur eine begrenzte Anzahl von Studien zur Wasserqualität der Oberflächengewässer in der GAP-Region, von denen die meisten auf technischen Befunden offizieller Institutionen basieren (ALP et al. 2010: 2418). ALP et al. untersuchten die Qualität des Oberflächenwassers im unteren Euphratbecken in Südostanatolien. Die untersuchten Proben stammen aus den Staueisen der Dämme Atatürk, Birecik, Karkamis und Haci Hidir sowie dem Euphrat

während 2002 und 2003 (ALP et al. 2010: 2412 f). Sie sehen einen kausalen Zusammenhang zwischen den hohen Konzentrationen an Natrium und Nitraten und dem Baumwollanbau mit exzessiver Nutzung von Düngemitteln und warnen davor, dass sich die Verschmutzung des Wassers im oberen Beckenbereich negativ auf die chemische Zusammensetzung der Stauseen flussabwärts auswirkt (ALP et al. 2010: 2418 f). Sie sehen die weitverbreiteten Fälle von Algenblüten im Atatürk-Stausee als Indikator dafür, dass die Gefahr der Eutrophierung besteht, was gesundheitlich höchst bedenklich ist, da das Wasser aus den Stauseen auch als Trinkwasser Verwendung findet (ALP et al. 2010: 2420).

Je weniger Wasser ein Fluss führt, desto konzentrierter liegen die gelösten Stoffe vor, die der Fluss mitführt. Je mehr Wasser ein Strom dagegen führt, desto verdünnter ist dagegen seine Lösungsfracht. Der Salzgehalt steigt also mit sinkendem Wasservolumen. Deswegen machen die großen Unterschiede zwischen Spitzenabfluss und Niedrigwasser über das Jahr am Euphrat etwas aus (KOLARS & MITCHELL 1991S. 235 ff). Während jedoch vor der Wasseraufstauung die Salze während der saisonalen Flutzeiten aus dem Boden gespült wurden "und mit der Senkung des Grundwasserspiegels zur Niedrigwasserzeit der nach oben gerichtete Bodenwasserstrom [...] keine gelösten Salze an die Bodenoberfläche zu transportieren vermochte" (ŞAHIN 1999:163) gelangt durch die Bewässerung und den gestiegenen Grundwasserspiegel ständig Wasser in die obere Bodenschicht und dadurch, dass die jahreszeitlichen Wasserstandsschwankungen nun durch die Stauseen ausgeglichen werden, verbleiben die sich anreichernden Salze im Boden oder werden mit dem Drainagewasser ausgespült. Durch den Einsatz von Chemikalien in der Landwirtschaft und die gelösten Salze ist das Drainagewasser sehr stark belastet. Da es ein natürliches Gefälle nach Süden hin gibt, wird das Drainagewasser von den türkischen Baumwollfeldern einfach über die syrische Grenze abgeleitet (STRUCK 2002: 133) und fließt in die Flüsse Balikh und Khabur, womit deren Wasserqualität verschlechtert und die Bewässerung in Syrien gefährdet wird (BEAUMONT 1996: 142). Es gibt allerdings Überlegungen, "dieses nicht wenig belastete Drainagewasser vor der [syrischen] Grenze abzuleiten, bis ins Zentrum der Ebene zurückzupumpen, und es dort, vermischt mit Frischwasser oder auch technisch aufbereitet, erneut und vollständig zu nutzen" (STRUCK 2002: 133). Dadurch wird sich allerdings die Qualität des Grundwassers noch mehr verschlechtern. Der Grundwasserspiegel sinkt beständig und zahlreiche Brunnen in Pumpbewässerungsregionen mussten bereits aufgegeben werden (STRUCK 2002: 133). Laut der offiziellen Webseite der GAP-Administration gibt es inzwischen ein Expertenteam vom türkischen Ministerium für Agrarwirtschaft, das in den bewässerten Regionen das Trainingsprogramm "Agricultural Extension and Training" ins Leben gerufen hat, um der Versalzung der Böden vorzubeugen (GAP Administration 2006). Es steht zu hoffen, dass sich im Zuge dieses Programms nachhaltigere Bewässerungsmethoden wie die Tröpfchenbewässerung

durchsetzen, um nicht nur die Qualität von Wasser und Böden zu erhalten, sondern um darüber hinaus zu verhindern, dass sich wegen des verschmutzten Drainagewassers Konflikte mit den Anrainerstaaten ergeben. Schon 1994 sagte STRUCK voraus, dass die Entsorgung des verschmutzten Drainagewassers in der GAP-Region zukünftig ein größeres Problem darstellen würde, als die Wasserentnahme selbst (1994: 94). Damit könnte er Recht behalten, denn schon 1996 gaben die türkischen Behörden an, dass der Salzgehalt der Flüsse Balikh und Khabur 700 ppm betrage. Da absehbar ist, dass er noch deutlich zunehmen wird, wird sich auf lange Sicht eindeutig die Frage stellen, wie mit dem Drainagewasser umgegangen wird, damit die Bewässerung der Türkei und der damit verbundene Verfall der Wasserqualität keine negativen Folgen durch Bodenversalzung und damit verbundenen Ernteausfällen für die syrische und irakische Wirtschaft hat (BEAUMONT 1996: 155). Das Einleiten der ungereinigten Abwässer in die Flüsse durch die Türkei birgt großes Konfliktpotenzial mit den flussabwärts gelegenen Anrainerstaaten.

#### **5.1.6 Ungeklärte Grundwasserproblematik**

Die Folgen der Bewässerung in der Türkei sind für die Unterlieger ohnehin schon einschneidend genug. Syrien verfolgt seine eigenen Bewässerungspläne innerhalb des Einzugsgebietes des Euphrat. Diese beinhalten die Verwendung des Wasser in sechs größeren Regionen: dem Meskane-Aleppo-Becken, dem Ressafe-Becken, dem Balikh-Becken, den Talauen des Euphrat, der Meyadin-Ebene und des unteren Khabour-Beckens. Es steht zu erwarten, dass von diesen besonders das Balikh-Tal durch den Salzgehalt des Wassers beeinträchtigt ist (BEAUMONT 1996). Dazu kommt, dass sich die Aquifere, die den Fluss Khabur in Nordsyrien mit Wasser versorgen, zum größten Teil nördlich der Grenze innerhalb der Türkei befinden. Es wird angenommen, dass der Khabur und seine Zuflüsse bis zu 12% des Euphratwassers ausmachen. Die Quellen dieser Flüsse und auch die des Balikh weiter westlich, entspringen zwar innerhalb Syriens direkt südlich von der türkischen Grenze, beziehen jedoch den Großteils ihres Wassers von großen Einzugsgebieten nördlich der Grenze in der Türkei, wo die Gebiete mit großen Niederschlagsmengen liegen. Vor den neuen Entwicklungsplänen der Türkei stellten diese Quellen und die auf ihnen basierenden Ströme eine unberührte und wichtige Wasserquelle für Syrien dar (KOLARS & MITCHELL 1991: 80). Dadurch, dass zu Bewässerungszwecken Grundwasser aus dem Aquifer gepumpt wird, könnte der Grundwasserspiegel weit genug abfallen, um den Wasserfluss der in Syrien zutage tretenden Quellen zu beeinträchtigen. Die Angelegenheit der Grundwasserrechte ist extrem kompliziert und kann durchaus eine Quelle für internationale Konflikte werden.

### 5.1.7 Verringerte Wassermenge am Unterlauf

Auch die verringerte Wassermenge führt zu Problemen. Dadurch, dass Euphrat und Tigris durch das GAP aufgestaut werden, gelangt weniger Wasser bis ins Flussdelta des Shatt al-Arab. Deshalb "kann aus dem arabisch-persischen Golf salzhaltiges Meerwasser zurückströmen. Damit [werden] fruchtbare Böden auf lange Sicht vernichtet. Bereits [1999 waren] ca. 60 % des Bodens im Delta versalzen" (ŞAHİN 1999: 164). Syrien und der Irak befürchten, dass aufgrund des GAP weniger Wasser bei ihnen ankommt, da ein großer Teil des Wassers von den Bewässerungsflächen verdunstet und auch die Wasserreservoirs eine sehr große Verdunstungsfläche haben. Aus der Wasserspeicherung solcher Ausmaße wie in der GAP-Region resultiert eine hohe Evaporationsrate. Für die Türkei gibt SOFFER eine Verdunstungsmenge von ca. 4 Milliarden Kubikmeter pro Jahr an. In Syrien beläuft sie sich auf etwa 1 Milliarde Kubikmeter und im Irak aufgrund des Wüstenklimas auf bis zu 5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Mit der Fertigstellung des GAPs und Wasserbauprojekten in Syrien und dem Irak wird die Evaporation weiter zunehmen (SOFFER 1999: 88). Diese Veränderung der Wasserströme ist durchaus von Bedeutung. Laut MAUSER wird der "sichtbare, flüssige Wasserstrom, der sich durch [Oberflächengewässer] und das Grundwasser bewegt, [...] als blaues Wasser bezeichnet [während man] den unsichtbaren Fluss von Wasserdampf [...] durch Verdunstung als grünes Wasser" (MAUSER 2007: 56 f) bezeichnet.

Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen blauen und grünen Wasserströmen. Blaues Wasser kann nur in eine Richtung fließen, nämlich von Oberlieger zu Unterlieger. Es "folgt dem Gefälle und sammelt sich an einem Punkt, [und deshalb können] Oberlieger und Unterlieger bewirken, dass blaues Wasser in einem Einzugsgebiet mehrfach genutzt werden kann" (MAUSER 2007: 61 f). Es ist also die Möglichkeit der Mehrfachnutzung von blauem Wasser und die Frage, welche unterschiedlichen Ansprüche es an die Nutzung durch die Ober- und Unterlieger gibt, die blaues Wasser von grünem Wasser unterscheiden. Grünes Wasser ist als Wasserdampf für die Mehrfachnutzung in der Regel verloren und kommt erst, der vorherrschenden Windrichtung folgend, an einer womöglich weit entfernten Stelle wieder als Niederschlag auf die Erdoberfläche zurück (MAUSER 2007: 62 f). Durch die intensive Bewässerung in der GAP-Region verändert sich das Verhältnis der beiden Wasserströme zueinander: es kommt zu einer Vergrößerung des grünen Wasserstroms durch die hohe Verdunstung und dieses Wasser geht für die Mehrfachnutzung durch die Anrainerstaaten unwiederbringlich verloren. Die Frage ist, wie man verhindern kann, dass Wasser in großen Mengen durch Evaporation verloren geht. Dies lässt sich nur durch effektivere Bewässerungsmethoden wie die Tröpfchenbewässerung erreichen. Es ist daher von eminenter Wichtigkeit, dass die herkömmliche Bewässerung in der GAP-Region durch moderne Methoden

ersetzt wird, bei denen es möglich ist, exakt dosierte Mengen an Wasser an die Pflanzen abzugeben, und die Verschwendung von Wasser zu verhindern.

## **5.2 Analyse der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Auswirkungen des Südostanatolien-Projekts in der Türkei und der GAP-Region**

Die Türkei zählt mit ihren etwa 75 Millionen Einwohnern "nach den Kriterien der Weltbank zu den Ländern der 'oberen mittleren Einkommenskategorie'" (KRAMER 2011: 40). Während sie bei ihrer Gründung noch ein Agrarstaat mit einem Anteil der Landwirtschaft von 45% am BSP war, so zeigt sich der Strukturwandel inzwischen deutlich: Dienstleistungen nahmen im Jahr 2005 mit 66,5% den größten Anteil der Wirtschaftssektoren ein, darauf folgte die Industrie mit 24,4% und die Landwirtschaft mit lediglich 10,1% (KRAMER 2011: 42). Die Türkei wird durch ein dynamisches Wirtschaftswachstum und eine rasante Bevölkerungszunahme geprägt, weswegen auch ihr Energiebedarf rasant gestiegen ist. Diesen möchte sie nachhaltig befriedigen, ohne das ökonomische Wachstum zu behindern und dabei neben der Nutzung fossiler Energie auch Gebrauch von ihren regenerativen Energien machen (BALAT 2008: 125). Da 1984 der Energiemarkt liberalisiert wurde, um den Markt für den privaten Sektor zu öffnen, nahmen die Investitionen in den Energiemarkt ab. Dies hat dazu geführt, dass die Türkei bis zum heutigen Tag importabhängig ist (JOBERT & KARANFIL 2007: 5449). 60% der benötigten Energie muss importiert werden, vor allem Erdöl und Erdgas (OCAL & ASLAN 2013: 494). Momentan besitzt die Türkei noch kein einziges Atomkraftwerk (YUKSEL 2012: 21) und es ist eine große Herausforderung für das Land, Energie durch die Nutzung erneuerbarer Ressourcen zu produzieren, die sozioökonomische Entwicklung voranzutreiben und gleichzeitig die Umwelt zu schützen (DEMIRBAŞ 2001: 1240). Obwohl die Türkei über eine große Vielfalt erneuerbarer Energiequellen verfügt, nutzt sie momentan weniger als 1% dieses Potenzials aus. Aufgrund ihrer geographischen Lage könnte sie Solarenergie gewinnen und auch Geothermie und Windenergie könnten in Zukunft eine große Rolle spielen (OCAL & ASLAN 2013: 494). Unter den erneuerbaren Energiequellen der Türkei ist aber Wasserkraft die wichtigste: Mit potenziell möglichen 440 TWh/Jahr steht sie nach Norwegen an zweiter Stelle was das Wasserkraftpotenzial betrifft (AKPINAR & KAYGUSUZ 2012: 1150).

### **5.2.1 Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen des GAP auf Südostanatolien**

Nach der Gründung der Republik wurde eine Industrialisierung in Gang gesetzt, doch es wurde nicht darauf geachtet, bei diesem Prozess für eine räumliche Ausgeglichenheit zu sorgen und da sich sowohl Import als auch Export vorwiegend auf die OECD-Länder kon-

zentrierten, siedelte sich die Industrie vor allem im Westen der Türkei an (MUTLU 1996: 66). Dadurch kam der Osten der Türkei erst ein paar Generationen später mit den Innovationen des Westens in Berührung. Den Fortschrittszentren im Westen standen Rückstandsregionen im Südosten gegenüber, die stagnierten oder wirtschaftlich nur geringfügig wuchsen. Vor der Implementierung des GAP war dieses Regionalproblem in der Türkei sehr stark ausgeprägt (EROL 1992: 346). Südostanatolien war "geprägt von einem Überschuß an Arbeitskräften, nicht funktionierenden Bildungseinrichtungen, einem mangelhaften Gesundheitswesen und einer ungünstigen Infrastruktur wirtschaftlicher und sozialer Art" (EROL 1992: 346). Die regionale Kaufkraft war sehr gering, was zur Folge hatte, dass sich kaum Konsumgüterindustrie ansiedelte. Dies wiederum trug nicht dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen und bewirkte die Abwanderung vieler Menschen in den Westen der Türkei (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 339). Damals waren zudem 85% der landwirtschaftlichen Produktion noch komplett wetterabhängig, was in den trockenen Sommermonaten häufig zu Ernteaufschlägen führte (EROL 1992: 347). Ein weiteres Problem, das für einen entscheidenden Rückschritt der Entwicklung Südostanboliens sorgte, war der langanhaltende Terror der Arbeiterpartei Kurdistans, der PKK, und die Schwierigkeiten der türkischen Regierung, diese in den Griff zu bekommen, denn die Armut der vorwiegend durch Kurden bewohnten Region schaffte - neben anderen Faktoren, die später erläutert werden - eine brauchbare Grundlage für die Rekrutierung von Mitgliedern durch die PKK. Die mit den militärischen Auseinandersetzungen verbundenen Risiken schreckten viele industrielle Unternehmen davon ab, sich in der Region niederzulassen. Durch das Südostanatolien-Projekt soll sich die Region wirtschaftlich entwickeln und das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle abgebaut werden. Zu Beginn der Bauarbeiten konzentrierte sich der Fokus daher noch auf die Energiegewinnung durch die Staudämme (MUTLU 1996: 71). Es soll aber auch ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das die Wahrscheinlichkeit von Unabhängigkeitsbestrebungen langfristig reduziert. Ökonomisch zeigt das GAP bereits Erfolg: Das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle besteht zwar noch, "aber seit Beginn der 1990er-Jahre [hat das anatolische Binnenland] einen deutlichen Aufholprozess gestartet" (KRAMER 2011: 45). Die Abwanderung in die großen Städte im Westen des Landes nimmt ab, während die im Osten gelegenen Städte wachsen (KRAMER 2011: 41). Gaziantep ist bspw. mit 1,3 Mio. Einwohnern eine aufstrebende Industriemetropole geworden und zählt inzwischen zu den dynamischsten Wirtschaftszentren in der GAP-Region (KRAMER 2011: 44; UNBEHAUN 2012: 270).

Im Bildungsbereich besteht allerdings noch immer großer Verbesserungsbedarf. Bisher mangelt es an hochausgebildeten Lehrkräften für Bildungseinrichtungen und die, die aus dem Westen des Landes angeworben werden, sind sehr teuer, weil sie eine Kompensation für den Mangel an Annehmlichkeiten möchten, die sie aus dem Westen der Türkei gewohnt



sind (MUTLU 1996: 77). Dieser noch immer aktuelle Mangel an qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen in der Region muss behoben werden, denn wenn es regional Universitäten mit hohem akademischen Standard gälänge, kluge Köpfe hervorzubringen, die dann in der Region bleiben würden, weil sie mit dem sozialen Umfeld bereits vertraut wären, würde das den Fortschritt der Region erheblich erleichtern, denn dann würden mehr Arbeitsplätze durch die ansässige Bevölkerung besetzt werden und nicht durch angeworbene Arbeiter aus dem Westen des Landes, die momentan noch höher qualifiziert sind.

Ein anderes großes Problem in der GAP-Region, das noch nicht gelöst werden konnte, ist der hohe Anteil an landlosen Bauern in Südostanatolien. Teilweise haben 60-80% der Familien im südöstlichen Taurusvorland kein eigenes Landeigentum. Da die Katastereintragungen seit dem 19. Jahrhundert unvollständig sind, "wurden [...] die Stammeschefs als die 'Eigentümer' des Bodens registriert. Deren Nachkommen wurden später zu Grundbesitzern, die Enkel der einfachen Stammesangehörigen dagegen zu Pächtern" (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 210). Um die Ungleichheiten des Landeigentums zu reduzieren, wird schon seit den Zeiten Atatürks eine Bodenreform diskutiert, die jedoch nie richtig umgesetzt wurde. Durch das GAP sollten diese agrarsozialen Probleme behoben und "die Konzentration des Bodens in den Händen weniger Familien" (STRUCK 1994: 91) verringert werden. 1973 wurde daher eine Boden- und Landwirtschaftsreform beschlossen, in der eine Maximalgröße allen Großbesitzes festgelegt wurde. Es wurden in dieser Zeit aber nur 26 Familien Boden zugewiesen, denn die "Landverteilung an bedürftige Familien sollte nach detaillierten Kriterien erfolgen, wobei die Beherrschung der türkischen Sprache in Wort und Schrift eine Rolle spielte" (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 212). Da die meisten Menschen in Südostanatolien eine andere Muttersprache als Türkisch sprechen, stellte dies ein Problem dar. Die Agrarreform scheiterte (STRUCK 1994: 91) und es gab seitdem keinen erneuten Versuch mehr, die Problematik der ungleichen Landverteilung zu lösen. Wenn aber keine Landreform durchgesetzt wird und es nicht zu einer gerechteren Verteilung von Grund und Boden kommt, ist es sehr wahrscheinlich, dass auch in Zukunft wenige kapitalintensive Großbauern landlose Arbeiter gegen geringe Löhne für sich arbeiten lassen und sich die Diskrepanz zwischen den Einkommen weiter verschärft (MUTLU 1996: 75). Die Ungleichheit der Einkommensverteilung ist in der gesamten Türkei ein Problem (KRAMER 2011: 46). Dies könnte dazu führen, dass die Schwierigkeiten, die durch das GAP eigentlich behoben werden sollten, noch viel schlimmer werden (MUTLU 1996: 75).

### 5.2.2 Das GAP als Mittel der Kontrolle: Die Kurdenfrage und die PKK

In der Türkei leben 15 bis 20 Millionen Kurden. Sie sind dort die größte Minderheit und der Großteil der kurdischen Bevölkerung lebt im Südosten der Türkei. Nach dem Vertrag von Sèvres 1920 sollten sie eine autonome Region bekommen, durch die das türkische Territorium allerdings zerteilt worden wäre und was 1923 im Vertrag von Lausanne nicht mehr berücksichtigt wurde. Seitdem ist die Kurdenfrage das größte gesellschaftspolitische Problem der Türkei (LANDWEHR 2012: 194 f).

Die türkische Republik wurde nach französischem Vorbild gegründet und das Gründungsprinzip des Nationalismus ist das wichtigste im Zusammenhang mit der Kurdenfrage: Die neue Republik war aus vielen ethnischen Gruppen zusammengesetzt (CORNELL 2001: 33) und diese "sollten unter der Bezeichnung 'Türke' im Türkentum verschmelzen" (LANDWEHR 2012: 194) was dazu geführt hat, dass Minderheiten bis zum heutigen Tag Schwierigkeiten damit haben, innerhalb der Türkei als kulturell verschieden akzeptiert zu werden. Um als Türke zu gelten, muss man lediglich innerhalb der Grenzen der Türkei leben. Atatürks Grundsatz ist insofern großzügig, als dass jeder, egal welcher ethnischen Gruppe er angehört, laut der nationalistischen Gründungsprinzipien ein Türke ist. Es wurde aber von Anfang an schwierig für diejenigen, die ihre Identität nicht zugunsten der neuen nationalen Identität aufgeben wollten. Da die Kurden die größte Volksgruppe sind, die innerhalb der Türkei kein Türkisch spricht und in einem geographisch abgeschiedenen Part des Landes lebt, konnte sie ihre kulturelle Identität größtenteils erhalten (CORNELL 2001: 34 f), denn sie waren in feudalen geprägten Stammesstrukturen organisiert, sodass die "schwache Präsenz des Staates das Fortdauern [...] von lokalen Autoritäten und Stammesstrukturen [ermöglichte], die einer schärferen Kontrolle erheblichen Widerstand entgegensezten" (HÖHFELD & HÜTTEROTH 2002: 339). Es gab aufgrund der ihnen versagten lokalen Selbstverwaltung, der Abschaffung des Kalifats und wegen der Assimilationspolitik, die ihnen ihre ethnische Identität und Muttersprache verbot, mehrere kurdische Aufstände, die durch die türkische Regierung gewaltsam niedergeschlagen wurden (SEUFERT 2012: 237 ff). 1978 wurde dann die PKK um Abdullah Öcalan gegründet, um eine militärische Streitmacht innerhalb der Türkei zu schaffen, die dazu in der Lage war, die politische Macht der türkischen Regierung herauszufordern (RADU 2001: 50) und nach einer kommunistischen Revolution einen unabhängigen kurdischen Staat zu gründen (LANDWEHR 2012: 196). Öcalan hatte immer die alleinige Kontrolle über die terroristische Vereinigung, räumte seine Rivalen aus dem Weg und erschuf einen Personenkult um sich. Unter ihren Gründern waren sowohl Kurden als auch Türken und obwohl sie sich häufig als Vertreterin des kurdischen Nationalismus präsentiert hat, wurde die PKK durch Marxismus definiert und ihre Interessen waren definitiv nicht auf Ethnizität gegründet. Öcalan leitete die PKK rein strategisch und vertrat nicht wirklich kurdische Interessen. In Syrien, wo

sich die Trainingslager der PKK befanden, unterstützte er bspw. die kurdische Minderheit nicht, sondern kooperierte mit der syrischen Regierung, die die Kurden im eigenen Land brutal unterdrückte. Öcalan unterstützte sie dabei, obwohl er in den späten 1980er Jahren syrische Kurden für seine Kämpfe in der Türkei rekrutierte (RADU 2001: 48 ff). Dies hing damit zusammen, dass die PKK bereits 1980 Schwierigkeiten damit hatte, Mitglieder zu rekrutieren. Die Interessen vieler Kurden stimmten nicht mit denen der PKK überein und die PKK ermordete Kurden als Vergeltungsmaßnahme für ihre mutmaßliche Zusammenarbeit mit Ankara. Es wurden viel mehr kurdische Zivilisten als Türken bei den Auseinandersetzungen getötet (RADU 2001: 51). Anfangs führten die Baumaßnahmen für das Südostanatolien-Projekt GAP "nicht zu einer Beruhigung der Lage im Südosten, sondern [trugen] zu deren Eskalation bei, da Syrien nun die kurdische PKK massiv unterstützte, um Druck auf die Türkei auszuüben" (SCHUB 2012: 355), um den Ausbau des GAP zu erschweren. Teilweise wurde das GAP als eine Art Versuch der türkischen 'Kolonisierung' der kurdischen Heimat wahrgenommen und die PKK drohte mehrfach, Staudämme zu zerstören. Dies zwang die türkische Regierung dazu, strenge Sicherheitsvorkehrungen zu treffen (HARRIS 2002: 753). Obwohl die PKK durch das türkische Militär über Jahrzehnte hinweg massiv bekämpft wurde, konnte sie aufgrund der finanziellen Unterstützung der kurdischen Diaspora in Westeuropa und verschiedenen Regierungen wie Griechenland und Syrien weiter bestehen und die Kämpfe fortsetzen. Durch den Golfkrieg 1990/91 wurde ein Machtvakuum im Nordirak geschaffen, das es der PKK ermöglichte, seinen Einfluss dort zu vergrößern (RADU 2001: 53 ff). 1992 wurde die PKK auf 10.000 Mann geschätzt.

Die Situation änderte sich Mitte der 90er Jahre, als es dem türkischen Militär allmählich gelang, sich an die Taktik des Guerillakrieges anzupassen und auch die Rückzugsgebiete der PKK im Nordirak bekämpfte. Ab 1995 gab es regelmäßige Operationen im Nordirak mit großem Truppenaufgebot, um die Zahl der Kämpfer auf Seiten der PKK zu reduzieren. Es wurde auch eine Sicherheitszone eingerichtet, die der PKK ihre Operationen vom Nordirak aus erschwerte. Bereits im Jahre 1998 war die Unterstützung durch Syrien die einzige Rettungsleine, die der PKK noch blieb, um ihre Kämpfe fortsetzen zu können (CORNELL 2001: 42). Da die Türkei ein Bündnis mit Israel geschlossen hatte, fühlte sie sich dazu in der Lage, Syrien mit Krieg zu drohen, falls die Unterstützung für Öcalan anhalten würde, woraufhin Syrien ihn des Landes verwies und er im Februar 1999 in Nairobi festgenommen wurde. Nachdem der PKK ihr Anführer und die externe Unterstützung durch Syrien fehlte, war sie gegen Ankara ungeschützt. Nach jahrelangen militärischen Auseinandersetzungen und dem Verlust von über 30.000 Menschenleben fand der Krieg zwischen der PKK und der türkischen Regierung ein Ende (RADU 2001: 56 f), denn der Personenkult um Öcalan, der lange Jahre für Zusammenhalt innerhalb der terroristischen Vereinigung gesorgt hatte, bewirkte nach seiner Ver-

haftung eine fundamentale Schwächung der PKK, von der sie sich seitdem nicht mehr erholt hat. 1999 ordnete er aus der Gefangenschaft den Waffenstillstand an und die PKK zog sich in die Kandil-Berge des Nordirak zurück. Ab 2005 gab es wieder Gewaltaktionen, doch nur punktuell und nicht in alter Stärke. Die Situation in Südostanatolien entspannte sich und der Ausnahmezustand wurde aufgehoben. Allerdings ist das Militär nach wie vor sehr präsent und die türkische Polizei übernahm die Kontrolle des täglichen Lebens in Südostanatolien. Die ökonomische Entwicklung leidet noch immer unter dem PKK-Terrorismus (KRAMER 2011: 19).

Das Südostanatolien-Projekt hat große Auswirkungen auf die Sicherheit der Region, die nicht unterschätzt werden dürfen. Vor Beginn der Bauarbeiten war Südostanatolien weit abgelegen und nur schwer über wenige schlecht ausgebaute Straßen erreichbar. Dies erschwerte die Kontrolle der Region durch die türkische Regierung erheblich, was der PKK ihren Widerstand sehr viel einfacher machte, da sich ihre Kämpfer gut ins unwegsame Hinterland und die Berge flüchten konnten, wo das türkische Militär kaum Zugriff hatte. Im Rahmen des GAP kam es über die Jahre zu einer erheblichen Verbesserung der Infrastruktur in allen Bereichen. Nicht nur das Bewässerungsnetz wurde ausgebaut, sondern auch zahlreiche moderne Straßen, das Transportwesen und die Telekommunikation (Harris 2002: 755), wodurch der Zugang zur gesamten Region inzwischen viel besser möglich ist als noch vor wenigen Jahren. Die Region kann nun erheblich effektiver durch die türkische Regierung kontrolliert werden und für Separatisten ist die einstmals schwere Erreichbarkeit der Region nun keine Hilfe mehr. Das GAP hat somit eine sehr positive Auswirkung auf die nationale Sicherheit und kann positiv zur Terrorismusbekämpfung beitragen. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, eine Lösung für die Kurdenfrage zu finden. Diese ist nicht mit dem Terrorismus der PKK gleichzusetzen, wenn es jedoch nicht gelingt, weitere militärische Auseinandersetzungen in der Region zu verhindern, die in jüngerer Vergangenheit viele kurdische Zivilisten das Leben gekostet haben, wird eine Annäherung zwischen Türken und Kurden sehr schwierig sein. Wie positiv sich das GAP auf die Kurdenfrage auswirken kann, wird auch stark von der Politik der AKP abhängen, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

### **5.2.3 Analyse des politischen Wandels in der Türkei**

Die Modernisierungspolitik der Türkei war seit ihrer Gründung dadurch geprägt, dass sie "nicht von breiten Bevölkerungsschichten getragen, sondern von oben herab verordnet" (JUNG 2012: 90) wurde, um den Machtanspruch der Führungselite zu erhalten. JUNG bezeichnet dies als 'defensive Modernisierung'. "Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft erhält dabei einen hierarchischen und autoritären Charakter" (JUNG 2012: 91) und es

bildete sich ein Obrigkeitsstaat heraus. So gründete Mustafa Kemal (Atatürk) 1923 die Türkische Republik ohne die Beteiligung breiterer Gesellschaftsschichten, sondern die autoritäre Staatselite führte die Demokratie ein und steuerte sie 'von oben'. Die Türkei ist quasi eine gelenkte Demokratie (JUNG 2012: 91 ff). In der Türkei gibt es mehrere Machtgruppen, die miteinander in Wechselbeziehung stehen. Die kemalistische Elite, die aus Justiz, Militär und der CHP besteht, bildet den autoritären Machtkern und sie intervenierte wiederholt, wenn sie den Machtkern mit seinen kemalistischen Prinzipien bedroht sah (BILIR 2007: 34). Das Militär spielte lange Zeit eine große Rolle und putschte mehrfach, wenn es den laizistischen Charakter der Türkei bedroht sah, denn obwohl es "formal gesehen den gewählten politischen Institutionen untergeordnet ist, sieht sich sein Generalstab dazu berechtigt, die Werte [des von Atatürk initiierten Kemalismus] auch im Innern zu verteidigen" (JUNG 2012: 88).

Zur Zeit vollzieht sich allerdings ein wichtiger politischer Wandel in der Türkei und ein Paradigmenwechsel in ihrem Verwestlichungsprozess, der zum Teil durch innenpolitische Entwicklungen und zum Teil durch die Beitrittsbemühungen zur Europäischen Union angeregt worden ist, denn seit die AKP 2002 an die Macht gekommen ist, wird die "vorherrschende Staatsmacht des kemalistischen Regimes [...] vom islamisch-konservativen und kurdischen Machtpotential des Landes herausgefordert" (BILIR 2007: 41). Die AKP wurde auch in den Jahren 2007 und 2011 wieder gewählt. Vor ihr ist es noch nie "einer Partei in der Türkei gelungen, ein drittes Mal in Folge die Regierung des Landes zu stellen und dabei ihren Stimmenanteil beständig zu steigern. [So hat sich die] AKP zur alles dominierenden politischen Kraft im türkischen Parteiensystem entwickelt" (JUNG 2012: 86) und mit Erdoğan als Premierminister und Abdullah Gül als Staatspräsident werden die zwei mächtigsten politischen Ämter der Türkei durch sie besetzt. Nach KRAMER hat die "AKP [...] ihre Wurzeln im politischen Islam der Türkei, ist aber keine islamistische Partei" (2011: 29). Sie ist eine Partei der konservativen Mitte, vertritt islamisch-konservative Ansichten und während "das islamisch-konservative Spektrum der Türkei [in den 1990ern] ein strikter Gegner der EU und der USA war, präsentiert sich [...] die aus diesem ideologischen Ansatz hervorgegangene AKP als Fahnenträger der Demokratisierung, Liberalisierung und Globalisierung". Sie wird von einem Großteil der türkischen Wähler akzeptiert und gilt als "moderat, staatsfreundlich, pro-westlich, systemintern und fortschrittlich. [Dies macht die Politik der AKP zu einem] Erfolgsmodell, das den Islam mit westlich-demokratischen Werten vereinbaren könnte" (BILIR 2007: 36 ff).

Der kemalistische Kader, der sich früher als fortschrittlich und westlich orientiert präsentierte, zeigt sich nun zunehmend anti-westlich und vermittelt inzwischen ein negatives Bild von der EU und der USA. Die durch die AKP initiierten "westlich orientierten Reformen [werden] von der kemalistischen Staatselite heute nicht als Fortschritt sondern als Bedrohung der Existenz

der Türkei empfunden" (BILIR 2007: 36). Das bedeutet, dass sie den Status quo der politischen Struktur vertreten und gegen eine Wandlung sind. Nun, da die AKP im Gegensatz zum kemalistischen Kader den westlichen Interessen deutlich mehr entgegenkommt, stellen die Kemalisten die AKP-Regierung "als Feind des laizistisch-kemalistischen Regimes und [...] als Intimus des Westens [dar und werfen ihr] stets vor, eine heimliche und langfristige Agenda zur Islamisierung des Landes zu haben" (BILIR 2007: 39). Es gibt eine tiefe Polarisierung zwischen den beiden Lagern (STEINBACH 2012: 68). Seit die AKP die Regierung stellt, macht der anatolische Mittelstand den alten kemalistischen Eliten nach und nach ihr Machtmonopol streitig, denn die AKP "versteht sich als Anwältin der Peripherie, sie akzeptiert das staatlich verordnete Modernisierungsmodell der kemalistischen Ideologie nicht mehr" (KRAMER 2011: 28). Dadurch hat sie eine breite Wählerschaft und vertritt neben den anatolischen Unter- und Mittelschichten auch eine liberale Bürgerschicht, kleine und mittlere Unternehmer bis hin zu Akademikern und Intellektuellen.

#### **5.2.3.1 Schritte zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage**

Die AKP bemühte sich um eine weitere Annäherung an Europa und verabschiedete viele Reformpakete, wie bspw. zum Schutz von Minderheiten- und Menschenrechten, Meinungsfreiheit oder auch der Abschaffung der Todesstrafe (STEINBACH 2012: 64 f). Seit die AKP sich etabliert hat, musste das Militär durch die Reformen und seine tiefe Verstrickung in die Ergenekon-Affäre, den 'tiefen Staat', viel seiner ehemaligen Macht einbüßen. Nach JUNG scheint sich das "autoritäre Staatsverständnis in der politischen Kultur der Türkei [daher] langfristig gesehen auf dem Rückzug zu befinden" (2012: 118), denn die zahlreichen Reformen der AKP entwickeln eine Dynamik, die auf eine "zunehmende Veränderung der politischen Kultur des Landes" (JUNG 2012: 117) schließen lässt.

Daher besteht Hoffnung, dass es auch für den Südosten der Türkei weiter bergauf geht und mit der AKP eine Regierung an der Macht ist, die sich langfristig der Herausforderung stellen kann, die Kurdenfrage friedlich zu lösen, denn davon hängen der wirtschaftliche Fortschritt des Landes, seine Stabilität und seine Akzeptanz durch andere Staaten ab (STEINBACH 2012: 69). Die türkische politische Elite hat einen anderen Blick auf das Kurdenproblem als der Westen: "In official Turkish discourse, there is no Kurdish problem, but rather a socio-economic problem in the southeastern region and a problem of terrorism that is dependent on external support from foreign states aiming at weakening Turkey" (CORNELL 2001: 31 f). Es wurde offiziell also nicht direkt von einem 'Kurdenproblem' gesprochen, obwohl es sehr bedeutsam ist, "dass sich heute Millionen türkischer Staatsbürger selbst nicht als Türken sehen und auch nicht als solche gesehen werden wollen. [...] Sie wollen als türkische Staatsbürger mit einer anderen Ethnizität anerkannt werden, das heißt mit einer von der Mehrheitsbevöl-

kerung verschiedenen Herkunft, Kultur und Sprache" (KRAMER 2011: 16 f). Für viele Kurden bedeutet das auch, dass sie sich politisch organisieren wollen, um ihre Interessen zu vertreten. Für die meisten Kurden geht es nicht um die Gründung eines eigenen Staates, sondern "allenfalls um eine größere politische Mitsprache bei der Gestaltung ihrer kulturellen Identität" (KRAMER 2011: 17). Es ist also ein großer Fortschritt, dass die AKP "das Kurdenproblem zunehmend als eine 'nationale Frage' und nicht länger als ein regionales Terror- oder wirtschaftliches Entwicklungsproblem [sieht. Als damaliger Ministerpräsident gab Erdoğan] im August 2005 erstmals zu, dass der Staat 'Fehler' im Umgang mit der Kurdenfrage gemacht habe" (KRAMER 2011: 19) und 2007 wurde die AKP sogar "zum ersten Mal auch in den Kurdengebieten zur stärksten politischen Kraft" (SEUFERT 2012: 245). Auch die Militärführung äußerte sich 2009 dahingehend, dass die Kurdenfrage militärisch auf lange Sicht nicht sinnvoll zu lösen sei und im Sommer 2009 warb die AKP-Regierung für "ein Programm der 'kurdischen Öffnung'" (KRAMER 2011: 19), das vor allem kulturelle Zugeständnisse beinhaltet. Durch den Druck der EU wurde zwei Jahre nach Öcalans Verhaftung 2001 das Sprechen der kurdischen Sprache wieder erlaubt, 2002 wurde der Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten aufgehoben und "2004 wurde es möglich, in vom Staat genehmigten Kursen Kurdisch zu lernen" (SEUFERT 2012: 243). Inzwischen gibt es Nachrichtensendungen auf Kurdisch. Der Erfolg der AKP in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Wahlkreisen ist ein Zeichen dafür, "dass die staatsloyalen Volksgruppen der kurdisch bewohnten Regionen nicht die kemalistisch-laizistischen Werte sondern die islamisch-konservativen Werte als Basis für den Zusammenhalt gegen die ethnische Polarisierung sehen" (BILIR 2007: 40). 2008 und 2009 gab es Kongresse zur Kurdenfrage, in denen deutlich wurde, "dass sowohl die irakischen Kurden als auch die religiös-konservativen Intellektuellen der Türkei einen Ausgleich zwischen Kurden und Türken unterstützen" (SEUFERT 2012: 245). Dennoch bleibt die Situation angespannt, denn viele Kurden haben die Zeit noch lebhaft in Erinnerung, in denen über 2500 Dörfer zwangsgeräumt wurden und Handlanger des türkischen Staates in kurdischen Städten "4000 bis 5000 [unaufgeklärte Morde] mit politischem Hintergrund" (SEUFERT 2012: 243) an Oppositionellen verübten. Die meisten Kurden kennen nach den langen Zeiten der Kämpfe, "kein friedliches Zusammenleben von Türken und Kurden mehr und [sind] für eine Politik des Ausgleichs nur noch schwer zu gewinnen" (SEUFERT 2012: 246).

Dazu kommt, dass in der Vergangenheit bereits mehrere kurdische Parteien verboten wurden und das letzte Verbot erst 2009 gegen die DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) ausgesprochen wurde, die in sich gespalten war und sich aufteilte in eine Fraktion, die sich von der PKK abgrenzte und eine Fraktion, die die Aktivitäten der PKK positiv bewertete. Das wiederum "machte es der AKP-Regierung nahezu unmöglich, die DTP als 'Verbündete' für ihre Bemühungen zur Lösung der Kurdenfrage in Betracht zu ziehen" (KRAMER

2011: 32), denn das hätte in der türkischen Bevölkerung keinerlei Akzeptanz gefunden. Die BDP (Partei für Frieden und Demokratie) ist die Nachfolgepartei der DTP, aber auch ihr fällt es schwer glaubhaft zu vermitteln, dass sie von der PKK unabhängig agiert (KRAMER 2011: 32). Die Mehrheit der Kurden wünscht sich nach wie vor ein größeres Maß an Selbstverwaltung, doch für viele einfache Bürger der Türkei kommt dies einer Spaltung der Republik gleich und die kurdischen Forderungen werden als Separatismus bewertet. "Da die Mehrheit der türkischen Bevölkerung [...] eine 'Sonderbehandlung' der Kurden ablehnt", ist die AKP in einem Dilemma und die Kurdenfrage wird mehr und mehr zu einem Problem zwischen 'Türken' und 'Kurden' und nicht nur eines "zwischen dem türkischen Staat und einzelnen kurdischen Gruppierungen" (KRAMER 2011: 17 ff). Der autoritäre Staat ist heute zwar geschwächt "und der Einfluss des Volkes auf die Politik hat sich stark vergrößert. Gleichzeitig ist das Volk [jedoch] stärker als je polarisiert" (SEUFERT 2012: 249), auch wenn es trotz zweier Jahrzehnte bewaffneter Konflikte kaum öffentliche Spannungen zwischen Kurden und Türken gibt (CORNELL 2001: 32). Aus diesem Grund bleibt abzuwarten, ob mehr demokratische Reformen überhaupt eine Lösung herbeiführen können.

Eine Annäherung zwischen den Türken und den Kurden "kann nur gelingen, wenn die Regierung einige Prinzipien überdenkt. Ein Ansatz wäre, den Staat zu dezentralisieren und den Regionen mehr Entscheidungsgewalt über ihre Belange zuzugestehen. [...] Um dieses Ziel zu erreichen, braucht die Türkei eine neue Verfassung" (LANDWEHR 2012: 199). Premierminister Erdoğan verkündete in seinem Wahlprogramm, "dass er eine neue Verfassung ausarbeiten lassen wolle, die stärker auf demokratischen Prinzipien und Freiheiten beruhe" (LANDWEHR 2012: 200).

Falls der Wandlungsprozess mit seinen Reformen anhält und erfolgreich ist, "ist zukünftig in der Türkei infolge dieses Prozess mit einem Gleichgewicht der politischen Kräfte bei einer Auflösung der traditionellen Machtstrukturen zu rechnen" (BILIR 2007: 42). Dann stehen auch die Chancen vermutlich gut, dass es zu weiteren friedlichen Schritten und einem Fortschritt in der Kurdenfrage kommt. In diesem Fall würde das GAP langfristig ermöglichen, dass die kurdische Bevölkerung in Südostanatolien besser integriert wird und es durch das Zugeständnis von mehr Rechten und der Steigerung des Lebensstandards dort zu einer allmählichen Befriedung der Situation kommt. Es könnte sich sehr positiv auswirken, dass dort durch die bessere Zugänglichkeit sicherheitspolitische Interessen der türkischen Regierung mit einem wirtschaftlichen Aufschwung der Region und der Einbindung der kurdischen Bevölkerung verknüpft werden könnten. Die Wahrscheinlichkeit ist relativ hoch, dass es früher oder später auch Reformen gäbe, die den Gebrauch von Pestiziden und stark gesundheitsschädlichen Wirkstoffen einschränken und eine angemessene Entsorgung gesundheitsschädlicher Abfälle in der GAP-Region gewährleisten würde. Ein nachhaltigerer



Umgang mit den Wasserressourcen würde sich nicht nur auf Südostanatolien und seine Bewohner positiv auswirken, sondern auch auf die anderen Anrainerstaaten an Euphrat und Tigris.

Falls sich jedoch langfristig die kemalistische Elite durchzusetzen vermag, wäre laut BILIR die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es zu folgenschweren ethnischen und ideologischen Differenzen zwischen Teilen der Gesellschaft kommen könnte (BILIR 2007)2007: 42). Als Grund dafür wäre einleuchtend, dass die inzwischen eher anti-westlich eingestellten Kemalisten wenig Anlass hätten, der Europäischen Union zuliebe Reformen durchzusetzen, da ein EU-Beitritt inzwischen für die Türkei keine absolute Priorität mehr darstellt. Minderheiten müssten mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer starken Beschneidung ihrer Rechte rechnen und es ist ausgesprochen fragwürdig, ob es dann in der Kurdenfrage noch zu einer friedlichen Einigung kommen könnte. Weitere militärische Auseinandersetzungen in Südostanatolien würden jeden Fortschritt der Region zunichtemachen und sie sozialökonomisch um Jahrzehnte zurückwerfen, da es dann mit Sicherheit zu Abwanderung von Industrie und zahlreichen Menschen aus der Krisenregion kommen würde.

### **5.3 Analyse der Machtverhältnisse zwischen den Anrainerstaaten**

Ein von der NATO konstruiertes Konfliktszenario besagte, dass Syrien und der Irak aufgrund einer mehrjährigen Dürre und akuten Wassermangels, welche durch die Wasserpolitik der Türkei verursacht sei, im Jahre 2010 gemeinsam in diese einmarschieren würden, um einen größeren Wasseranteil zu erstreiten. Die Türkei wurde in diesem Szenario als instabiler Staat vorhergesagt, der durch die Kurdenproblematik gebeutelt ist. Ein anderes Szenario der UN sagte voraus, dass die Türkei und der Irak am Rande eines Krieges stehen würden, weil laut des Szenarios der Irak aufgrund von Wassermangel mit der Sprengung eines Dammes drohte. Im Szenario droht die Türkei dem Irak im Gegenzug damit, die Wasserzufuhr komplett abzdrehen (JONGERDEN 2010: 137). Angesichts solcher Szenarien wird deutlich, dass sich die Realität meist ganz anders entwickelt und Vermutungen über die Zukunft immer auf wackeligem Boden stehen. Tatsächlich sind weder Irak, noch Syrien aufgrund der Umbrüche in den letzten Jahren momentan dazu in der Lage, der Türkei effektiv mit einem Einmarsch zu drohen und die regionalpolitische Situation entwickelte sich anders als erwartet, weil den 'Arabischen Frühling' niemand vorhersehen konnte. Dieses Kapitel soll erläutern, welche Veränderungen sich im Nahen Osten und zwischen den Anrainerstaaten ergeben haben und wie hoch das Risiko ist, dass es aufgrund der Wasserproblematik zwischen den Ländern Syrien, Türkei und Irak infolge des GAP zu einem Wasserkrieg kommt (JONGERDEN 2010: 137).

### 5.3.1 Wasser als Konfliktstoff im Nahen Osten

Im Nahen Osten leben über 5% der Weltbevölkerung, doch es befindet sich nur 1% der nutzbaren Süßwasservorkommen in dieser Region. Immer wieder wurde deswegen von verschiedenen Autoren auf die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten 'Wasserkrieges' im Nahen Osten hingewiesen (TOSET et al. 2000: 974 ff). Die befürchtete Krisensituation wird dadurch begründet, dass die Staaten dort in einem typischen Jahr 232,2% ihrer Wasservorräte konsumieren und dadurch deren langfristige Erneuerbarkeit in Frage gestellt wird (HENSEL et al. 2006: 394). Dazu kommt, dass der vierte Bericht der IPCC voraussagte, dass der Nahe Osten die verwundbarste durch den Klimawandel betroffene Region sein wird, da neben verringerten Niederschlägen auch erhöhte Temperaturen erwartet werden (BOZKURT & SEN 2013: 150). Es gibt bisher auch noch wenige Institutionen für die Regelung von Wasserkonflikten im Nahen Osten, aber nach HENSEL et al. wird sich das durch den zunehmenden Wassermangel ändern. Sie gehen davon aus, dass sich dadurch gezwungenermaßen effektive Institutionen herausbilden müssen (2006: 394), denn ganz gleich, wie sehr die technischen Bemühungen in der Großregion voranschreiten, so wird das Wasser im Nahen Osten dennoch immer knapper werden (STRUCK 2002: 142 f).

Die Fähigkeit, Wasserfragen kooperativ miteinander zu lösen, wird im Nahen Osten dadurch erschwert, dass sich zwei Drittel der Erdöl- und fast die Hälfte der Erdgasreserven weltweit dort befinden, was der Hauptgrund für die Kolonialisierung der Region durch westliche Staaten war. Er gelangte daher schon sehr früh in eine strategische Schlüsselposition. Aus diesem Grund wurde er "zum heftig umkämpften Zankapfel des Kalten Krieges zwischen den Weltmächten USA und UdSSR. Der Widerstand gegen die Kolonialherrschaft und die strategische Instrumentalisierung im Kalten Krieg sind die Hauptgründe" (FÜRTIG et al. 2012: 6) dafür, dass es dort zu einer solchen Häufung an Konflikten gekommen ist. "In den Jahren nach der Entkolonialisierung waren Militärregierungen [die Regel und] nirgends wurde so viel geputscht wie in den arabischen Staaten" (FÜRTIG et al. 2012: 32). Die regionale Instabilität wurde durch Revolutionen und dem Islamismus als Kontrast zum 'importierten' westlichen Gesellschaftsmodell noch verstärkt (FÜRTIG et al. 2012: 6).

Die Türkei liegt geographisch an einer wichtigen Schlüsselposition, die sie zu einer 'Energiebrücke' zwischen den bedeutendsten Ölförderregionen im Nahen Osten und dem Verbrauchermarkt in Europa macht (DEMIRBAŞ 2001: 1239). Dies machte sie auch zu einer interessanten Bündnispartnerin für die USA, denn als stabiler, starker und strategisch günstig gelegener Staat eignet sie sich für die USA dazu, in dieser geopolitisch wichtigen Region Präsenz zu zeigen (O'LOUGHLIN 2005: 102 f).

### 5.3.2 Die Folgen des GAP für die Anrainerstaaten an Euphrat und Tigris

Die beiden Flüsse Euphrat und Tigris sind seit vielen Jahrzehnten immer wieder die Ursache für Konflikte zwischen den Staaten Türkei, Syrien und Irak. Beide Flüsse entspringen in der Türkei und werden dort durch das Südostanatolien-Projekt aufgestaut, denn die Türkei beansprucht einen großen Teil des Wassers für die Bewässerung großräumiger landwirtschaftlicher Flächen in Südostanatolien. Aufgrund der Staudambbauten kam es immer wieder zu Konflikten mit den beiden Anrainerstaaten Syrien und Irak, die es bedrohlich finden, dass die "türkische Regierung nach Gutdünken die Wasserversorgung auf- und zudrehen [kann]" (FRÖHLICH 2006: 36). Zudem erreicht durch die Wasserentnahme in der Türkei weniger Wasser die Unterlieger, die aufgrund mangelnder Niederschläge auf das Wasser aus den beiden Fremdlingsflüssen angewiesen sind. Für Syrien stellt der Euphrat die wichtigste Wasserquelle dar. Der Irak nutzt vorwiegend den Tigris, kann aber auch "zu 40 Prozent auf eigene Wasserressourcen zurückgreifen" (BRAUER 2001: 191). Durch das GAP soll etwa ein Drittel des Tigriswassers genutzt werden, aber es wird laut BRAUER dennoch genug Wasser den Irak erreichen, um seine Bevölkerung zu versorgen (2001: 191). Die Probleme entstehen vor allem durch den Euphrat, dessen Abfluss stark schwankt. 1991 gab es eine ernste Dürre, während der der normalerweise durchschnittliche Abfluss von ca. 900 m<sup>3</sup> auf gerade einmal 199 m<sup>3</sup>/s reduziert war (MUTLU 1996: 79).

Die Problematik wird durch den Klimawandel verschärft. BOZKURT & SEN untersuchten die hydroklimatischen Auswirkungen des zukünftigen Klimawandels im Euphrat-Tigris-Becken. Alle Szenarien deuten im gesamten Becken auf eine erhöhte Oberflächentemperatur im Winter hin. Die Türkei und Syrien sind durch die klimatischen Veränderungen am Verwundbarsten, da auf beide Staaten ein deutlicher Rückgang des jährlichen Oberflächenabflusses zukommt: Dieser wird in den ostanatolischen Bergen bis zum Ende des 21. Jh. voraussichtlich um 25-55% zurückgehen (BOZKURT & SEN 2013: 159). Die Veränderungen des Winterniederschlags führen zu einem Rückgang der Schneedecke, durch deren Schmelzen im Frühling die Flüsse gespeist werden. Die Auswirkungen davon wird am Ehesten der Irak zu spüren bekommen, da er vom Wasser abhängig ist, das von den Staaten am Oberlauf kommt. Wenn die Flüsse weniger Wasser führen und die Türkei und Syrien weiterhin solch große Mengen an Wasser für eigene Projekte abzweigen, wird zukünftig infolge des Klimawandels deutlich weniger Wasser im Irak ankommen. Für das Ende dieses Jahrhunderts wird ein Rückgang des Winterniederschlags um 20 bis 30% für die Hochländer des Euphrat-Tigris-Beckens vorhergesagt und die Reduzierung des Gesamtabflusses von Euphrat und Tigris wird die Situation verschärfen (BOZKURT & SEN 2013:155 ff). Unstimmigkeiten über die Wassernutzung des Euphrat-Tigris-Beckens sind zudem komplex, weil die Becken miteinander verbunden sind und sich gegenseitig beeinflussen: "[The] condition of the Euphrates affects

the condition of the Tigris and vice versa" (SOFFER 1999: 16). Schon in den 1950ern wurden viele Wasserprojekte an Euphrat und Tigris gebaut. Da die Staaten einander nicht vertrauen, versuchen sie, ihren Wasser- und Elektrizitätsbedarf durch Dammbauten innerhalb ihrer Grenzen zu sichern und da sie dabei kaum Rücksicht aufeinander nehmen und nicht miteinander kooperieren, verletzen sie die Helsinki-Konvention (SOFFER 1999: 84).

Dabei ist die Türkei der wichtigste Akteur im Becken, denn durch ihre Position am Oberlauf hat sie den größten Einfluss auf jede Einigung und Optimierung, die das Einzugsgebiet der Flüsse betreffen (KUCUKMEHMETOGLU 2012: 317 f). Die Türkei hat Zugriff auf den größten Anteil der Abflussmenge von sowohl Euphrat, als auch Tigris. Der Irak hat keinen Anteil am Abfluss des Euphrat, aber den Hauptanteil des Abflusses der Zuflüsse des Tigris. Syrien hat zwar vom Abfluss des Tigris so gut wie nichts, jedoch den Hauptanteil des Abflusses der Zuflüsse des Euphrat (genauer des Balikh und des Khabur). Während die niederschlagsreichere Türkei 72% zum Gesamtabfluss der beiden Flüsse beiträgt, sind es im Irak 18,5% und in Syrien lediglich 2%. Angenommen man regelte die Verteilung des Flusswassers auf der Basis des Anteils, den die Staaten zum Gesamtabfluss von Euphrat und Tigris beitragen, hätten die Türkei und der Irak die größten Anrechte auf das Wasser des Tigris, während die Türkei und Syrien die hauptsächlichen Rechte auf das Euphratwasser hätten (SOFFER 1999: 80 ff).

Bei der Verteilung von Wassermengen lässt sich verdeutlichen, wie sehr Staaten durch die Konstruktion von Maßstabebenen Sachverhalte ihren Interessen entsprechend manipulieren: Wenn die Türkei die Situation der Flussentwicklung an Euphrat und Tigris darstellt, so geht sie bei den beiden Flüssen grundsätzlich von einem gemeinsamen Einzugsgebiet aus und betrachtet die Flüsse und deren Einzugsgebiete nicht als getrennte Einheiten. Dies hat politische Auswirkungen, die damit zusammenhängen, wie viel ein Staat durch seine geographische Lage und damit verbundenen Niederschlagsmengen zur Abflussmenge eines Flusses 'beiträgt': "The idea of 'contributions' to river systems [...] implies that certain territories contribute to river flows [...]. The idea of contributions has become relevant in international legal considerations with respect to shared river sources [...]" (HARRIS 2005: 270). Würde man die beiden Flüsse separat betrachten, so wäre die Türkei zwar das Land, das den Großteil des Wassers zur Abflussmenge des Euphrat beiträgt, nicht aber zu der des Tigris. Wenn die Türkei dagegen die beiden Flüsse als ein zusammenhängendes Einzugsgebiet ansieht, so kann sie damit argumentieren, dass sie insgesamt mit 52,9% den größten Teil zur Abflussmenge der beiden Flüsse beiträgt und somit ein Anrecht auf den Ausbau des GAP und die Nutzung der Flüsse durch dieses Projekt hat. Eine solche Manipulation der Maßstabsebene unterstützt dadurch die Türkei in ihrem Anspruch, die Flüsse nach eigenem Gutdünken zu nutzen (HARRIS 2005: 270). Der Irak hat aber, ähnlich wie Ägypten im Nilbe-

cken, ein uraltes historisches Recht zur Wassernutzung im Euphrat-Tigris-Becken, das mehrere tausend Jahre zurückreicht. Er ist deutlich mehr vom Wasser der beiden Flüsse abhängig als die Oberlieger, da der größte Teil seines Territoriums von Wüstenklima geprägt ist. Darüber hinaus gibt es für die Oberlieger alternative Wasserressourcen, die sie nutzen können (SOFFER 1999: 75).

In der Analyse der mit dem Südostanatolien-Projekt zusammenhängenden Konflikte unter den Anrainern wird der Iran nicht mit berücksichtigt, da er ein wenig bedeutender Flussanrainer im Euphrat-Tigris-Becken ist (die südliche Hälfte des Shatt al-Arab wird zwischen Iran und Irak geteilt) und seine ausführliche Berücksichtigung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Der nachfolgende Teil befasst sich damit, wie sich das Südostanatolien-Projekt auf die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak ausgewirkt hat. Dabei wird die sich über die Jahre massiv verändernde Außenpolitik der Türkei mit einbezogen, um dann aus dem aktuellen Zustand eine Bewertung für die Zukunft abgeben zu können.

### **5.3.3 Analyse des Verhältnisses zwischen Türkei und Anrainern bis zum Jahr 2000**

Nach dem Zweiten Weltkrieg forderte die Sowjetunion unter anderem Teile des türkischen Territoriums im Osten, was die türkische Regierung dazu veranlasste, sich mit den USA zusammenzutun, die der Türkei volle Unterstützung zusicherte. Seitdem sind die USA und die Türkei Bündnispartner und die USA hatten lange Zeit die Funktion einer Schutzmacht für die junge türkische Republik inne. Kurze Zeit später wurde die Türkei auch "Gründungsmitglied des Europarates und der OEEC, der späteren OECD" (KRAMER 2011: 52). Dadurch wurde allerdings verursacht, dass "das Verhältnis zwischen der Türkei und der islamischen Welt [...] von gegensätzlichen Interessen und einem darauf beruhenden gegenseitigen Mißtrauen geprägt" (AKKAYA et al. 1998: 118) war. Die Türkei wurde aufgrund ihrer laizistischen Grundsätze nicht als islamischer Staat akzeptiert, sondern in der arabischen Welt lange Zeit eher den westlichen Staaten zugeordnet (AKKAYA et al. 1998: 119) und fungierte als eine Art 'Grenzland' zwischen Westen und Osten. Diese regionale Isolation kennzeichnete auch ihre Außenpolitik, die vor allem "als reine Sicherheitspolitik im Sinne einer Abwehr von Bedrohungen" (ÖZTÜRK 2012: 390) angesehen wurde.

Während Anfang des 20. Jahrhunderts Abkommen über internationale Flüsse im Nahen Osten noch zwischen den europäischen Kolonialstaaten abgeschlossen wurden und bis zum Zweiten Weltkrieg noch Großbritannien und Frankreich Vereinbarungen über die Nutzung von Euphrat und Tigris trafen, so änderte sich das nach dem Krieg mit dem Ende der Koloni-

alherrschaft. Bereits 1946 unterschrieben die Türkei und der Irak ein Abkommen, das gut-nachbarschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten unterstützen sollte und in dem auch die Wichtigkeit der Erhaltung von Wasserqualität und Wassermenge des Euphrat-Tigris-Beckens Erwähnung fand (SOFFER 1999: 15). Dabei wurde über Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser verhandelt und der Irak bot sogar an, "die alleinige Kostenübernahme bei der Einrichtung von Pegelmessstationen auf türkischem Territorium" (STRUCK 2002: 135) zu übernehmen. Außerdem trafen die beiden Staaten eine Übereinkunft, dass die Türkei den Irak über alle Aktivitäten informieren würde, die in den Becken von Euphrat und Tigris stattfinden würden und es wurde dem Irak gestattet, innerhalb der Türkei Dämme zu bauen, um die Wassermenge des Euphrats innerhalb der irakischen Grenzen zu erhöhen und durch den kontrollierten Abfluss besser nutzen zu können (SOFFER 1999: 113 f). Zwischen der Türkei und dem Irak waren die nachbarschaftlichen Beziehungen bis zur Golfkrise größtenteils in Ordnung, da beide Staaten ein gemeinsames Interesse hatten, die Kurden in ihrem Unabhängigkeitsbestreben zu kontrollieren. Darüber hinaus wurden lange Zeit etwa 60% des im Irak geförderten Öls durch türkisches Staatsgebiet exportiert und teilweise auch an die Türkei verkauft. Auch während der Jahre des Ersten Golfkrieges, des Iran-Irak-Krieges, war die Türkei für den Irak eines der wenigen "gateways to the outside world" (SOFFER 1999: 113), was die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zunächst intensivierte.

Als der Bau des Südostanatolien-Projekts begann, ignorierte die Türkei die Proteste der anderen Anrainerstaaten weitgehend (SOFFER 1999: 111) und bezog die Position, dass die Verteilung der Wassermenge auf der Gesamtmenge des Wassers beider Flüsse als gemeinsames Einzugsgebiet basieren sollte. Wie bereits erwähnt erhöht dies die Wassermenge, auf die die Türkei Anspruch erheben kann. Außerdem sollte die Verteilung des Wassers ihrer Meinung nach darauf beruhen, wie viel Wasser jeder Staat für die ihm mögliche Bewässerung unter optimalen Bewässerungsmethoden tatsächlich benötigt (MUTLU 1996: 79 f). Dazu muss man wissen, dass das Euphratwasser bis 1950 in Syrien vergleichsweise wenig genutzt wurde und es erst mit der Unabhängigkeit Syriens zu Spekulationen in Baumwolle durch syrische Unternehmer kam, die zu einer Zunahme benzinbetriebener Wasserpumpen führten, welche die Bewässerung erst in größerem Maßstab ermöglichten. Die Bewässerungsflächen entlang des Orontes, des Khabur und des Euphrat nahmen zu und betrug 1957 bereits 583.000 ha. Nur ein Jahr zuvor waren es noch lediglich 284.000 ha (KOLARS & MITCHELL 1991: 144). Ernste Probleme entstanden in Syrien allerdings sehr bald aufgrund der durch Schrumpfungs- und Quellprozesse geprägten Böden in der bewässerten Region am Euphrat, die zu großen Teilen gipshaltig, krustig und erosionsanfällig sind und daher sehr umsichtig bewässert werden müssen. Mit der Zeit stellte sich heraus, dass viel weniger als die Hälfte der 640.000 ha Land, die ursprünglich für die Bewässerung geplant waren, über-

haupt zu Bewässerungszwecken geeignet ist und durch Bodenversalzung aufgrund mangelnder Drainage nahm die Fläche rapide ab. Von 1985-86 wurden nur noch 37.500 ha tatsächlich bewässert (KOLARS & MITCHELL 1991: 151 ff). Der Irak hatte ähnliche Probleme. Er hat zwar großes landwirtschaftliches Potenzial, aber kann es aufgrund der Bodenversalzung nicht ausnutzen, die dazu führte, dass weite Landstriche für den Anbau aufgegeben werden mussten (SOFFER 1999: 110). Das Land mit dem größten Potenzial an bewässerbarer Fläche und somit dem größten Anspruch auf Wasser war also die Türkei, was ihren Blickwinkel auf die Wasserverteilung erklärt. Während Syrien und der Irak sich wünschen, dass Euphrat und Tigris als internationale Gewässer behandelt werden, so besteht die Türkei darauf, dass es sich nicht um internationale, sondern grenzüberschreitende Flüsse handelt. Sämtliche betroffenen Staaten sind nicht integriert und es existieren keine übergeordneten Institutionen, die eine Lösung in Wasserfragen erzwingen könnten. Deswegen greifen keine internationalen Gesetze, die den Wasseranspruch der Anrainer untereinander regeln könnten und eine Abmachung kann somit nur durch bindende Verträge zwischen den Staaten herbeigeführt werden. Sofern die Staaten zu einem Abkommen nicht bereit sind, existieren keine Möglichkeiten, dies rechtlich anzufechten. Die aufgrund dieser Tatsache verursachten Konflikte bewegten die Weltbank dazu, einen weiteren Kredit für die Baumaßnahmen für das GAP abzusagen (MUTLU 1996: 79).

Das GAP wirkte sich sehr negativ auf die Beziehungen zwischen Syrien und dem Irak aus. Eine bedeutende Krise führte 1974 fast zum Krieg zwischen den beiden Staaten, als Syrien seinen neu fertiggestellten Assad-Stausee füllte. Gleichzeitig ließ die Türkei das Staubecken des Keban-Dammes volllaufen, was dazu führte, dass der Euphrat in diesem ohnehin sehr trockenen Jahr im Irak kein Wasser mehr führte. Die Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga fruchteten nicht. Der Irak reagierte mit der Mobilisierung von Truppen an der syrischen Grenze und drohte damit, die Tabqa-Talsperre zu bombardieren. Daraufhin ließ Syrien 200 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Assad-Stausee ab, um die Krise abzuwenden (SOFFER 1999: 111; STRUCK 2002: 135). Zwischen Syrien und dem Irak existierten jahrzehntelang auch deshalb tiefgreifende Probleme, weil sich die beiden Nationen in einem ideologischen Konflikt befanden und sich die autokratischen Staatsoberhäupter nicht verstanden. Während des Iran-Irak-Krieges unterstützte Syrien den Iran gegen den Irak und auch 1991 'verbündete' sich Syrien im Zweiten Golfkrieg mit den Feinden des Iraks gegen diesen und nahm sogar an den Kämpfen teil. Die Rivalität der beiden Staaten führte zu einem angespannten Verhältnis und machte eine Einigung in Wasserfragen schwierig. Deshalb wurden lange keine formellen Vereinbarungen über die Wassernutzung zwischen ihnen geschlossen (SOFFER 1999: 113).

Ab 1980 gab es das "'Joint Economic Committee' zwischen der Türkei und dem Irak [für] den Austausch hydrologischer Daten und [die Beratung über] die wassertechnischen Maßnahmen aller Beteiligten" (STRUCK 2002: 135), dem auch Syrien 1983 beitrug. Am 17. Juli 1987 wurde dann die Abflussmenge an der Grenze zu Syrien "einvernehmlich auf mehr als 500 m<sup>3</sup>/s im Jahresdurchschnitt festgelegt" (STRUCK 2002: 135) und die Türkei war der Ansicht, "dass sie fair mit Syrien umgeht, wenn sie dem Nachbarland mehr als die Hälfte des Euphratwassers überlässt" (BRAUER 2001: 191), obwohl sie eine viel größere Bevölkerung mit Wasser zu versorgen hat. Da die Wassermenge des Euphrat schwankt, einigten sich die Staaten darauf, dass die vereinbarte Wassermenge bei unterschrittenem Monatsmittel dafür in den Folgemonaten ausgeglichen werden dürfe. Auch die Sperrung des Euphrat für die Füllung des Atatürk-Stausees war darin festgehalten und die Türkei verpflichtete sich, dafür in den Monaten vorher und danach den Unterschied auszugleichen: "Um ihre Reservoirs vollständig auffüllen zu können, standen den Unterliegern vorher zwischen dem 23. November 1989 und dem 13. Januar 1990 ein gemessener Abfluss von 768 m<sup>3</sup>/s zur Verfügung" (STRUCK 2002: 136). Selbst nach den 30 Tagen, in denen der Abfluss des Euphrat aus bautechnischen Gründen komplett gesperrt war, belief sich die in diesen 82 Tagen insgesamt gemessene Wassermenge trotz Unterbrechung durchschnittlich auf 509,12 m<sup>3</sup>/s. Obwohl sich die Türkei an das Abkommen hielt, belastete die starke Wasserreduzierung die internationalen Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei sehr stark (SWAIN 2001: 773), denn Syrien und dem Irak konnten das überschüssige Wasser aufgrund mangelnder Speichermöglichkeit nicht nutzen und als der Wasserfluss komplett versiegte, kam es zu Wasserknappheit. In Syrien wurde das Trinkwasser knapp und das Wasserkraftwerk an der Tabqa-Talsperre erreichte lediglich 12 % seiner Kapazität aufgrund des fehlenden Wasserdurchflusses. Dadurch kam es zu Elektrizitätsengpässen, weshalb in der Küstenebene und dem Damaskus-Becken die Grundwasserförderung eingestellt werden musste, was auch dort zu Wasserknappheit führte. In Syrien und dem Irak kam es zu Einbußen der Winterernte (SOFFER 1999: 92 f). Sowohl die syrische, als auch die irakische Regierung forderten Ankara wiederholt auf, den Wasserfluss wieder herzustellen und der Irak drohte der Türkei sogar mit einem militärischen Angriff (STRUCK 2002: 135). Die Türkei weigerte sich nicht nur: "[Turkey] even made clear to Syria that if Syria did not fulfill several geopolitical conditions, the water cutoff would last longer than a month" (SOFFER 1999: 93). Die Umsetzung dieser Drohung hätte ernste Konsequenzen für die Wasserversorgung der Unterlieger gehabt.

Die zentralen Konfliktpunkte zwischen Syrien und der Türkei waren zu dieser Zeit neben dem GAP die Unterstützung der PKK durch Syrien und "die territorialen Ansprüche Syriens auf die türkische Provinz Hatay [...]. Die französisch besetzte Provinz Hatay war 1939 gegen den Widerstand Syriens nach einem Volksentscheid der Türkei angegliedert worden" (AK-

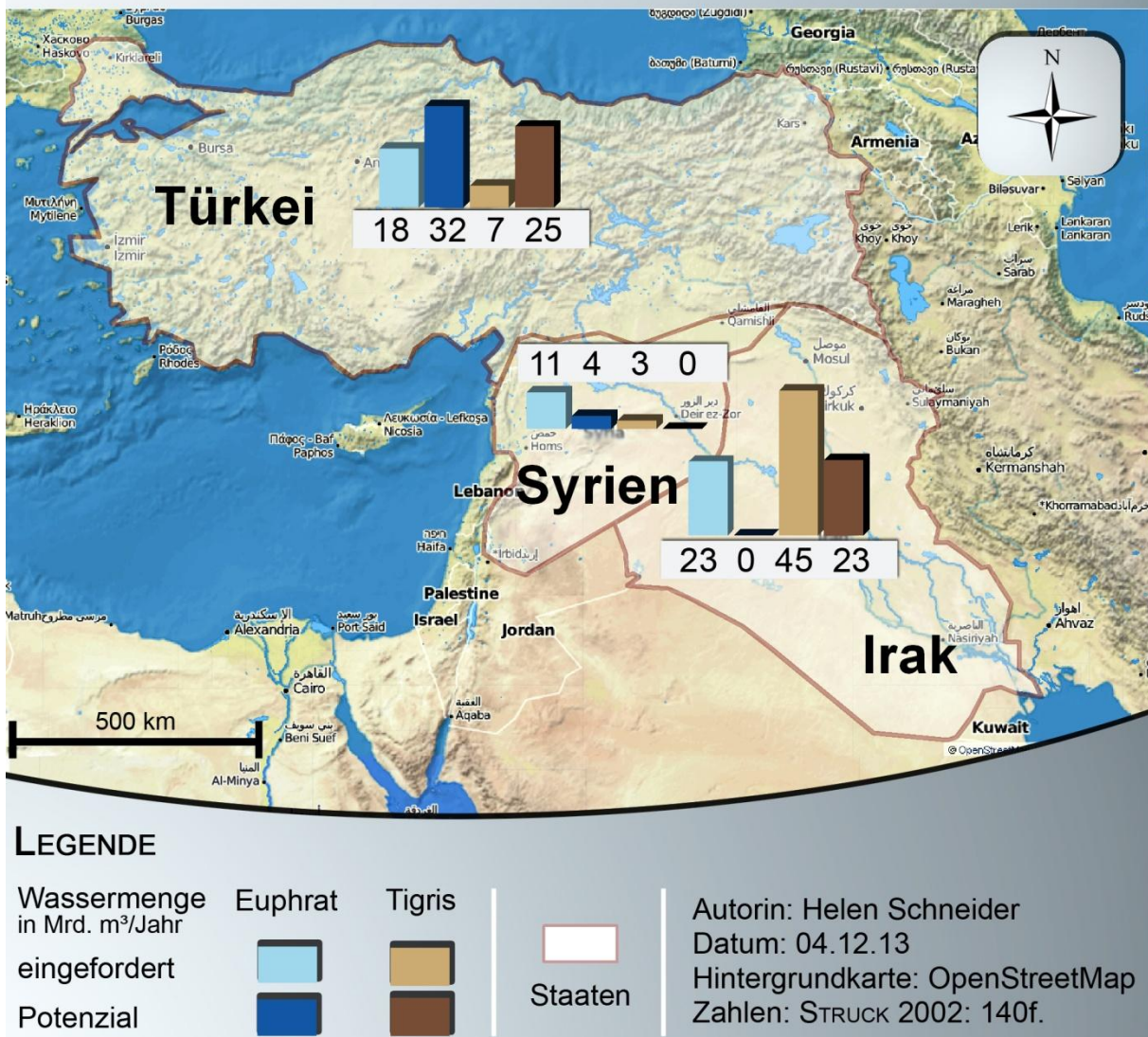


KAYA et al. 1998: 127), aber Syrien gab seinen Anspruch auf die Provinz nie auf. Es wurde während dieser Krise deutlich, dass Wasser in der Region weniger eine ökonomische, als vielmehr eine politische Rolle spielt. Aus Syriens Sicht zeigte die Sperrung des Euphrat daher, "dass die Türkei mit den Staudammvorhaben im GAP jederzeit politischen Druck auf die gesamte Region ausüben könne" (STRUCK 2002: 137), weswegen es danach auch viel Protest gegen den Baubeginn der Dämme Birecik und Ilisu gab.

Nachdem der Atatürk-Damm fertiggestellt worden war, "einigten sich Syrien und der Irak über eine Aufteilung des die türkische Grenze überschreitenden Wassers im Verhältnis 42:58" (STRUCK 2002: 136). Nur ein Jahr später kam es zu einer extremen Dürre, während der der Abfluss des Euphrat statt den durchschnittlichen 900 m<sup>3</sup> nur 199 m<sup>3</sup>/s betrug. Obwohl die Türkei dazu gezwungen war, Wasser aus den Talsperren Karakaya und Keban abzulassen um weiterhin die zugesagten 500 m<sup>3</sup>/s weiterzuleiten, hielt sie sich an das Abkommen und verzögerte dadurch die Füllung des Atatürk-Reservoirs um ein Jahr (MUTLU 1996: 79). Dank der Staudämme konnte die Dürre in den Anrainerstaaten gut überstanden werden (BRAUER 2001: 191). Allerdings kam es zu dieser Zeit zum Bruch zwischen Türkei und Irak, denn während der Golfkrise in den Jahren 1990-91 unterstützte die Türkei die Interventionspolitik der USA bedingungslos und rückte "von der traditionellen Politik der gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit dem Irak ab" (AKKAYA et al. 1998: 123), indem sie zuließ, dass Kampfflugzeuge von ihrem Staatsgebiet aus Ziele im Irak angriffen (SOFFER 1999: 111).

1993 berieten die Regierungen auf höchster politischer Ebene über die Wasserfrage. Die Türkei betonte ihre Souveränität über die Nutzung des Wassers, das von ihrem Territorium aus Richtung Unterlieger fließt und erwies sich als wenig kompromissbereit, da die Flüsse auf ihrem Staatsgebiet entspringen und sie die Ansicht vertrat, deswegen ein Anrecht auf das Wasser zu haben (SOFFER 1999: 112). Sie erkannte aber auch an, den Unterliegern gegenüber verpflichtet zu sein, wenngleich sie auf der vertraglich festgelegten Wassermenge von 500 m<sup>3</sup>/s weiterhin bestand, obwohl der Irak nach der Vollendung des Atatürk-Dammes deutlich mehr einforderte und 700 m<sup>3</sup>/s verlangte (STRUCK 2002: 136). Eines der größten Probleme ist, dass die durch Syrien und Irak eingeforderte Wassermenge das tatsächliche Wasserpotential der Flüsse um mehr als 27% übersteigt. Abbildung 7 zeigt die eingeforderte Wassermenge durch die Staaten und das tatsächliche Wasserpotenzial der Flüsse. Die Türkei hat einen Bedarf von 25,3 Mrd. m<sup>3</sup> insgesamt genannt. Das entspricht 30% des Gesamtpotenzials. "Syrien fordert nur einen Anteil von 16,5%, während der Irak 80,7% des Wassers beider Flüsse für sich in Anspruch nehmen will" (STRUCK 2002: 141). Alle drei Staaten sind sich trotz der Unstimmigkeiten einig darüber, dass jeder Anrainer eine optimale Nutzung der ihm zur Verfügung stehenden Wassermenge anstrebt (STRUCK 2002: 137).

## WASSERPOTENZIAL UND -FORDERUNGEN DER ANRAINERSTAATEN IM VERGLEICH



**Abb. 7: Wasserpotenzial der Flüsse und Wasserforderungen der Anrainerstaaten.**  
 Quelle: Eigene Abbildung.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Golfkrieges änderte sich die geopolitische Situation der Türkei im Nahen Osten und sie strebte eine bedeutendere Rolle in Zentralasien und dem Kaukasus an (DEMIRBAŞ 2002: 1877). Nach dem Ende des Kalten Krieges öffnete der damalige Ministerpräsident der Türkei, Turgut Özal, die türkische Wirtschaft daher für die Länder des Nahen Ostens (KRAMER 2011: 54). Allerdings war das Verhältnis der Türkei zu ihren Nachbarn Ende der 1990er Jahre sehr angespannt, da sie 1996 ein Bündnis mit dem militärisch starken Israel schloss, das der Stärkung ihrer eigenen Position diene. Dadurch verschlechterten sich die internationalen Beziehungen zu einigen islamischen Staaten sehr, besonders Syrien und Libyen (AKKAYA et al. 1998: 122). Aus arabischer und iranischer Sicht wurde das Bündnis zwischen Israel und der Türkei als gegen sie

gerichtet empfunden, besonders weil das Territorium des Bündnispartners militärisch genutzt werden durfte und "militärische und geheimdienstliche Informationen, Erfahrungen und Personal" (ÖZTÜRK 2012: 396) ausgetauscht wurden. Die anhaltenden Konflikte zwischen den Anrainerstaaten hielten die Entwicklung des GAP enorm auf, denn sie verhinderten die Entwicklung eines sicheren Klimas in der GAP-Region, wodurch sich keine Unternehmen dort ansiedeln wollten. Dies galt besonders für die Zeit, in der Syrien die PKK massiv unterstützte und Öcalan über 20 Jahre hinweg Asyl bot (CORNELL 2001: 41). Besonders in den 1990er Jahren spitzte sich die Situation zwischen Syrien und der Türkei deswegen enorm zu.

Nach dem Bündnis mit Israel 1996 und der intensiven militärischen Zusammenarbeit der beiden Staaten sah sich die Türkei 1998 dazu in der Lage, Syrien aufgrund deren intensiven Unterstützung für die PKK indirekt mit Krieg zu drohen: Der damalige türkische Premierminister Demirel bezeichnete die Krise als "a situation of undeclared war between Turkey and Syria" (OLSON 2001: 105) und die Türkei entsandte Kampftruppen an die syrische Grenze. Syrien äußerte seinerseits die Absicht, sich im Falle eines Angriffs verteidigen zu wollen. Mithilfe der Vermittlungsbemühungen des damaligen autokratischen ägyptischen Staatsoberhauptes Husni Mubarak und des einstigen Außenministers des Iran, Kamal Kharazi, einigten sich die Türkei und Syrien darauf, dass Syrien seine Unterstützung für die PKK aufgeben und Öcalan des Landes verweisen würde. Öcalan wurde daraufhin im Februar 1999 in Nairobi festgenommen (OLSON 2001: 108). Damit gab Syrien gezwungenermaßen seinen einzigen Trumpf aus der Hand, denn ohne die Möglichkeit, die PKK als Instrument gegen die Türkei zu nutzen, konnte sie weniger Druck ausüben, um den Ausbau des GAP zu verzögern oder eine größere Wassermenge einzufordern.

Das Konfliktpotential um Wasser zwischen den Anrainerstaaten war in den 1990er Jahren auch deshalb so hoch, weil manche Staaten sich militärisch ebenbürtig waren, wie bspw. der Irak und Syrien, die sich das Wasser des Tigris teilen. Durch die Ebenbürtigkeit konnten sie sich Abkommen über die Wassernutzung nicht gegenseitig aufzwingen (SOFFER 1999: 16). Dies galt nicht für die Türkei, die durch die NATO-Mitgliedschaft und die USA im Rücken ein geringeres Risiko trug, offen durch Syrien oder den Irak angegriffen zu werden, weswegen diese zur Instabilität der Türkei beitrugen, indem sie den Terrorismus der PKK unterstützten.

Die Natur des Wasserkonfliktes zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak ist also nicht zu verstehen, wenn man nicht den Kurdenkonflikt oder den Golfkrieg der 1990er Jahre mit nachfolgender Besetzung des Irak durch die USA mit einbezieht. Diese geopolitischen Verhältnisse haben die Möglichkeiten für den Ausbau des GAP durch die Türkei ganz klar beeinflusst. Es ist die Frage, ob die Türkei so unbedarft hätte vorgehen können, wenn es den Iran-

Irak-Krieg oder den Zweiten Golfkrieg, bzw. die Spannungen zwischen den Bündnispartnern der Türkei und dem Irak nicht gegeben hätte (HARRIS 2005: 271).

#### **5.3.4 Analyse des Verhältnisses von 2000 bis zum Arabischen Frühling**

Nach der Verhaftung Öcalans und dem Waffenstillstand mit der PKK 1999 entspannte sich die Lage in der Türkei. Mit dem Regierungswechsel veränderte sich ihre Außenpolitik sehr stark, denn die AKP rückte von der bisherigen Isolationspolitik ab und öffnete sich verstärkt für die Länder des Nahen Ostens. Besonders durch den Irak-Krieg 2003 kam es zu großen Veränderungen, denn die Türkei weigerte sich, ihre Bündnispartnerin USA zu unterstützen: Die Türkei akzeptiert zwar keinen gewalttätigen und radikalen Islam, aber sie weigerte sich auf Druck der türkischen Öffentlichkeit im Frühjahr 2003 in den Irak einzumarschieren, obwohl die USA um Unterstützung für ihren Einmarsch gebeten hatten. Dies dämpfte die internationalen Beziehungen zwischen den USA und der Türkei erheblich, aber es brachte Ankara erstmals den Respekt seiner arabischen Nachbarländer ein, die dadurch erkannten, dass die Türkei kein willensloser 'Diener' der amerikanischen Nahostpolitik mehr war. Die Zeiten, in denen sie als 'verlängerter Arm des Westens' gesehen wurden, waren vorbei und sie präsentierte sich als eigenständige Akteurin mit eigenen regionalpolitischen Interessen.

Der Dritte Golfkrieg brachte die Herrschaft von Saddam Hussein zu einem Ende und "die zunehmende Delegitimierung der USA als Besatzungsmacht [führte zum] Aufstieg der Islamischen Republik Iran. Sie wurde zur neuen, einflussreichen Akteurin im Irak und [...] auch im weiteren arabischen Raum" (FÜRTIG et al. 2012: 61), da sie Syrien als Bündnispartner hatte und Kontakte zur palästinensischen Hamas und der libanesischen Hisbollah pflegte. Arabische Beobachter sahen Iran daher als Gewinner der geopolitischen Veränderungen im Nahen Osten durch den Irakkrieg von 2003, denn mit "dem Sturz Saddam Husseins und der Taliban in Afghanistan wurden gefährliche Gegner Irans entmachtet" (PERTHES 2009: 5).

Auch für die Türkei war eine Stabilisierung des Irak sehr wichtig, denn nach dem Irakkrieg wollte die Türkei verhindern, dass die Autonomiebestrebungen der Kurden im Nordirak auf die eigene kurdische Bevölkerung übergriffen. Sie unterstützte deshalb "die Bestrebungen der irakischen Zentralregierung in Bagdad zur Wahrung der nationalen Integrität Iraks" (KRAMER 2011: 56). Mit dem Abzug der US-amerikanischen Truppen bemühte sich die türkische Regierung aus diesen Sicherheitsinteressen heraus um gute Beziehungen zur Kurdischen Regionalregierung des Nordirak. In diesem Zuge kam es zu "einer erheblichen Ausweitung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen, die die Türkei zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor im Nordirak machte [und es kam auch] zur Schwächung der Position der PKK" (KRAMER 2011: 57) in den nordirakischen Kandil-Bergen.

Als Folge der neuen Sicherheitslage in der Region nach dem Dritten Golfkrieg bemühte sich Ankara zunehmend um wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit ihren Nachbarländern Syrien und dem Nordirak, arbeitete energiepolitisch mit dem regionalpolitisch damals bedeutsamen Iran zusammen und pflegte wirtschaftliche Kontakte mit den Golfstaaten und Saudi-Arabien (ÖZTÜRK 2012: 395 f). Im Zuge dieser Öffnung bot die Türkei an, über sogenannte 'Friedenspipelines' Wasser aus den Flüssen Ceyhan und Seyhan außerhalb der GAP-Region nach Israel, die Vereinigten Emirate und Saudi-Arabien zu liefern, um "die dort bestehenden Wasserkonflikte zu entschärfen und die friedliche Kooperation aller betroffenen Länder zu fördern" (STRUCK 2002: 143), dies stieß aber nicht auf Gegenliebe, da die betroffenen Staaten eine Abhängigkeit von der Türkei in Wasserfragen vermeiden wollten. Die Türkei exportiert aber dennoch schon länger Wasser: so versorgte sie über Jahre hinweg Israel und Zypern über Tankschiffe und "mit Hilfe von Wassersäcken [aus Polyurethan], die von Schiffen durch die Meeresoberfläche geschleppt werden. Ein Wassersack fasst bis zu 35.000 t Wasser. Das Fassungsvermögen soll auf 50.000 t pro Sack erweitert werden" (HOPP 2004: 82). Das Wasser verliert bei langen Schleppzeiten zwar an Qualität, kann aber noch für die landwirtschaftliche Bewässerung und industrielle Zwecke Verwendung finden (Ibid).

Mit ihren direkten Anrainern hält sich die Kooperation in Wasserfragen aber dennoch in Grenzen. Schon 1987 gab es eine Studie vom CSIS (Center for Strategic and International Studies) in Washington, laut der "nach der Vollendung von GAP Syrien mit 1 Milliarde Kubikmetern Euphratwasser im Jahr und der Irak mit höchstens 11 Milliarden auskommen muss" (ŞAHİN 1999: 177). 2009 kam es zu Spannungen zwischen der Türkei und dem Irak, als er von akutem Wassermangel betroffen war und sich genau das bewahrheitete. Das irakische Parlament forderte seine Regierung dazu auf, einen größeren Wasseranspruch bei der Türkei durchzusetzen, nachdem die Wasservorräte des Frühlings nur 11 Mrd. m<sup>3</sup> betragen. Drei Jahre zuvor standen im Frühjahr noch 40 Mrd. m<sup>3</sup> zur Verfügung. Irakische Experten behaupteten, dass die Wasserknappheit durch die Türkei verursacht worden sei, weil diese neu erbaute Staudammbecken fülle, da ihrer Ansicht nach nicht weniger Niederschlag gefallen sei als sonst. Die geringe Wassermenge, die den Irak erreichte, sorgte für ökologische Probleme: "The shortage of water in Iraq is leading to environmental disaster (including a draining and salination of the marshes in the south of the country) and displacement of its peasant population" (JONGERDEN 2010: 138). Bei Wassermangel kann es im Irak besonders im Delta "zu einer Versalzung der Felder [kommen] und damit fruchtbare Böden auf lange Sicht vernichten. Für den Irak ist das Wasser des Euphrat und des Tigris faktisch die einzige Bewässerungsquelle. Es regnet kaum und die vorhandenen Grundwasserspeicher sind weitgehend versalzen" (ŞAHİN 1999: 184).

2009 wurde deshalb am 3. September in Ankara eine Krisensitzung abgehalten, an der alle drei Anrainerstaaten teilnahmen, um die Wasserverteilung und die Dürre zu besprechen. Obwohl sich die nachbarschaftlichen Beziehungen seit einiger Zeit verbessert hatten und es auch zwischen Syrien und der Türkei seit 2008 zu einer deutlichen Annäherung gekommen war, kam es zu keinem nennenswerten Durchbruch. Der Irak beklagte eine Massenmigration aus den südlichen Landesteilen, die durch die Dürre und den Wassermangel hervorgerufen worden war und der damalige irakische Minister für Wasserressourcen unter der Maliki-Regierung, Latif Rashid, gab an, dass die Situation im Irak niemals zuvor so ernst gewesen sei. Dennoch lehnte die Türkei sein Ersuchen um mehr Wasser ab. Die Krisensitzung verging und es wurde nichts vereinbart, was zu einer Lösung der Situation geführt hätte. Es gab trotz Dürre keine Erhöhung der Wassermenge für die Unterlieger (JONGERDEN 2010: 139f) und der Irak ist, durch die Kriege gebeutelt, als Akteur zur Zeit kaum in der Lage, Ansprüche diesbezüglich geltend zu machen. Arnon Soffer geht von der Annahme aus, dass die Türkei eines Tages 10-20 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser benötigen wird. Selbst für den Fall, dass sich die schlimmste Dürre wiederholen würde, die die Türkei jemals erlebt hat (in dieser Dürre fiel in der Türkei nur die Hälfte des durchschnittlichen Niederschlags über die Dauer von zwei Jahren), wäre der Wasserbedarf der Türkei gesichert. Für diesen Fall würde Syrien von den gigantischen Wasserreservoirs der Türkei evtl. profitieren können und zwei bis drei Jahre zurechtkommen, doch für den Irak wären die Folgen katastrophal, der bereits im zweiten Jahr zu erwarten hätte, dass das Wasser des Euphrat ihn nicht mehr erreicht (SOFFER 1999: 115). Der zunehmende Wasserbedarf der Anrainer regt zum Zweifeln an, ob die existierenden Vereinbarungen zur Wasseraufteilung, die über das Euphrat-Tigris-System getroffen worden sind, in Zukunft so beibehalten werden können (SWAIN 2001: 773). Zwischen 2020 und 2030 wird damit gerechnet, dass der Wassermangel in der Region zu ernsthaften Problemen führen wird und die existierenden Wasserreservoirs können zwar saisonale Krisen überbrücken, aber sie können nicht dauerhafte Wasserdefizite auffangen (SOFFER 1999: 105). Dies ist besonders im Hinblick auf die bereits erwähnten Veränderungen in der Wassermenge durch den Klimawandel zu bedenken.

Nach dem Dritten Golfkrieg im Jahr 2003 folgten der Libanon-Krieg 2006 und der Gaza-Krieg 2008. Der schwindende Einfluss der USA und ihr Rückzug aus der Politik der Region sowie diese drei Kriege "führten nach 2005/06 zu einer Erstarkung regionalpolitischer Akteure" (FÜRTIG et al. 2012: 61). Außer dem Iran handelte es sich dabei um die Türkei und das Golfemirat Katar. Unter der AKP-Regierung "konnte die Türkei ihren diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss im Nahen Osten deutlich ausweiten" (FÜRTIG et al. 2012: 61 ff). Im Zuge der "Null-Problem-Politik" wurden die Beziehungen zu den Nachbarländern Syrien, Libanon und Iran erheblich verbessert. Anfangs verbesserten sich auch die Beziehungen zu

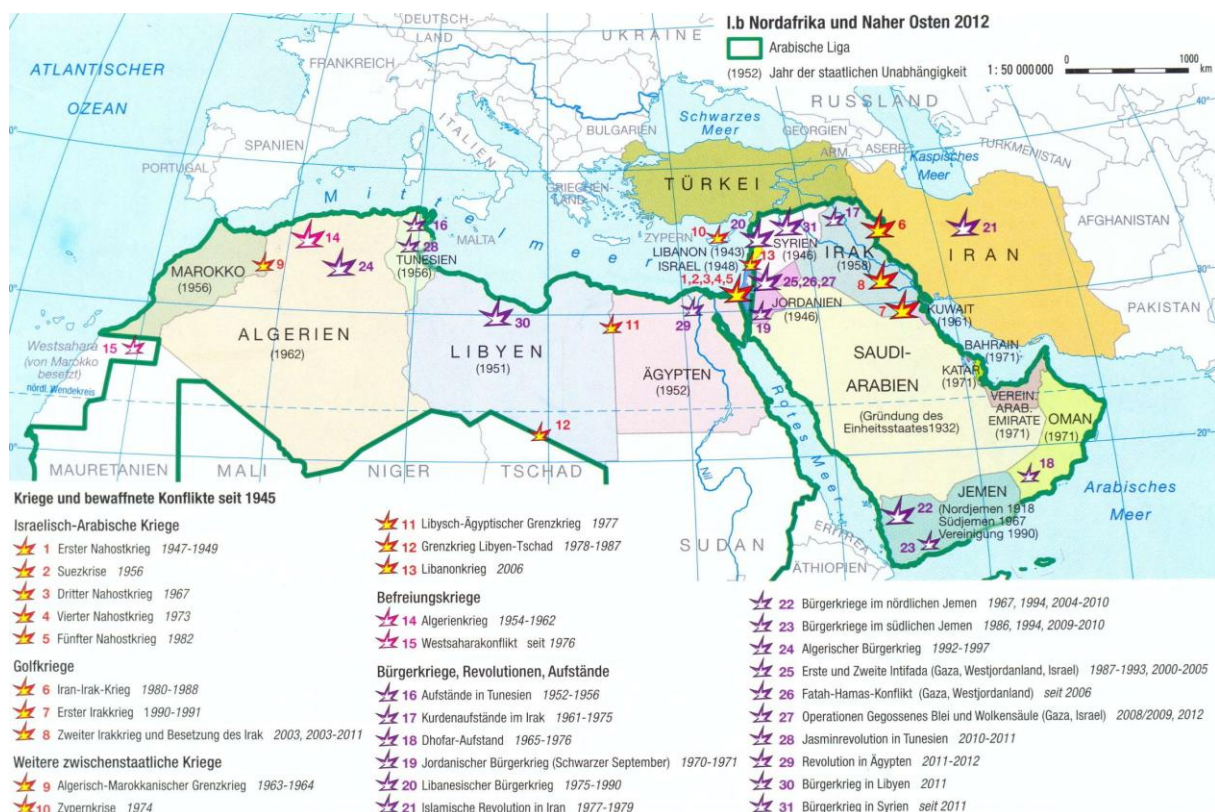
Israel, aber "nachdem Israel im Januar 2009 das Hamas-Regime im Gazastreifen angriff, änderte sich die Stimmung in der Türkei [und seitdem] zählt die AKP-Regierung zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik und wird von Jerusalem der Lager der Feinde Israels zugerechnet" (KRAMER 2011: 57). Auch die 'Mavi Marmara-Krise' 2010, als "Schiffe [einer Hilfsflotte] von der Türkei aus Gaza ansteuernden und durch das israelische Militär gewaltsam gestoppt wurden, brachte ihr in der Folge große Sympathien in der arabischen Bevölkerung ein" (FÜRTIG et al. 2012: 63). In mehreren arabischen Staaten ergaben unabhängige Umfragen im Jahr 2010, dass die Türkei nicht nur für zwei Drittel der Befragten ein Vorbild für ihre eigenen Länder ist, sondern 80% waren ihr gegenüber auch sehr positiv eingestellt. Dieser Erfolg lässt sich dadurch erklären, dass es der Türkei nicht nur gelungen ist, den Islam mit gesellschaftlichen Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Säkularismus zu vereinen, sondern sie hat auch ein großes Wirtschaftswachstum vorzuweisen und kann mit ihren demokratischen Strukturen innerhalb einer Region bestehen, die von autoritären Systemen geprägt ist (KRAMER 2011: 28). Besonders seit Außenminister Ahmed Davutoğlu 2009 sein Amt angetreten hat, kam es außenpolitisch zu einer Öffnung und Neuorientierung in alle Richtungen, auch nach Süden und Osten. Er verfolgt das Konzept der "Strategischen Tiefe", dem zufolge die Türkei ein Land mit einer "[multiplen] Identität als europäisches, asiatisches und nah-/mittelöstliches Land mit zentralasiatischen und afrikanischen Einsprengseln [ist und daher außenpolitisch] auch keine absoluten Vorzugspartner mehr [hat], ohne aber deswegen bestehende Beziehungen in Frage zu stellen" (KRAMER 2011: 55). Nachdem die EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei in den letzten Jahren zäh verlaufen sind und seit Sommer 2013 pausieren, tritt "das Interesse an einem EU-Beitritt [zunehmend] in den Hintergrund" (DIETERT 2012: 474) und die langjährig vorherrschende Orientierung des Landes in Richtung der westlichen Staaten nimmt ab. Die Absicht der Türkei, in der Region des Nahen Ostens außenpolitisch eine bedeutendere Rolle zu spielen bringt mit sich, dass sie "in der Außenpolitik eine von den USA und Europa unabhängigere Position" (DIETERT 2012: 474) anstreben muss.

Nach FÜRTIG et al. entwickelte sich Ende der 2000er Jahre in der Region des Nahen Ostens ein "Neuer Arabischer Kalter Krieg" (2012: 63) mit zwei Lagern. So gab es die eher pro-westlichen Staaten wie Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien, denen anti-westlich eingestellte Staaten wie Syrien und Iran entgegenstanden. Länder wie die Türkei oder Katar nahmen eine Mittelposition ein (FÜRTIG et al. 2012: 63).



### 5.3.5 Aktuelle machtpolitische Verhältnisse im Nahen Osten

Während Ende der 2000er Jahre die Regionalpolitik noch von einer deutlichen Lagerbildung in pro-westlich und anti-westlich geprägt war, änderte sich das durch den 'Arabischen Frühling', der die alte Polarisierung beendete. Durch ihn wurde die regionale Ordnung im Nahen Osten neu gestaltet (siehe Abb. 8), denn der "Sturz der Präsidenten in Tunesien und Ägypten, die Bürgerkriege in Libyen und Syrien, aber auch das Überleben der Golfmonarchien haben [...] neue Dynamiken hervorgebracht" (FÜRTIG et al. 2012: 76). Während Katar und die Türkei gestärkt erschienen, sind Iran und Israel als regionalpolitische Verlierer der Umbrüche durch den 'Arabischen Frühling' zu sehen. Das Bestehen der konservativen Golfmonarchien, die langjährige Rivalen des Iran sind, hat eine Schwächung des Iran im Nahen Osten zur Folge, die durch die derzeitigen Geschehnisse in Syrien verstärkt wird. Syrien, einst Irans wichtigster arabischer Partner seit Anfang der 1980er Jahre, fällt durch die "Bürgerkriegssituation auf absehbare Zeit als eigenständiger Akteur in der Regionalpolitik aus" (FÜRTIG et al. 2012: 76).



**Abb. 8: Politische Situation und Konflikte im Nahen Osten bis 2012.**

Quelle: FÜRTIG et al. 2012

Das Ansehen von Erdoğan und der Türkei ist in der arabischen Region weiterhin sehr gestiegen und für viele Staaten wurde die Türkei in den letzten Jahren zu einem Vorbild. Da die Türkei "ihre Beziehungen hauptsächlich zu den autokratischen Führungen der arabischen Staaten gepflogen" (KRAMER 2011: 57) hatte, die durch die Umbrüche des 'Arabischen Früh-



lings' aus ihren Ämtern gejagt wurden, brauchte die Türkei eine Weile, um ihre Außenpolitik an die Veränderungen anzupassen. Sie fand "zu einer Haltung, der zufolge in allen Ländern der Wille des Volkes zur Leitschnur für die politische Neugestaltung gemacht werden soll" (KRÄMER 2011: 57). Aus diesem Grund übte die Türkei auch massive Kritik am syrischen Staatschef Baschar al-Assad, als er mit großer Brutalität gegen die Protestbewegung in seinem Land vorging und verpasste den bis dato guten Beziehungen zur syrischen Regierung, die sich seit 2008 herausgebildet hatten, einen Dämpfer (KRÄMER 2011: 57 f).

Einige islamistische Parteien, wie bspw. die marokkanische PJD, die ägyptischen Muslimbrüder oder auch die tunesische Ennahda, "die in verschiedenen arabischen Ländern Ende 2011 und Anfang 2012 die Parlamentswahlen gewannen, stilisierten die Türkei zum Vorbild: [Sie] sahen in der türkischen Kombination aus Islam, Demokratie und Wirtschaftswachstum nachahmenswerte Aspekte" (FÜRTIG et al. 2012: 76). Wenn die Türkei weiterhin ein positives Vorbild für viele der Länder, in denen es gerade zu politischen Umbrüchen kommt, bleiben möchte, ist es für sie allerdings wichtig, dass sich die Lage in Syrien stabilisiert. Die Eskalation der Konflikte dort wirkt sich aufgrund des Kurdenkonfliktes auch destabilisierend auf die Türkei aus und könnte sogar "ihre neu gewonnene regionale Führungsrolle gefährden" (FÜRTIG et al. 2012: 76). Da die USA 2011 ihre Streitkräfte aus dem Irak abgezogen haben, soll die Türkei jetzt "dazu beitragen, den Irak zu stabilisieren. Dazu ist sie nur gemeinsam mit den Kurden des Irak in der Lage" (SEUFERT 2012: 245). Um dies bewerkstelligen zu können, muss sie aber erst mit der kurdischen Bevölkerung im eigenen Land besser zurechtkommen. Wenn sie eine größere Rolle im Nahen Osten spielen möchte, muss es daher für die Türkei zur Priorität werden, die Kurdenfrage friedlich zu lösen (SEUFERT 2012: 245).

### **5.3.6 Bewertung der Wahrscheinlichkeit eines Wasserkrieges zwischen den Anrainerstaaten**

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Gesamtsituation im Nahen Osten stellt sich die Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines Wasserkrieges zwischen den Flussanrainern von Euphrat und Tigris. Ismail Serageldin prognostizierte 1995, dass die Kriege der Zukunft um den Zugang zu Wasser ausgetragen werden (SHIVA 2003: 13). Besonders häufig wird das Wasser internationaler Flüsse diskutiert, denn weltweit erstrecken sich 245 Flussbecken über die Staatsgebiete von mindestens zwei oder mehr Staaten. Sowohl Politiker, als auch die Medien scheinen der Überzeugung zu sein, dass zunehmende Wasserknappheit kombiniert mit starkem Bevölkerungswachstum und politischer Instabilität besonders im Nahen Osten das Öl als Kriegsursache ablösen wird (SWAIN 2001: 769 f). Dieses Kapitel soll zeigen, dass ein Kriegsausbruch zwischen den Anrainerstaaten im Euphrat-Tigris-Becken aufgrund

von Wasser unwahrscheinlich ist. Es soll allerdings auch verdeutlichen, dass die Gefahr besteht, dass die Türkei aufgrund des Bürgerkrieges in Syrien durch ein Wiederaufleben der Terroranschläge der PKK und das Autonomiebestreben der Kurden in Syrien und des Nordirak von innen heraus destabilisiert wird, obgleich die Wahrscheinlichkeit hierfür inzwischen gering ist.

Wasserkonflikte handeln sich in aller Regel um drei Aspekte, nämlich Quantität, Qualität und Kontrolle von Wasser. Auch im Euphrat-Tigris-Becken geht es vor allem um Aspekte der Wassermenge, denn da Wasser nicht ohne weiteres durch etwas anderes substituiert werden kann, ist das Problem einer zu geringen Wassermenge durchaus ein ernstes. Es ist daher meist der Aspekt der Quantität, der bestehende Abkommen gefährdet (SWAIN 2001: 771). Obwohl allgemein eine große Einigkeit darüber zu herrschen scheint, dass die gemeinsame Nutzung von Flusswasser durch mehrere Staaten gefährlich ist und militärische Konflikte heraufbeschwört, so gibt es nur sehr wenige empirische Studien, die diesen weitdiskutierten Zusammenhang tatsächlich untersucht haben (HENSEL et al. 2006: 387).

Nach einem Aufsatz von GIZELIS und WOODEN in der Zeitschrift *Political Geography* ist dieser Zusammenhang - obgleich viel diskutiert - jedoch nach wie vor unklar (2010: 444). Obwohl man davon ausgehen kann, dass die ungleiche Verteilung und Knappheit von Ressourcen Auseinandersetzungen hervorrufen kann, betonen sie, dass beispielsweise in Regionen, in denen Wasser knapp ist, nicht zwangsläufig ein Konflikt ausbricht. Sie sind nach der Auswertung von Daten aus 98 Ländern über den Zeitraum von 1981 bis 2000 der Überzeugung, dass letztendlich entscheidend ist, wie Regierungen mit dem durch strukturelle und natürliche Ressourcenknappheit entstehenden Druck umgehen (GIZELIS & WOODEN 2010: 445 ff). Häufig spricht ein Konfliktausbruch für die Ineffektivität eines politischen Systems. Hier lässt sich nicht pauschalisierend sagen, dass demokratische Regierungen mit guter Regierungsführung gleichzusetzen sind: "[Very] autocratic regimes often have high levels of institutional capacity, and may be able to distribute public goods more efficiently than weak democratic political systems (e.g. Singapore and China)" (GIZELIS & WOODEN 2010: 446). Obwohl es hocheffektive autokratische Systeme gibt, ist es normalerweise dennoch der Fall, dass Demokratien die reaktionsfähigeren und besseren Regierungsmethoden aufweisen, besonders wenn es darum geht, Grundbedürfnisse ihrer Wählerschaft abzudecken. Da Demokratien mit öffentlichen Anliegen besser umgehen als Autokratien und die Bevölkerung mehr Vertrauen in die Ansprechbarkeit der Regierung in eigenen Belangen entwickelt, sind sie in der Regel besser geeignet, um den Ausbruch ressourcenbedingter Konflikte zu verhindern. Auch für den Fall, dass die Forderungen der Bevölkerung nicht zu ihrer Befriedigung durch die Regierung erfüllt werden können, so ist bereits die Möglichkeit der Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen sehr hilfreich, da sie es der Regierung ermöglicht, Konfliktursachen sehr frühzeitig

zu erkennen und zu beheben. Da in Autokratien die Bevölkerung zumeist nicht die Möglichkeit zu einer politischen Stellungnahme hat, schwelt Unzufriedenheit lange unbemerkt vor sich hin und das Ungerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung ist gesteigert. Man kann daher die Aussage treffen, dass die Regierungsform durchaus eine Rolle spielt, wenn es um die Verhinderung von ressourcenbedingten Konflikten geht, denn auch wenn Demokratien nicht zwangsläufig effektiver im Umgang mit Wasserressourcen sind, so sind sie doch deutlich besser im Umgang mit (landes-)internen Schwierigkeiten (GIZELIS & WOODEN 2010: 446). Es lässt sich also festhalten, dass allein der Umstand, dass eine Ressource wie Wasser knapp ist, nicht zwangsläufig zu Konflikten führen muss. HENSEL et al. fanden heraus, dass Abkommen über die Wassernutzung internationaler Flüsse häufiger zwischen demokratischen Staaten abgeschlossen werden (2006: 390).

Um die Lage zu beurteilen ist es aber auch wichtig, zu bedenken, dass die existierenden Studien vor allem den Zusammenhang zwischen Wasserknappheit und militärischen Konfliktausbrüchen untersucht haben, und nicht den Zusammenhang zwischen Wasserknappheit und deren Effekt auf friedliches Konfliktmanagement. Friedliche Einigungen strittiger Angelegenheiten treten häufig gemeinsam mit militärischen 'Hilfsmitteln' auf; es kommt also häufig zu einer Kombination friedlicher als auch militärischer Strategien, um zu einer Konfliktlösung zu gelangen. Darüber hinaus gibt es viele Unstimmigkeiten, die gänzlich ohne den Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden. Sofern aber nur die Fälle aufgelistet werden, in denen es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen oder einer Androhung derselben kommt, dann folgt daraus eine eingeschränkte Kenntnis der Gesamtsituation, weil friedliche Vereinbarungen nicht berücksichtigt werden. HENSEL et al. untersuchten deshalb das Auftreten sowohl militärischer als auch friedlicher Strategien und deren Effektivität in Konflikten um knappe Flusswasserressourcen (2006: 387). Sie erkannten auch die Problematik, die Ursache einer Streitigkeit zwischen Staaten zu bestimmen, denn militärische Auseinandersetzungen können aus einer Vielzahl von Gründen zustande kommen. Nur weil es zwischen einem Konflikt zwischen Staaten und auftretender Wasserknappheit eine Korrelation gibt, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass die Wasserknappheit der direkte Auslöser für den Konflikt war, sondern es könnte auch bedeuten, dass sie lediglich einen indirekten Einfluss hatte. Das ICOW-Projekt versucht, diese Besonderheiten zu berücksichtigen, um sowohl friedfertige, als auch gewaltsame Versuche des Konfliktmanagements vergleichen zu können. Es wurden Daten zahlreicher Flüsse aus dem Zeitraum von 1900 bis 2001 gesammelt. HENSEL et al. kamen zu dem Ergebnis, dass es im Nahen Osten über diesen Zeitraum hinweg 47 mal Forderungen bezüglich Flusswassers durch Staaten und 64 friedliche Versuche gab, den Abschluss eines Abkommens zu erzielen (2006: 397 f). In diesem Zeitraum kam es im Vergleich mit der Anzahl an Anspruchsbekundungen jedoch ausgesprochen selten zu militärischen Konflikten

zwischen Flussanrainern. Im Nahen Osten kam es diesbezüglich insgesamt zwölf Mal zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten, bei denen es aber zumeist nicht um Wasserknappheit, sondern um Schifffahrt ging. Im Einzugsgebiet von Euphrat und Tigris kam es zweimal zu militärischen Konflikten zwischen der Türkei und Syrien, die auch mit Wasserfragen in Verbindung standen, und achtmal kam es zu Streitigkeiten zwischen Iran und Irak wegen des Shatt al-Arab. Bei letzterem ging es nicht um Wasserknappheit und Ansprüche auf die Wassermenge, sondern um Schifffahrtsrechte (HENSEL et al. 2006: 408). Daraus lässt sich schließen, dass der Zusammenhang von Wasserknappheit und dem Ausbruch von Konflikten definitiv überwertet wird: "[It] is clear that fewer river claims lead to militarized activity than is popularly believed" (HENSEL et al. 2006: 407). Allerdings erhöht sich das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung, sobald Forderungen über Flusswasser durch territoriale Gebietsforderungen ergänzt werden: "[Militarized] conflict is most likely when a river claim overlaps with a territorial claim between the same adversaries. [...] Adding a territorial claims variable to our analysis of militarized conflict produces a highly significant increase in the likelihood of conflict" (HENSEL et al. 2006: 408).

Bezogen auf die Anrainerstaaten an Euphrat und Tigris lässt sich sagen, dass die Konfliktausbrüche der Vergangenheit zwischen Syrien und der Türkei indirekt mit Wasser und dem Südostanatolien-Projekt zu tun hatten, aber das Konfliktpotenzial vor allem durch Syriens Gebietsanspruch auf die Provinz Hatay zustande kam. Auch die Kriegsandrohung der Türkei im Jahre 1998 wurde nur indirekt durch das GAP ausgelöst, denn sie wollte damit der langjährigen Unterstützung Syriens für die PKK ein Ende setzen. Diese hatte die PKK wegen der Erbauung des GAP und der Gebietsforderungen um Hatay unterstützt. Auseinandersetzungen aufgrund von Schifffahrtsrechten sind an Euphrat und Tigris aufgrund der eingeschränkten Befahrbarkeit der Flüsse unwahrscheinlich.

Auch das Kräfteverhältnis der Anrainerstaaten spielt eine große Rolle. Wenn der Staat am Unterlauf des Flusses mächtiger ist als der Staat am Oberlauf, begünstigt das einen Konfliktausbruch und macht den Einsatz militärischer Gewalt wahrscheinlicher. Dagegen sinkt die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung signifikant, wenn beide Staaten demokratisch sind oder der Zielstaat dem Angreifer deutlich überlegen ist (HENSEL et al. 2006: 391). Die Türkei ist den beiden Staaten am Unterlauf bereits seit ihrem Bündnis mit den USA deutlich überlegen und dies wurde durch ihre NATO-Mitgliedschaft noch verstärkt. Seit dem Dritten Golfkrieg ist der Irak nicht mehr in der Position, der Türkei effektiv zu drohen. Durch den Bürgerkrieg ist auch Syrien seit 2011 kein ernstzunehmender Gegner mehr und dies schwächt auch den Iran in seiner Position, der Syriens Bündnispartner ist. Zur Zeit geht von den Staaten am Unterlauf von Euphrat und Tigris also wenig Bedrohung aus und ein Konfliktausbruch im Sinne eines zwischenstaatlichen Krieges ist aus diesem Grund sehr

unwahrscheinlich. Allerdings könnte ein weiterer innerstaatlicher Konflikt in der Türkei drohen, falls die Unruhen in Syrien anhalten. Es ist für die Türkei sehr wichtig, dass sich die Lage in Syrien stabilisiert, denn ein "zusammenhängendes kurdisches Autonomiegebiet im Irak und in Syrien könnte in greifbare Nähe rücken, sollte es den Kurden in Syrien gelingen, sich vom politischen Einfluss in Damaskus zu lösen" (JAEGER & TOPHOVEN 2013: 27). Dies könnte ein Wiederaufleben der Unruhen in Südostanatolien zur Folge haben und der türkischen Regierung liegt viel daran, das zu verhindern. Aus diesem Grund unterstützt sie die Freie Syrische Armee (FSA) und bietet ihren Kämpfern einen Rückzugsort. Dadurch bekommt der Konflikt in Syrien den Charakter eines Stellvertreterkrieges, denn während "Russland und China das Assad-Regime [unterstützen,] erhalten die syrische Opposition und die Rebellen von [...] den USA, den Europäern und der Türkei" (ASSEBURG 2013: 15) und den arabischen Golfstaaten Unterstützung. Dies spricht eher für eine zeitliche Ausdehnung des Bürgerkrieges in Syrien. Die Türkei hatte zu Beginn der Kampfhandlungen in Syrien noch eine deutliche Zunahme an Anschlägen durch die PKK zu verzeichnen, die wieder durch Assad unterstützt wurde und die ankündigte, auf syrischer Seite kämpfen zu wollen (ASSEBURG 2013: 16; JAEGER & TOPHOVEN 2013: 27). Allerdings beruhigte sich die Lage in der Türkei Ende 2012, als Öcalan die PKK aus dem Gefängnis dazu aufrief, Waffenstillstand mit der Türkei zu schließen und sich von türkischem Grund und Boden zurückzuziehen (URAS 2013). Wenn man berücksichtigt, dass innerstaatliche Faktoren, die teilweise nur schwer staatlich beeinflusst werden können, wie bspw. Terroranschläge durch separatistische Gruppierungen wie die PKK, eine so große Rolle spielen, dann ist nachvollziehbar, dass ein Krieg zwischen Staaten nicht das einzige bedrohliche Resultat ist, das - da Staaten nicht die einzigen ausschlaggebenden Akteure sind - durch Uneinigkeiten zwischen rivalisierenden Staaten entstehen kann (HARRIS 2005: 271).

Die Außenpolitik der Türkei hat damit zu kämpfen, dass sie heute "mit fast allen Nachbarn im Streit" (JAEGER & TOPHOVEN 2013: 27) liegt, denn durch ihre Unterstützung der FSA und der offenen Kritik am Assad-Regime seit den Aufständen kam es zu einer Zerrüttung der internationalen Beziehungen zu Syrien und als Folge auch mit dessen Bündnispartner Iran. Auch die Beziehungen zu Russland verschlechterten sich zeitweise, als die Türkei 2012 ein aus Moskau kommendes syrisches Flugzeug zur Landung zwang, weil sie Waffenlieferungen an das Assad-Regime vermutete. Im November 2012 bat die Türkei die NATO um Unterstützung, nachdem sie aus Syrien mit Granaten beschossen worden war, woraufhin Patriot-Abwehrsysteme nahe der syrischen Grenze stationiert wurden (ASSEBURG 2013: 16).

Obwohl ein offener Kriegsausbruch zwischen Syrien und der Türkei höchst unwahrscheinlich ist, da Baschar al-Assad kein Interesse an einer Intervention in Syrien durch die NATO haben dürfte, so war das Risiko einer Destabilisierung der Staaten von innen heraus vorhan-

den, da beide Staaten jeweils die Rebellen im gegnerischen Staat unterstützen. Allerdings hat sich in der Türkei die Lage wieder entspannt und es ist unwahrscheinlich, dass es in Südostanatolien noch einmal zu einer solchen politischen Instabilität kommt wie in den 1990er Jahren. Zum Einen setzt sich die PKK inzwischen aus Splittergruppen zusammen und zum Anderen fordert Öcalan aus dem Gefängnis zu einer Befriedung der Kurdenfrage auf (URAS 2013), was durch seinen noch immer anhaltenden Kultstatus einen großen Einfluss auf die Terrororganisation ausübt. Auch darf nicht vergessen werden, dass sich durch den intensiven Ausbau der Infrastruktur in der GAP-Region ihre Erreichbarkeit für die türkische Regierung deutlich verbessert hat und es inzwischen einfacher geworden ist, die abgechiedene Region zu kontrollieren. Dennoch ist der Ausgang des Bürgerkrieges in Syrien von großer Bedeutung für die Türkei. Falls die Unruhen dem autokratischen Assad-Regime ein Ende setzen, stünde zu befürchten, dass die radikale Dschihadistengruppierung Dschabhat al-Nusra, die in Syrien beheimatet und an den Kämpfen beteiligt ist, die Macht übernehmen würde.

Eine militärische Auseinandersetzung über Fragen der Wasseraufteilung zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak ist aufgrund der regionalpolitischen Gesamtsituation sehr unwahrscheinlich. Davon abgesehen, dass die krisengebeutelten Staaten am Unterlauf der beiden Flüsse derzeit nicht dazu in der Lage wären, durch eine Kriegsandrohung Ansprüche auf Flusswasser geltend zu machen, so gibt die Türkei ihrerseits auch keinen Anlass zu militärischen Auseinandersetzungen, da sie sich schon seit der Einigung über den Euphrat von 1987 ohne Unterbrechung an das Abkommen gehalten hat, 500 m<sup>3</sup>/s an die Unterlieger weiterzuleiten und einen beständigen Wasserfluss garantiert. Die einzige Unterbrechung während der Füllung des Atatürk-Stausees war im Abkommen vertraglich vereinbart. Die Sorge, dass die Türkei den Unterliegern das Wasser 'abdrehen' könnte, ist eher psychologischer Natur und wäre dauerhaft ohnehin nicht zu bewerkstelligen, da sie zu Zwecken der Stromerzeugung für einen gewissen Durchfluss in den Wasserkraftwerken sorgen muss. Auch ist die Speicherkapazität der Stauseen begrenzt und da es in der Region einen großen Wasserüberschuss gibt, müsste sie nach absehbarer Zeit auf jeden Fall Wasser aus den Staubecken ablassen (STRUCK 2002: 137). Zudem darf nicht unterschätzt werden, dass es für die Türkei keinen Sinn machen würde, mutwillig einen Wasserkrieg zu provozieren, indem sie den Abfluss des Euphrat sperrt. Da der Umgang der Türkei mit der Wasserproblematik durch das GAP in der Vergangenheit von der westlichen Staatengemeinschaft bereits kritisch diskutiert wurde, ist es fraglich, ob die NATO sie in einem von ihr provozierten Wasserkrieg unterstützen würde. Ein Bündnisfall mit der westlichen Staatengemeinschaft wäre unter keinen Umständen im Interesse der Türkei (STRUCK 2002: 137). Zudem hat sie einen Ruf zu verlieren und würde durch die Provokation eines Wasserkrieges ihre regionalpolitische Vorbild-

funktion riskieren. Ein Staat kann sich gemäß des Image-Prinzips in Wasserfragen durchaus als kooperativ erweisen, wenn er Wert darauf legt, von den anderen Anrainerstaaten als 'guter Nachbar' angesehen zu werden (SOFFER 1999: 11). Die gutnachbarschaftlichen Beziehungen sind im Falle der ohnehin wasserreichen Türkei, die auch ohne die Erbauung des GAP keine Wasserknappheit zu befürchten gehabt hätte, von wesentlich größerem Interesse als eine Reduzierung der Abflussmenge, da ihr sehr daran gelegen ist, ihre gestärkte Position nach dem Arabischen Frühling und ihren positiven Einfluss auf die Nachbarländer des Nahen Ostens beizubehalten. Aus diesem Blickwinkel betrachtet haben die Wasserreservoirs in der GAP-Region ein großes Potenzial, zum Segen aller Anrainerstaaten zu werden, da sie in einer ariden Region der Erde einen gleichmäßigen Abfluss über das ganze Jahr garantieren können. Im Zuge der zunehmenden Kooperation mit den Nachbarländern im Nahen Osten steht zu erwarten, dass die Türkei sich auch in Phasen der Wasserknappheit zukünftig kooperativer erweisen könnte, wenn sich ein Szenario wie die extreme Dürre 2009 wiederholen würde.

Zum Abschluss soll Erwähnung finden, dass Krieg eine sehr unterschiedliche Bedeutung hat, je nachdem von welchem Standpunkt aus ein Konflikt Beachtung findet und aus welcher sozialen Situation und geographischen Region der Erde man als Beurteilender kommt. Wenn man bedenkt, dass zahlreiche unterschiedliche Standpunkte und Erfahrungen über ein und denselben Konflikt existieren, so ist es fragwürdig, ob man die Thematik sich verändernder Wasserressourcen tatsächlich nur anhand der entgegengesetzten Pole von 'Krieg' und 'Frieden' betrachten sollte. Vielmehr würde es vielleicht Sinn machen, in Konfliktanalysen das veränderliche, komplexe und austauschbare Wechselspiel zwischen konfliktträchtigen und friedfertigen Resultaten zu betonen. Anstatt zu versuchen, einer linearen Kausalität zu folgen, die allein von knappen Wasserressourcen auf einen Konflikt schließt, sollten grundsätzlich in größerem Maße auch sozioökonomische und andere Aspekte mit einfließen, um die Komplexität der mit Wasser zusammenhängenden Interaktionen zwischen Staaten zu erfassen. Statt also danach zu fragen, ob Wasserknappheit in Konflikten resultiert, sollte der Fokus auch darauf gerichtet werden, wie sich die komplexen Beziehungen zwischen veränderlichen Wasserressourcen und soziopolitischen Gegebenheiten aufeinander auswirken (HARRIS 2005: 264 ff).

## **6. DISKUSSION**

Der Klimawandel verändert weltweit die Wasserverfügbarkeit und dies macht sich auch im Nahen Osten durch eine Verknappung der Wasserressourcen bemerkbar. Allerdings wird die allseits befürchtete Wasserkrise primär durch schlechtes Wassermanagement provoziert,

weswegen ein besonnener Umgang mit der Ressource Wasser angestrebt werden sollte. Es ist notwendig, den Wasserverbrauch zu reduzieren und Wasserverschwendung zu vermeiden, denn "[nur] 55 Prozent des entnommenen Wassers wird wirklich verbraucht, der Rest geht durch Versickern, tropfende Hähne, Verdunsten bei der Bewässerung oder durch undichte Stellen in den Verteilungsnetzen verloren" (GRESH et al. 2009: 22). Das Bevölkerungswachstum im Nahen Osten erfordert zukünftig einen umsichtigen Umgang mit der Ressource Wasser, um langfristig eine Produktivitätserhöhung in der Landwirtschaft und somit die Ernährungssicherung der dort lebenden Menschen erzielen zu können, ohne fruchtbares Ackerland wegen Versalzung aufgrund ungeeigneter Bewässerungsmethoden zu verlieren. Nach LOTZE-CAMPEN muss "zunehmende Wasserknappheit [...] nicht notwendigerweise in eine Wasserkrise führen" (2006: 10). Es gibt neben der Ertragssteigerung durch Pflanzenzüchtung weitere Möglichkeiten, um eine Verringerung des Wasserverbrauchs zu bewirken. Da "bis zu 70% des vom Menschen genutzten Wassers" (HAAS 2007: 109) durch landwirtschaftliche Bewässerung verbraucht wird und ein Großteil des Wassers durch ungeeignete Bewässerungsmethoden verloren geht, ist es sinnvoll, mit der Wassereinsparung in diesem Bereich anzusetzen. Einige Länder des Nahen Ostens verschwenden sehr viel Wasser durch Bewässerung, z.B. baut Saudi-Arabien Weizen in der Wüste an, den es günstig importieren könnte, ohne dafür seine kostbaren Wasservorkommen zu verbrauchen. Dasselbe gilt für den Anbau von Orangen in Israel für den Export nach Europa. Es ist fragwürdig, ob der Anbau von bewässerungsintensiven Pflanzen in einer ariden Region wie dem Nahen Osten sinnvoll ist (SWAIN 2001: 779). Es gibt die Möglichkeit, durch den Umstieg auf moderne Bewässerungsmethoden, wie bspw. der Tröpfchenbewässerung, den landwirtschaftlichen Wasserverbrauch erheblich zu reduzieren und die Ertragsfähigkeit der Böden zu erhalten. Allerdings werden dadurch "für die Steigerung der Bewässerungseffizienz erhebliche Investitionen in neue Technik erforderlich. Daneben erhöht sich in der Regel der Energiebedarf für die Bewässerung" (LOTZE-CAMPEN 2006: 11), wodurch sich diese Bewässerungsmethode für weite Teile des Nahen Ostens nicht umsetzen lässt, weil es den Bauern an finanziellen Mitteln fehlt.

Die Entwicklung und der Ausbau von Wasserprojekten zur Optimierung eines Flusseinzugsgebietes erfolgt idealerweise nicht auf Staatenebene, sondern der des gesamten Flussbeckens. Auch der Ausbau von Bewässerungsflächen mit geeigneter Bewässerungstechnik würde im Idealfall auf Beckenebene erfolgen (SWAIN 2001: 777). Diese Form der Kooperation ist leider in der Realität zumeist nicht umsetzbar und im Falle des Euphrat-Tigris-Beckens in Zukunft höchst unwahrscheinlich, da durch die politische Instabilität der Anrainerstaaten am Unterlauf nicht garantiert werden kann, dass ein entsprechendes Abkommen eingehalten werden würde. Bei einer Optimierung auf Beckenebene und der damit verbundenen finanzi-



ellen Investition der Staaten außerhalb des eigenen Territoriums wäre zuverlässige Kooperation zwischen den Anrainerstaaten unbedingt erforderlich. Da Wasser "insbesondere in Konfliktsituationen oft politisch und ideologisch aufgeladen wird [orientieren sich] politische Entscheidungen [häufig] eher an Fragen des politischen Prestiges oder an innenpolitischen Aspekten" (FRÖHLICH 2006: 37) und weniger an einer gemeinsamen rationalen Lösungsfindung mit den Anrainerstaaten. Solange dies der Fall ist und es an politischem Willen mangelt, wird eine Konfliktlösung in Wasserfragen auf Beckenebene erheblich erschwert. Dabei findet der Umstand zu wenig Beachtung, dass lediglich ein sorgsamer Umgang mit Wasserquantität und -qualität am Oberlauf eine Versorgung der Unterlieger mit sauberem Wasser gewährleisten kann. Es könnte das Konfliktpotenzial zwischen Anrainerstaaten verringern, wenn die Unterlieger nicht befürchten müssten, dass das Wasser für die weitere Verwendung zu stark verunreinigt ist.

In der GAP-Region innerhalb der Türkei würde sich durch moderne Bewässerungsmethoden viel Wasser einsparen lassen, welches dann den Unterliegern noch zur Verfügung stünde. YAZAR et al. untersuchten die Möglichkeiten der Tröpfchenbewässerung für den Baumwollanbau in der GAP-Region und stellten fest, dass sich dies unter den ariden Bedingungen in Südostanatolien sehr effektiv verwirklichen lässt. Langfristig würde diese Bewässerungsmethode ökonomische und ackerbauliche Vorteile aufweisen, da die Böden vor Versalzung geschützt werden und dadurch langfristig Erträge abwerfen können. Indem das Wasser direkt an die Wurzeln geleitet wird, kommt es zudem kaum zu Verdunstung. Der Wasserverbrauch ist sehr gering und das Wasser wird höchst effizient genutzt (YAZAR et al. 2002: 189 f). Um dieses Konzept mit größtmöglichem Erfolg umsetzen zu können, müssen die ansässigen Bauern allerdings in der Anwendung geschult werden. Es gibt von der GAP-Administration bereits Schulungen, die über effiziente Bewässerung aufklären. Das Training wird für die örtlichen Bauern allerdings dadurch erschwert, dass es auf Türkisch absolviert werden muss und drei Viertel der ansässigen Bevölkerung jedoch eine andere Muttersprache als Türkisch sprechen (MUTLU 1996: 74). Diese Sprachbarriere ist ein Hemmschuh für die Umsetzung der Tröpfchenbewässerung und anderer moderner Bewässerungsmethoden in der Region.

Es wäre für die Zukunft von großer Wichtigkeit, das durch Pestizide, Düngemittel und andere Stoffe belastete Drainagewasser wieder aufzubereiten, bevor es zurück in den Fluss gelangt. Dazu wäre der Bau von Kläranlagen sehr sinnvoll. Dasselbe gilt für gefährliche Abfallstoffe, die in der GAP-Region bisher nicht angemessen entsorgt werden können und deren gesundheitsgefährdende Giftstoffe ebenfalls ins Wasser gelangen. YESILNACAR & CETIN untersuchten, wo sich in der GAP-Region ein geeigneter Standort für eine Entsorgungsanlage befindet und kamen zu dem Ergebnis, dass die Gegend einige Kilometer nördlich von Şanlıurfa dafür geeignet wäre. Der Standort wäre zudem insofern günstig, als dass er in der

Nähe eines Zentrums und einer Autobahn gelegen und somit gut zu erreichen wäre (2005: 386).

Die Lösungsmöglichkeiten, die einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser erlauben, sind zahlreich. Die Problematik liegt nicht in einem Mangel an Verbesserungsmöglichkeiten begründet, sondern in Ermangelung politischen Engagements oder fehlenden finanziellen Mitteln, welche die Umsetzung verhindern. Letztlich können einzig "aus der sinnvollen Kombination von regional angepassten Maßnahmen angemessene Konzepte für ein integriertes und insgesamt effizienteres Wassermanagement entstehen" (LOTZE-CAMPEN 2006: 13) und hierfür müssen Anreizstrukturen geschaffen werden, damit ein solcher Prozess in Gang kommen kann. Ein nachhaltiger Umgang mit der Ressource Wasser würde gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen Anrainerstaaten begünstigen und sollte verstärkt Berücksichtigung finden, besonders in Regionen, in denen Wasser nicht im Überfluss vorhanden ist.

## **7. ZUSAMMENFASSUNG**

Diese Arbeit hat sich mit geopolitischen Konflikten um Wasser am Beispiel des Südostanatolien-Projekts befasst und die politischen und ökologischen Auswirkungen analysiert, die das Projekt auf die Region selbst, die Türkei und die Anrainerstaaten Syrien und Irak hat. Die Analyse wurde in den derzeitigen politischen Rahmen des Nahen Ostens eingebettet, um die sich verändernden Machtstrukturen innerhalb des Euphrat-Tigris-Beckens erklären zu können und um eine umfassende Analyse der Wahrscheinlichkeit eines Wasserkrieges im Euphrat-Tigris-Becken zu ermöglichen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Wasserknappheit in Ländern, die durch geringen Niederschlag gekennzeichnet sind, durch Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und eine intensive Wassernutzung aufgrund technisch unausgereifter Bewässerung in der Landwirtschaft noch verstärkt wird. Neben der Wasserquantität spielt durch die Verschmutzung des Wassers in Industrie und Landwirtschaft auch die Qualität eine bedeutende Rolle. Wasserknappheit bedroht die Ernährungssicherung und fördert das Auftreten von Krankheiten, die mit verschmutztem Wasser in Verbindung stehen. Wo Wasser knapp ist, ist es wertvoll und man kann zwischen ethischem und ökonomischem Wert unterscheiden. Es stellt sich die Frage, der Mensch der Natur gegenüber ethisch verpflichtet ist und diese einen Eigenwert besitzt, oder ob sie nach Belieben der Bedürfnisbefriedigung des Menschen dient und man ihr einen ökonomischen Wert zuschreiben kann. Aus ökonomischer Sicht kommt es zu Wasserknappheit, weil Wasser nicht angemessen mit ökonomischem Wert versehen wird. Da

Preismechanismen bei Umweltgütern wie Wasser aufgrund des 'Trittbrettfahrertums' nicht funktionieren, werden sie folglich nicht auf Märkten angeboten. Konflikte mit Wasser sind komplex, da Wasser meist nicht der einzig wirksame Faktor in einer Auseinandersetzung ist. Unter den Wasserkonflikten finden sich am häufigsten Streitigkeiten um die gemeinsame Nutzung internationaler Flüsse. Da Staaten in den internationalen Beziehungen als souverän angesehen werden, gestaltet sich die Kooperation zwischen Anrainern entlang eines Flusses meist schwierig, da es meist keine übergeordneten Institutionen gibt, die die Aufteilung des Flusswassers regeln. Zudem hat der Oberlieger meist kein Interesse an einer gemeinsamen Lösung, besonders wenn sich die Staaten nicht innerhalb eines integrierten Raumes befinden. Es gibt vier wichtige Prinzipien zur Lösung von Wasserkonflikten, von denen jedoch drei die Souveränität der Staaten einschränken. Dies erschwert die Kooperation, da die meisten Staaten nicht freiwillig auf ihre Souveränität verzichten. Es gibt internationale Konventionen wie bspw. das Abkommen von Helsinki von 1966, die eine angemessene Verteilung von Flusswasser bewirken sollen.

Das Südostanatolien-Projekt ist ein Entwicklungsprojekt im Südosten der Türkei, das nach der Fertigstellung aus 22 Staudämmen und 19 Wasserkraftwerken bestehen und die Bewässerung von 1,7 Millionen Hektar Land in Südostanatolien ermöglichen soll. Durch das Projekt werden die beiden Fremdlingsflüsse Euphrat und Tigris aufgestaut, was für die Staaten am Unterlauf dieser Flüsse eine große Umstellung und zahlreiche Probleme mit sich bringt. In der Türkei dient das Projekt der Energiegewinnung und soll die wirtschaftliche Entwicklung Südostanatoriens bewirken, um gesellschaftliche Probleme zu lösen, die die ungelöste Kurdenfrage und der Terrorismus der PKK mit sich bringen. Allerdings verursacht es zahlreiche Probleme, die sich sowohl auf die Region, als auch auf die Anrainerstaaten auswirken. Ökologische Schwierigkeiten äußern sich bspw. in starker Bodenerosion, einem Rückgang der nährstoffreichen Sedimentfracht in den Flüssen, einer Reduzierung der Biodiversität, einem zunehmenden Auftreten von Tropenkrankheiten, der Zerstörung der Sümpfe im Flussdelta auf irakischem Staatsgebiet sowie der Versalzung und Verschmutzung der Böden und des Wassers aufgrund der unzureichenden Entsorgung gesundheitsgefährdender Abfallstoffe und der übermäßigen Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden im Bewässerungswasser. Einige Dämme sind zudem durch Erdbeben gefährdet und somit eine Bedrohung für die flussabwärts lebenden Menschen. Für die Bevölkerung der GAP-Region sind zudem die Umsiedlungen und der Verlust von Kulturgütern einschneidende Erfahrungen. Ökonomisch ist das Südostanatolien-Projekt für die Türkei wichtig, um ihren steigenden Energiebedarf zu decken, da sie noch stark auf Energieimporte angewiesen ist. Sie hat ein enorm hohes Wasserkraftpotenzial und steht diesbezüglich nach Norwegen an zweiter Stelle. In erster Linie soll es jedoch einen wirtschaftlichen Aufschwung und Aufholprozess des rückständigen Süd-

ostanatoliens bewirken. In diesem Zuge erhofft sich die türkische Regierung eine Lösung der Kurdenfrage. Seit die AKP die türkische Regierung stellt, ist es diesbezüglich zu deutlichen Fortschritten gekommen.

Die Aufteilung des Flusswassers war über lange Jahre ein ernstzunehmender Anlass zu Konflikten zwischen der Türkei, Syrien und Irak. Dabei instrumentalisierte Syrien über Jahrzehnte die PKK, um Druck auf die Türkei auszuüben und gegen die Erbauung des GAP zu protestieren. Dies fand erst mit der Verhaftung Öcalans, dem Oberhaupt der Terrororganisation, 1999 ein Ende, der die PKK zum Waffenstillstand aufforderte. Obwohl es immer wieder Androhungen von militärischer Gewalt zwischen den Anrainerstaaten gab ist ein Wasserkrieg sehr unwahrscheinlich. Die Türkei gewinnt regionalpolitisch mit der Außenpolitik der "Strategischen Tiefe" zunehmend an Bedeutung und hat inzwischen eine Vorbildfunktion für viele der Staaten inne, die derzeit durch die Umbrüche und Nachwirkungen des Arabischen Frühlings gebeutelt werden. Syrien fällt als Akteur längerfristig aus, da es sich in einem Bürgerkrieg befindet und durch den Dritten Golfkrieg ist auch der Irak nicht mehr in der Position, der Türkei mit Krieg zu drohen. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit eines Wasserkrieges gemäß einiger Studien ohnehin sehr gering und Wasserknappheit fördert sehr häufig eine verstärkte Kooperation zwischen Anrainerstaaten. Das so häufig diskutierte Schreckensszenario eines Wasserkrieges zwischen den Anrainerstaaten des Euphrat-Tigris-Beckens ist daher obsolet und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verschwindend gering.

Um in Zukunft gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten zu begünstigen, wäre es wichtig, dass diese zu einem nachhaltigeren Umgang mit der Ressource Wasser finden. Dies gilt besonders für die kapitalstarke Türkei, die eine Modernisierung der Bewässerungsmethoden anstreben könnte, was sich durch eine langjährig mögliche Nutzung der Böden auf Dauer auszahlen würde.

## LITERATURVERZEICHNIS

AKKAYA, Ç.; ÖZBEK, Y. & ŞEN, F. (1998): Länderbericht Türkei. Darmstadt.

AKPINAR, A. & KAYGUSUZ, K. (2012): Regional sustainable water and energy development projects: A case of Southeastern Anatolia Project (GAP) in Turkey. - In: Renewable and Sustainable Energy Reviews, Jg. 16, H. 2, S. 1146–1156.

ALP, M. T.; KOCER, M. A.; SEN, B. & OZBAY, O. (2010): Water Quality of Surface Waters in Lower Euphrates Basin (Southeastern Anatolia, Turkey). - In: Journal of Animal and veterinary Advances, Jg. 9, H. 18, S. 2412–2421.

ASSEBURG, M. (2013): Syrien: ziviler Protest, Aufstand, Bürgerkrieg und Zukunftsaussichten. - In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Syrien. Bonn, S. 11–17.

BALAT, M. (2008): Energy consumption and economic growth in Turkey during the past two decades. - In: Energy Policy, Jg. 36, H. 1, S. 118–127.

BEAUMONT, P. (1996): Agricultural and environmental changes in the upper Euphrates catchment of Turkey and Syria and their political and economic implications. - In: Applied Geography, Jg. 16, H. 2, S. 137–157.

BILIR, Ü. (2007): Der politische Wandlungsprozess der Türkei - Vor und nach den Wahlen vom 22. Juli 2007. - In: Orient, H. 4, S. 31–43.

BOZKURT, D. & SEN, O. L. (2013): Climate change impacts in the Euphrates-Tigris Basin based on different model and scenario simulations. - In: Journal of Hydrology, Jg. 480, S. 149–161.

BRAUER, D. (2001): Umstrittene Entwicklung. - In: Entwicklung und Zusammenarbeit, Jg. 42, H. 6, S. 188–191.

CECH, T. V. (2010): Principles of Water Resources. 3. ed. Hoboken, N.J.

CORNELL, S. E. (2001): The Kurdish Question in Turkish Politics. - In: Orbis, Jg. 45, H. 1, S. 31–46.

- DEMİRBAŞ, A. (2001): Energy balance, energy sources, energy policy, future developments and energy investments in Turkey. - In: Energy Conversion and Management, Jg. 42, H. 10, S. 1239–1258.
- DEMİRBAŞ, A. (2002): Turkey's energy overview beginning in the twenty-first century. - In: Energy Conversion and Management, Jg. 43, H. 14, S. 1877–1887.
- DIETERT, A. (2012): Die Beitrittsdebatte in der Türkei. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 464–475.
- DURTH, R. (1996): Grenzüberschreitende Umweltprobleme und regionale Integration. 1. Aufl. Baden-Baden.
- EROL, I. (1992): Die südostanatolischen Projekte (GAP) und ihre Bedeutung für die regionale Entwicklung der Türkei. - In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 50, H. 6, S. 346–350.
- ERTUNÇ, A. (1999): The geological problems of the large dams constructed on the Euphrates River (Turkey). - In: Engineering Geology, Jg. 51, H. 3, S. 167–182.
- FISHER, F. M. (2008): Water Value, Water Management, and Water Conflict: A Systematic Approach. - In: WIEGANDT, E. (Hrsg.): Mountains: Sources of Water, Sources of Knowledge. Dordrecht, S. 123–148.
- FRÖHLICH, C. (2006): Zur Rolle der Ressource Wasser in Konflikten. - In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Wasser. Bonn, S. 32–37.
- FÜRTIG, H.; Bank, André, Lucas, Viola; MATTES, H.; RANKO, A.; RICHTER, T. & ROSINY, S. (2012): Naher Osten. - In: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung, Jg. 317, H. 4.
- GAP Administration (2006): GAP - Republic Of Turkey Ministry Of Development Southeastern Anatolia Project Regional Development Administration.  
<http://www.gap.gov.tr/english> (03.09.2013).  
[http://includes.gap.gov.tr/files/ek-dosyalar\\_en/about-gap/latest-situation.pdf](http://includes.gap.gov.tr/files/ek-dosyalar_en/about-gap/latest-situation.pdf) (03.09.2013)

- GIZELIS, T.-I. & WOODEN, A. E. (2010): Water resources, institutions, & intrastate conflict. - In: Political Geography, Jg. 29, H. 8, S. 444–453.
- GRESH, A.; REKACEWICZ, P. & BAUER, B. (2009): Atlas der Globalisierung. Deutsche Ausg. Berlin.
- HAAS, H.-D. (2007): Umweltökonomie und Ressourcenmanagement. Darmstadt.
- HARRIS, L. M. (2002): Water and Conflict Geographies of the Southeastern Anatolia Project. - In: Society and Natural Resources, Taylor & Francis, Jg. 15, S. 743–759.
- HARRIS, L. M. (2005): Navigating Uncertain Waters. - In: FLINT, C. (Hrsg.): The Geography of War and Peace. Oxford, S. 259–279.
- HEINEBERG, H. (2003): Einführung in die Anthropogeographie / Humangeographie. 2. Aufl. Paderborn.
- HENSEL, P. R.; MCLAUGHLIN MITCHELL, S. & SOWERS, T. E. (2006): Conflict management of riparian disputes. - In: Political Geography, Jg. 25, H. 4, S. 383–411.
- HOFF, H. & KUNDZEWICZ, Z. W. (2006): Süßwasservorräte und Klimawandel. - In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Wasser. Bonn, S. 14–19.
- HÖHFELD, V. & HÜTTEROTH, W.-D. (2002): Türkei. Darmstadt.
- HOPP, V. (2004): Wasser - Krise? Weinheim.
- JAEGER, K. & TOPHOVEN, R. (2013): Internationale Akteure, Interessen, Konfliktlinien. - In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Syrien. Bonn, S. 23–30.
- JOBERT, T. & KARANFIL, F. (2007): Sectoral energy consumption by source and economic growth in Turkey. - In: Energy Policy, Jg. 35, H. 11, S. 5447–5456.
- JONES, C.; SULTAN, M.; YAN, E.; MILEWSKI, A.; HUSSEIN, M.; AL-DOUSARI, A.; AL-KAISY, S. & BECKER, R. (2008): Hydrologic impacts of engineering projects on the Tigris–Euphrates system and its marshlands. - In: Journal of Hydrology, Jg. 353, 1-2, S. 59–75.

- JONGERDEN, J. (2010): Dams and Politics in Turkey: Utilizing Water, Developing Conflict. - In: Middle East Policy, Jg. 17, S. 137–143.
- JUNG, D. (2012): Das politische Leben: Institutionen, Organisationen und politische Kultur. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 86–120.
- KOLARS, J. F. & MITCHELL, W. A. (1991): The Euphrates River and the Southeast Anatolia Development Project. Carbondale.
- KRAMER, H. (2011): Türkei. - In: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung, Jg. 313, H. 4.
- KRINGS, T. (2008): Politische Ökologie. - In: Geographische Rundschau (2008), Jg. 60, H. 12, S. 4–9.
- KUCUKMEHMETOGLU, M. (2012): An integrative case study approach between game theory and Pareto frontier concepts for the transboundary water resources allocations. - In: Journal of Hydrology, Jg. 450-451, S. 308–319.
- LANDWEHR, S. (2012): Gesellschaft in Widersprüchen. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 184–201.
- LOTZE-CAMPEN, H. (2006): Wasserknappheit und Ernährungssicherung. - In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Wasser. Bonn, S. 8–13.
- LOW, M. (2003): Political geography in question. - In: Political Geography, Jg. 22, S. 625–631.
- MARGGRAF, R. (1997): Ökonomische Bewertung der natürlichen Umwelt. Heidelberg.
- MAUSER, W. (2007): Wie lange reicht die Ressource Wasser? Bd. 659. Bonn.
- MUTLU, S. (1996): The Southeastern Anatolia Project (GAP) of Turkey. - In: Orient, Jg. 37, H. 1, S. 59–82.
- OCAL, O. & ASLAN, A. (2013): Renewable energy consumption – economic growth nexus in Turkey. - In: Renewable and Sustainable Energy Reviews, Jg. 28, S. 494–499.



- O'LOUGHLIN, J. (2005): The Political Geography of Conflict. - In: FLINT, C. (Hrsg.): The Geography of War and Peace. Oxford, S. 85–112.
- OLSON, R. (2001): Turkey-Syria Relations, 1997 to 2000. - In: Orient, H. 1, S. 101–117.
- ÖZTÜRK, A. (2012): Die türkische Nachbarschaftspolitik im Wandel. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 390–412.
- PERTHES, V. (2009): Iran als außenpolitischer Akteur. - In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Iran. Bonn, S. 3–9.
- RADU, M. (2001): The Rise and Fall of the PKK. - In: Orbis, Jg. 45, H. 1, S. 47–63.
- REUBER, P. (2012): Politische Geographie. Paderborn.
- RONAYNE, M. (2005): The Cultural and Environmental Impact of Large Dams in Southeast Turkey. London.
- ROTHFUSS, R. (2011): Geographische Konfliktforschung und Geopolitik: Zukunftsaufgabe Friedenssicherung. In: Jahresheft Geopolitik 2010, Jg. 4., H. 1, S. 36-45.
- ŞAHİN, M. (1999): Politischer Größenwahn oder sinnvolle Entwicklungspolitik? Frankfurt am Main.
- SCHUß, H. (2012): Wirtschaftliche Entwicklung von der Gründung der Republik bis heute. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 328–368.
- SEUFERT, G. (2012): Ethnien und Ethnizität: Die Kurden und andere Minderheiten. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 232–263.
- SHIVA, V. (2003): Der Kampf um das blaue Gold. Zürich.
- SOFFER, A. (1999): Rivers of Fire. Lanham, Md.
- STEINBACH, U. (2012): Vom Osmanischen Reich zum EU-Kandidaten: ein historischer Bogen. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 14–83.

- STRUCK, E. (1994): Das Südostanatolien-Projekt. - In: Geographische Rundschau Jg. 46 (1994), Jg. 46, H. 2, S. 88–95.
- STRUCK, E. (2002): Das Südostanatolienprojekt (GAP, Türkei): Idee und Wirklichkeit eines Wassernutzungs- und Entwicklungsprojektes. - In: MEYER, G. (Hrsg.): Wasserkonflikte in der Dritten Welt. Mainz, S. 125–146.
- SWAIN, A. (2001): Water wars: fact or fiction? - In: Futures, Jg. 33, 8-9, S. 769–781.
- TOSSET, H.P.; GLEDITSCH, N. P. & HEGRE, H. (2000): Shared rivers and interstate conflict. - In: Political Geography, Jg. 19, H. 8, S. 971–996.
- TOSUN, H.; ZORLUER, İ.; ORHAN, A.; SEYREK, E.; SAVAŞ, H. & TÜRKÖZ, M. (2007): Seismic hazard and total risk analyses for large dams in Euphrates basin, Turkey. - In: Engineering Geology, Jg. 89, 1-2, S. 155–170.
- ULBERT, C. (2003): Sozialkonstruktivismus. - In: SCHIEDER, S. & SPINDLER, M. (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen. Opladen, S. 391–420.
- UNBEHAUN, H. (2012): Urbanisierung und Strukturwandel der türkischen Gesellschaft. - In: STEINBACH, U. (Hrsg.): Länderbericht Türkei. Bonn, S. 264–285.
- URAS (2013): Analysis: Turkey and PKK on the road to peace.  
<http://www.aljazeera.com/indepth/features/2013/03/2013323105643125897.html>  
 (05.12.2013).
- WERLEN, B. (2007): Sozialgeographie. - In: GEBHARDT, H.; GLASER, R.; RADTKE, U. & REUBER, P. (Hrsg.): Geographie: Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg, S. 579–598.
- WCD, World Commission on Dams (Hrsg.) (2000): Dams and Development: A New Framework for Decision-Making. London.
- YAZAR, A.; SEZEN, S. M. & SESVEREN, S. (2002): LEPA and trickle irrigation of cotton in the Southeast Anatolia Project (GAP) area in Turkey. - In: Agricultural Water Management, Jg. 54, H. 3, S. 189–203.

YESILNACAR, M. I. & CETIN, H. (2005): Site selection for hazardous wastes: A case study from the GAP area, Turkey. - In: Engineering Geology, Jg. 81, H. 4, S. 371–388.

YUKSEL, I. (2012): Water development for hydroelectric in southeastern Anatolia project (GAP) in Turkey. - In: Renewable Energy, Jg. 39, H. 1, S. 17–23.